

Joey Rauschenberger

# „Mitarbeit am Werk unseres Führers“

Eine Biographie Herbert Krafts als Puzzleteil zum Verständnis  
der nationalsozialistischen Herrschaft

Die vorliegende Arbeit entspricht einer überarbeiteten Fassung einer Abschlussarbeit zur Erlangung des Akademischen Grades „Bachelor of Arts (B.A.)“, die im Dezember 2016 an der Philosophischen Fakultät der Universität Heidelberg eingereicht wurde.

# Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung.....	1
1.1.	Verwaltungsgeschichte als Trend der NS-Forschung.....	2
1.1.1.	Ausweitung der Perspektive auf die Landesebene.....	3
1.2.	Der biographische Zugang.....	4
1.3.	Quellenlage.....	6
2.	Herbert Kraft und der Nationalsozialismus.....	7
2.1.	Krafts erstes Leben und die Frage der Radikalisierung.....	7
2.1.1.	Kindheit und Jugend in Heidelberg.....	9
2.1.2.	Studentische Wanderjahre.....	10
2.1.3.	Lehramtspraktikant in Bretten.....	15
2.1.4.	Kraft im Krieg: Frontoffizier, Freikorpsflieger, Fanatisierung?.....	18
2.1.5.	Zurück ins Badische: Berufliche und private Weichenstellungen.....	20
2.1.6.	Zusammenfassung und Einordnung.....	22
2.2.	Der „Hakenkreuzprofessor“: Ein Bildungsbürger als Wegbereiter des „Dritten Reichs“.....	25
2.2.1.	Krafts erster Weg zu Hitler.....	26
2.2.2.	Weggabelungen.....	28
2.2.3.	Krafts zweiter Weg zu Hitler.....	34
2.2.4.	Parteikarriere und Konsequenzen: Der Staatsdiener als Staatsfeind.....	36
2.2.5.	Die „nationale Erhebung“ in Baden: beruflicher statt politischer Blitzaufstieg.....	46
2.3.	Standort, Handeln und Wirken Krafts im NS-Herrschaftssystem.....	52
2.3.1.	Ministerialrat und Abteilungsleiter im Kultusministerium.....	53
2.3.2.	Multifunktionär im Kleinen.....	60
2.3.3.	Kraft beim Chef der Zivilverwaltung im Elsass.....	66
3.	Nachleben: Entnazifizierung und historische Bewertung.....	73
4.	Fazit.....	78
5.	Quellen- und Literaturverzeichnis.....	81
5.1.	Quellen.....	81
5.1.1.	Archivalien.....	81
5.1.2.	Gedruckte Quellen.....	82
5.1.3.	Onlinequellen.....	83
5.2.	Literatur.....	84

# 1. Einleitung

Die Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft ist seit über 70 Jahren vorbei. Das beispiellose Ausmaß der Verbrechen des Naziregimes in ganz Europa lässt die dunklen Schatten der braunen Vergangenheit jedoch spürbarer in die Gegenwart hineinragen als die irgendeines anderen Abschnitts der deutschen Geschichte. Die mörderische Singularität der Epoche verlangte zumal in Deutschland schon bald nach dem Untergang des „Dritten Reichs“ nach einer intensiven Auseinandersetzung mit der Vergangenheit. Die wissenschaftliche Aufarbeitung der NS-Zeit ist als Teil dieser kollektiven Vergangenheitsbewältigung zu sehen und folgerichtig entfaltete die zeithistorische Zunft eine rege Forschungstätigkeit auf dem Gebiet der NS-Geschichte.<sup>1</sup>

Historiographiegeschichtlich bildete dabei die Frage nach dem inneren Aufbau und der Funktionsfähigkeit des „Dritten Reichs“ stets die Herzkammer der NS-Forschung und war Gegenstand kontrovers geführter Debatten,<sup>2</sup> wobei die alten Grabenkämpfe zwischen Intentionalisten und Strukturalisten inzwischen weitgehend beigelegt wurden.<sup>3</sup>

Gleichwohl ist der Verstehensprozess der Kardinalfrage der NS-Interpretation nach dem Wesen der Staatlichkeit des Nationalsozialismus noch immer nicht endgültig abgeschlossen. Um zu begreifen, auf welchen Faktoren der Erfolg und das Funktionieren des „Dritten Reichs“ beruhte, wie der „Staat Hitlers“<sup>4</sup> möglich wurde und wie die nationalsozialistische Herrschaft über eine nach damaligen Maßstäben hochentwickelte Industrienation wie Deutschland mitten im 20. Jahrhundert, nachdem Aufklärung, Liberalismus und zuletzt sogar die Demokratie ihre Siegeszüge scheinbar bereits vollendet hatten, aufgebaut war, wo also die tatsächlichen Zentren und Schaltstellen der Macht lagen, geht die Forschung seit geraumer Zeit neuen Ansätzen nach.

---

<sup>1</sup> Bereits 1990 konstatiert Syring eine „Flut von Publikationen“ über den Nationalsozialismus, Syring, Enrico: Intentionalisten und Strukturalisten. Von einem noch immer ausstehenden Dialog, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse/ Rainer Zitelmann (Hgg.): Die Schatten der Vergangenheit. Impulse zur Historisierung des Nationalsozialismus, Frankfurt a. M. u.a. 1990, S. 169–194, hier: S. 169.

<sup>2</sup> Eine kompakte, aktuelle Zusammenfassung einer der wichtigsten Kontroversen der NS-Forschung liefert Wehler, Hans-Ulrich: Intentionalisten, Strukturalisten und das Theoriedefizit der Zeitgeschichte, in: Norbert Frei (Hg.): Martin Broszat, der „Staat Hitlers“ und die Historisierung des Nationalsozialismus (Vorträge und Kolloquien, Bd. 1), Weimar 2007, S. 71–75.

<sup>3</sup> Syring zeichnet in seinem Resümee der Debatte von 1990 noch das Bild zweier heillos zerstrittener Fronten, vgl. Syring, Dialog, S. 188; ein Vierteljahrhundert später betrachtet Wehler „wichtige Probleme“ der Debatte „erfasst und angemessen gelöst“, vgl. Wehler, Theoriedefizit, S. 74 f.; Wehler referiert hier in erster Linie auf das Werk von Kershaw, Ian: Der NS-Staat. Geschichtsinterpretationen und Kontroversen im Überblick, Reinbek bei Hamburg 1989, das weithin als Synthese der diametralen Positionen gilt.

<sup>4</sup> So überschreibt Broszat, Martin: Der Staat Hitlers. Grundlegung und Entwicklung seiner inneren Verfassung (dtv Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, Bd. 8), München <sup>9</sup>1983 (ursprl. 1969) seinen „strukturalistischen“ Versuch einer Beschreibung des NS-Staates.

## 1.1. Verwaltungsgeschichte als Trend der NS-Forschung

Als die Nationalsozialisten im Frühjahr 1933 an die Macht kamen, entstand ein völlig neuartiges Herrschaftssystem. In dem Umformungsprozess blieben zwar die konstitutionellen Institutionen der Exekutive, namentlich die Reichsregierung und die Reichsministerien, formell bestehen. Doch sie wurden in unterschiedlicher Intensität „nazifiziert“ und ihre Kompetenzen durch eine Vielzahl von rivalisierenden Parteiorganisationen herausgefordert. Vor dem Hintergrund dieser spezifisch nationalsozialistischen Polykratie, die vereinfacht häufig auf den Dualismus von Staat und Partei heruntergebrochen wird,<sup>5</sup> konnte sich lange Zeit das Erklärungsmodell vom „Doppelstaat“<sup>6</sup> halten, das den willkürlich handelnden, Maßnahmen nach situativen Bedürfnissen ergreifenden Verfolgungsapparat der Partei von den traditionellen, normengeleiteten Staatsbehörden trennte. Dass aber auch die so zur „sauberen Verwaltung“ reingewaschenen Ministerialbehörden tief in die Verbrechenpolitik des NS-Systems verstrickt sein konnten, zeigte nicht nur am Beispiel des Auswärtigen Amtes die Pionierstudie einer Historikerkommission,<sup>7</sup> sondern wurde auch explizit für die Reichsfinanzverwaltung im Nationalsozialismus nachgewiesen.<sup>8</sup> Mittlerweile ist es Konsens, dass die Reichsbehörden und ihr Personal integraler Bestandteil des Herrschaftssystems auch im NS-Staat blieben und bei der Durchsetzung nationalsozialistischer Politik eine nicht zu unterschätzende Rolle spielten.<sup>9</sup>

---

<sup>5</sup> Vgl. Rebutisch, Dieter: § 3 Innere Verwaltung, in: Kurt G.A. Jeserich u.a. (Hg.): Deutsche Verwaltungsgeschichte, Bd. IV, Das Reich als Republik und in der Zeit des Nationalsozialismus, S. 732–774, hier S. 736: „...das Spannungsverhältnis von Partei und Staat [entwickelte sich] zum entscheidenden Strukturproblem der inneren Verwaltung“.

<sup>6</sup> Zurückgehend auf Fraenkel, Ernst: Der Doppelstaat, Hamburg 2001 (ursprl. 1940).

<sup>7</sup> Conze, Eckard/ Frei, Norbert/ Zimmermann, Moshe u.a.: Das Amt und die Vergangenheit. Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik. München 2010, hier insbesondere S. 13 f.

<sup>8</sup> Kuller, Christiane: Bürokratie und Verbrechen. Antisemitische Finanzpolitik und Verwaltungspraxis im nationalsozialistischen Deutschland (Das Reichsfinanzministerium im Nationalsozialismus, Bd. 1) München 2013, S. 439–443; dass das Forschungsfeld nach wie vor fruchtbar ist, zeigt das derzeit laufende Projekt zur Erforschung der Institutionengeschichte des Reichsarbeitsministeriums im Nationalsozialismus. Die Abschlussergebnisse sollen voraussichtlich 2017 präsentiert werden, vgl. Unabhängige Historikerkommission zur Geschichte des Reichsarbeitsministeriums 1933–1945. Online unter: <https://www.historikerkommission-reichsarbeitsministerium.de/>, zuletzt aufgerufen am 12. 12. 2016.

<sup>9</sup> Vgl. für diesen Abschnitt: Pyta, Wolfram/ Wolfrum, Edgar u.a.: Vorstudie und Projektexposé. Geschichte der Landesministerien in Baden und Württemberg in der Zeit des Nationalsozialismus, vorgelegt am 15. November 2013, S. 2–7, in: Onlineportal Geschichte der Landesministerien in Baden und Württemberg in der Zeit des Nationalsozialismus. Online unter: [http://ns-ministerien-bw.de/wp-content/uploads/2014/09/Expose\\_Forschungsprojekt\\_NS-Vergangenheit\\_der\\_Landesministerien.pdf](http://ns-ministerien-bw.de/wp-content/uploads/2014/09/Expose_Forschungsprojekt_NS-Vergangenheit_der_Landesministerien.pdf), zuletzt aufgerufen am 29. 11. 2016. Das Projektexposé liefert auch eine vollständige und aktuelle Zusammenstellung der verwaltungsgeschichtlichen NS-Forschung.

### 1.1.1. Ausweitung der Perspektive auf die Landesebene

Was seit einigen Jahren für die Reichsebene anerkannt und praktiziert wird, bildet für die Länderebene nach wie vor „eines der großen Desiderate der NS-Forschung.“<sup>10</sup> Neben der allgemeinen Geringschätzung der traditionellen staatlichen Institutionen aufgrund ihrer angeblichen Marginalisierung, kommt für die Länderregierungen und Landesverwaltungen ein weiteres Aufmerksamkeitshemmnis hinzu: Im zentralistischen Führerstaat – so das konventionelle Narrativ – seien die gleichgeschalteten Länder bloßes Überbleibsel des alten Föderalismus gewesen und ihre Bürokratien politisch entmachtet und funktionslos geworden.<sup>11</sup> Obwohl ein gradueller Bedeutungsverlust und eine Verengung der Handlungsspielräume der in den obersten Landesbehörden beschäftigten Beamten im Zuge des Gleichschaltungsprozesses natürlich konzediert werden muss, deuten erste Ergebnisse eines Vorreiterprojekts zu den Landesministerien Badens und Württembergs in der NS-Zeit darauf hin, dass die Länder erstens sehr wohl Zuständigkeitsbereiche gegenüber der Berliner Zentrale behaupten konnten<sup>12</sup> und zweitens die Ministerien in Form ihrer Beamten und Angestellten – wie ihre großen Brüder auf Reichsebene – keineswegs nur als genuin unpolitische Befehlsempfänger in Szene traten, sondern sich das Verwaltungshandeln zuweilen gerade durch Eigeninitiative „von unten“ auszeichnete.<sup>13</sup> Somit konnte das ministerielle Personal nicht nur zum Helfer bei der Durchsetzung nationalsozialistischer Politik werden, es verschärfte sogar teilweise den Verfolgungsapparat und trug zu einer „kumulativen Radikalisierung“<sup>14</sup> des NS-Systems bei.

Nicht nur die politischen Spitzen der Ministerien, sondern auch deren noch weitgehend unbekanntes Ministerialbeamte, Referenten und Angestellte bekannt zu machen, ist daher ein vielversprechendes Unterfangen, das einerseits die landesgeschichtliche NS-Forschung voranbringen und gleichzeitig das Verständnis vom Funktionieren der nationalsozialistischen Diktatur im Spannungsfeld zwischen den traditionellen Landesbehörden und konkurrierenden Dienststellen im NS-Staat verbessern kann. Eine genaue Erfassung des Per-

---

<sup>10</sup> Pyta/ Wolfrum u.a., Vorstudie, S 5.

<sup>11</sup> Vgl. ebd.

<sup>12</sup> Vgl. Engehausen, Frank: Nur kleine Rädchen im Getriebe? Die Rolle der badischen und württembergischen Ministerien in der Zeit des Nationalsozialismus wird von einer Historikerkommission untersucht, in: Momente. Beiträge zur Landeskunde Baden-Württembergs, Heft 4 (2014), S. 10–13.

<sup>13</sup> Ebd.; Vgl. auch: Ders.: Die Ausschaltung einer „zweifellos unhaltbaren Lehrerin“ – Zur Rolle des Badischen Kultusministeriums im Repressionsapparat der Diktatur, 19. 9. 2016, in: Onlineportal Landesministerien. Online unter: <http://ns-ministerien-bw.de/2016/09/die-ausschaltung-einer-zweifellos-haltlosen-lehrerin-zur-rolle-des-badischen-kultusministeriums-im-repressionsapparat-der-diktatur/>, zuletzt aufgerufen am 29. 11. 2016.

<sup>14</sup> Die These der durch Ämterkonkurrenz und Kompetenzgerangel in der NS-Polykratie hervorgerufenen kumulativen Radikalisierung des Systems entwickelte Mommsen, Hans: Hitlers Stellung im nationalsozialistischen Herrschaftssystem, in: Gerhard Hirschfeld/ Lothar Kettenacker (Hgg.): Der „Führerstaat“: Mythos und Realität. Studien zur Struktur und Politik des Dritten Reiches, Stuttgart 1981, S. 43–72, hier: S. 56.

sonalbestands der einzelnen Ministerien Badens und Württembergs ist deshalb ein Schwerpunkt des Forschungsprojekts. Durch eine biographische Erschließung der handelnden Akteure soll sich eine aussagekräftige Kollektivbiographie zusammenfügen. So können umfassende Schlüsse hinsichtlich des Sozialprofils des öffentlichen Dienstes gezogen werden. Vor allem aber sollen so auch die weltanschaulichen Prägungen, Wertesysteme und Vorstellungswelten der Staatsdienerinnen und Staatsdiener herausgearbeitet und ihren Motiven, für den NS-Staat (weiter) tätig zu sein, nachgespürt werden.

Die im Hauptteil dieser Arbeit präsentierte Biographie Herbert Karl Oskar Krafts,<sup>15</sup> der von 1933 bis 1945 im Badischen Ministerium des Kultus und Unterrichts als Ministerialrat und Abteilungsleiter tätig war, ist eingebunden in das dargestellte Projekt zur Erforschung der nationalsozialistischen Landesministerien im deutschen Südwesten und versteht ihren Zweck in der Erbringung eines Teilbeitrags zu einer Kollektivbiographie des badischen Kultusministeriums in der Zeit des Nationalsozialismus.

Dass der zentrale Referenzrahmen der Zeit aber nicht die badische Unterrichtsverwaltung war, sondern der Blick im totalitären Staat zumeist auf das große Ganze gerichtet war, zeigt ein überlieferter Brief, den der Ministerialrat und Reichstagsabgeordnete Kraft 1938 von einem ihm bekannten, offensichtlich überzeugten Nationalsozialisten bekam. Die Glückwünsche zur noch frischen Wiederwahl in den zum Akklamationsorgan degradierten Reichstag verbinden sich mit der Hoffnung, dass Krafts „Mitarbeit am Werk unseres Führers eine erspriessliche [...] sein möge“.<sup>16</sup> Die Landesministerien waren, nicht nur in der Vorstellung dieses Herrn, fest eingebunden in das nationalsozialistische Herrschaftssystem und deshalb ist – wenn nicht die Einzelbiographie Herbert Krafts, dann doch eine Kollektivbiographie seiner Dienstbehörde – immer im Lichte der grundlegenden Frage nach der Funktionsweise des nationalsozialistischen Herrschaftsapparats zu sehen.

## **1.2. Der biographische Zugang**

Die bisherigen Ausführungen begründen die Relevanz der nachfolgenden Biographie Herbert Krafts im Hinblick auf dessen Zeit als Ministerialrat. Die vorliegende Arbeit gibt sich aber nicht mit einer Erzählung der letzten zwölf Lebensjahre Krafts zufrieden, sondern erhebt seine Vita als Entität zum Thema. Über den dargestellten Argumentationsstrang hinaus, welcher die Arbeit durch die Einbettung in eine Kollektivbiographie des badischen Kultusministeriums zu einer bürokratiegeschichtlichen Studie macht und ihr mithin den

---

<sup>15</sup> Im Folgenden wird von den Vornamen nur noch der Rufname Herbert verwendet werden.

<sup>16</sup> GLA 235/ 38160, Privater Schriftwechsel des Ministerialrats und Reichstagsabgeordneten Kraft, 1938, Walter Thomas an Kraft vom 16. April 1938.

Charakter moderner NS-Forschung verleiht, scheint an dieser Stelle deshalb wenigstens ein kurzes Reflektieren allgemeiner Art über die Sinnhaftigkeit der biographischen Methode auf dem Feld der NS-Geschichte notwendig zu sein. Ziel ist hierbei, aufzuzeigen, welche weiteren Erkenntnisse sich aus einer Erweiterung der Perspektive auf eine ganzheitliche Betrachtung von Krafts Leben gewinnen lassen. Mit dem verstärkten Aufkommen der Täterforschung geht untrennbar eine Zuwendung zur Täterbiographie als bevorzugtem historiographischem Genre einher. Den Nationalsozialismus als Phänomen erhofft man sich über eine Typologie der verschiedenen NS-Aktivisten und die Untersuchung ihrer Motivationen erklären zu können.<sup>17</sup> In der Tat ist es naheliegend, insbesondere die Ursachen für den rasanten nationalsozialistischen Aufstieg zur Macht über den genauen Blick auf die treibenden Akteure, die Parteigenossen erklären zu wollen. Diesem gedanklichen Ansatz folgt die vorliegende Arbeit, wenn sie die Biographie Herbert Krafts erzählt. Zu Beginn dieser maßgeblich chronologisch strukturierten Biographie soll dem bislang beinahe völlig unerforschten Leben Krafts vor dessen Einstieg in die Politik Beachtung geschenkt werden. In diesem ersten Kapitel wird der Frage nachgegangen, weshalb die braune Bewegung und deren Ideologie für Kraft später so attraktiv wurden. Die Ergebnisse hierzu sollen dann in Relation zu den aktuellen Thesen der einschlägigen Forschung zu typischen Erfahrungshorizonten von NSDAP-Mitgliedern gestellt werden.

Im Mittelteil der Arbeit wird dann Krafts Beitrag zur Zerstörung der Demokratie und zur Errichtung der faschistischen Diktatur als Leitfrage im Vordergrund stehen. Denn auch diese Phase kann mühelos als „Mitarbeit am Werk“<sup>18</sup> Adolf Hitlers verstanden werden. Dann folgt das Kapitel über den Ministerialbeamten Kraft, wo vor allem dessen bürokratisches Wirken im Machtgefüge des „Dritten Reichs“ eruiert werden soll.

Alle drei Hauptabschnitte der Arbeit verbindet dabei dennoch ein gemeinsames Ziel: Bei der Lebenserzählung Krafts, buchstäblich von der Wiege bis zur Bahre, schwebt immer dessen Bedeutung für den Nationalsozialismus im Hintergrund. Von der Entstehung der Bewegung, über den Aufstieg zur Staatspartei bis zum inneren Aufbau und dem politischen System des nationalsozialistischen Deutschen Reichs verspricht der mikrohistorische Blick auf Herbert Kraft gleich mehrere Erhellungen zum Nationalsozialismus. Dass die methodisch bedingte, eingeengte Perspektive auf ein einzelnes Individuum auch eine Begrenzung des Erkenntniswertes zur Folge haben muss, versteht sich von selbst.<sup>19</sup> Die

---

<sup>17</sup> Mommsen, Hans: Probleme der Täterforschung, in: Helgard Kramer (Hg.): NS-Täter aus interdisziplinärer Perspektive, München 2006, S. 425–433, hier: S. 425.

<sup>18</sup> S.o., Anm. 16.

<sup>19</sup> Vgl. Mommsen, Probleme, S. 432.

Lösung des Problems ist so einfach wie mühsam. Jenseits der Devise, die einzelnen Akteure immer im dialektischen Verhältnis zu den sie umgebenden, Handlungsrahmen bestimmenden Strukturen zu sehen,<sup>20</sup> kann nur durch möglichst viele Forschungen zu den verschiedensten NS-Repräsentanten ein nennenswerter, erkenntnistheoretischer Mehrwert erreicht werden.

Nachdem die Biographie Herbert Krafts aufgearbeitet ist, soll die Arbeit mit einem Kapitel abschließen, das die „Entnazifizierung“ Herbert Krafts, die juristische Beurteilung seiner Person und Feststellung der individuellen Schuld in den ersten Nachkriegsjahren, mit einer fundierten historischen Bewertung Herbert Krafts kontrastiert. Hierbei werden zunächst die Rechtfertigungsstrategien der Angehörigen und Kraft Nahestehenden sowie Teile der bestehenden Literatur einer kritischen Evaluation unterzogen, um dann zu einer eigenen Beurteilung von Krafts Schuld und seiner „Mitarbeit“ am nationalsozialistischen Verbrechenstaat zu gelangen.

### 1.3. Quellenlage

Aufgrund der Vielfalt an verwendeten Quellen sollen nur die wichtigsten Dokumente und exemplarisch die Vertreter der verschiedenen genutzten Quellengattungen kurz genannt werden.

Die maßgebliche Grundlage dieser Arbeit sind ungedruckte Archivalien. Die Personalakte Herbert Krafts bei seiner Dienstbehörde, dem badischen Kultusministerium, dokumentiert große Teile seines Lebens. Wie üblich für Personalakten finden sich hier „Informationen zu verschiedensten Stationen einer beruflichen Karriere, zu Schul- und Studienzeiten sowie persönliche Angaben zur Familie [...]. Grundsätzlich [...] alle im Zusammenhang mit der Berufstätigkeit einer Person angefallenen Unterlagen“.<sup>21</sup> Diese Leitquelle wurde im Rahmen der Recherche zu dieser Arbeit im Staatsarchiv Freiburg aufgefunden. Unentbehrlich sind auch die Akten der Bestände des badischen Kultusministeriums im Generallandesarchiv Karlsruhe (GLA). Hier sind Akten zu Vorgängen überliefert, in die Kraft in seiner Verwaltungstätigkeit direkt involviert war, sowie ein sehr ergiebiges Faszikel mit der Privatkorrespondenz Krafts aus dem Jahr 1938. Außerdem befinden sich im GLA Akten aus dem Justizministerium, die Auskunft über disziplinarische und strafrechtliche

---

<sup>20</sup> Vgl. ebd.

<sup>21</sup> Koch, Miriam: Akten geben Auskunft – Quellen zu Biografien von Verwaltungsbeamten: Teil I – Die Personalakte, 4. 5. 2016, in: Onlineportal Landesministerien. Online unter: <http://ns-ministerien-bw.de/2016/05/verwaltungsgeschichte-und-biographische-forschung-akten-geben-auskunft-teil-1-die-personalakte/>, zuletzt aufgerufen am 30. 11. 2016.



Maßnahmen gegen Kraft als Lehrer und NSDAP-Politiker in der „Kampfzeit“ geben, sowie beispielsweise Krafts Militärakte bis 1919, mittels derer sich dessen Tätigkeit während des Ersten Weltkriegs passabel nachvollziehen lässt. Im Erzbischöflichen Archiv in Freiburg konnten sehr sporadische Hinweise auf Krafts Mitarbeit an der Umgestaltung des Religionsunterrichts gefunden werden. Ferner liegt dort im Nachlass des Erzbischofs Gröber eine Art „Persilschein“ für Kraft, der aber in dessen Spruchkammerakte keinen Eingang fand. Diese wurde im französischen Centre des Archives diplomatiques de La Courneuve entdeckt.<sup>22</sup> Krafts Handeln als Beamter beim Chef der Zivilverwaltung im Elsass Anfang der 1940er Jahre ist im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes in Berlin gut dokumentiert. Zusätzlich finden sich zu Krafts frühen Jahren Spuren im Heidelberger Stadt- sowie Universitätsarchiv. Diesen Quellentypus der Verwaltungsakte ergänzen dann punktuell andere Quellen. Die Lebenserinnerungen des Weggefährten Krafts und Badischen Ministerpräsidenten Walter Köhler oder nichtarchivalische Quellen wie Berichte in der NS-, aber auch der politisch gegnerischen Presse und die stenographischen Berichte des Badischen Landtags wären hier zu nennen. Dazu kommen die Schriften Herbert Krafts, die dieser in verschiedenen Funktionen in Zeitungen oder zeitgenössischen Fachjournalen veröffentlichte. Weiteres Material zu Kraft befindet sich im Bundesarchiv in Berlin-Lichterfelde. Die Quellen, vor allem Briefe Krafts an Hitler oder Göring und andere Parteifunktionäre, sind besonders wertvoll für die schwierige Rekonstruktion von Krafts Weg in die NSDAP. Diese Dokumente werden aus der bestehenden Forschungsliteratur zitiert, da sie vor der Fertigstellung dieser Arbeit nicht mehr eingesehen werden konnten. Zuletzt wurde zudem ein Zeitzeugeninterview mit Krafts einziger Tochter Liese geführt. In diesem Gespräch, für das die 95-Jährige Frau Kraft dankenswerterweise bereit war, ließen sich zusätzliche Informationen speziell zum Familienleben der Krafts in den 1930er Jahren in Karlsruhe aus einer sehr exklusiven Innenansicht, aber auch teilweise zu beruflichen und politischen Netzwerken und Kontakten des Verwaltungsbeamten gewinnen.

## **2. Herbert Kraft und der Nationalsozialismus**

### **2.1. Krafts erstes Leben und die Frage der Radikalisierung**

Herbert Kraft ist kein unbeschriebenes Blatt. Zum Zeitpunkt der „nationalen Erhebung“ im Frühjahr 1933 zählte er zumindest zur regionalen NS-Prominenz. Dass er unmittelbar nach der nationalsozialistischen Machtübernahme in Baden zum Präsidenten des postde-

---

<sup>22</sup> Dank hierfür gebührt Frau Muschalek von der Universität Freiburg.

mokratischen Landtags<sup>23</sup> bestimmt wurde<sup>24</sup> und somit bis heute der letzte Vorsitzende einer gesamtbadischen „Volksvertretung“ ist, unterstreicht seine Zugehörigkeit zur Parteielite und erklärt, warum Kraft schon in den 1990er Jahren – in einer ersten Welle propographischer Studien zur regionalen NS-Geschichte im heutigen Baden-Württemberg – zum Gegenstand zweier biographischer Skizzen wurde.<sup>25</sup> Unterscheiden sich beide Artikel zwar stark nach ihrem Umfang, verbindet sie jedoch eine beinahe ausschließliche Konzentration auf das politische Wirken Herbert Krafts beginnend mit seinem Engagement für die NSDAP Anfang der 1920er Jahre. Kraft war aber schon deutlich über 30 Jahre alt, als in München die erste Vorläuferorganisation der späteren Hitlerpartei entstand.<sup>26</sup> Die dieser Untersuchung vorangegangenen Quellenfunde machten die Rekonstruktion des „ersten“, vernationalsozialistischen Lebens Krafts nicht nur durchführbar, eine Erschließung Krafts vopolitischen Werdegangs verspricht auch, ein weiteres Mosaikteil zur soziostrukturellen Zusammensetzung der NS-Partei und damit zur Beantwortung der „hinter allem stehenden Frage, [...] warum sich bestimmte Individuen der NSDAP anschlossen“<sup>27</sup> beizutragen. So soll Krafts „erstes Leben“ auch primär vor dem Hintergrund der Radikalisierungsfrage erzählt werden. Die Ausleuchtung von Krafts Vita bis etwa 1922 wird daraufhin mit den neuesten Erkenntnissen zu den Mitgliedern der NSDAP abgeglichen werden und sich in eine zurzeit mit Konjunktur betriebene und stark mit der Person Falter verknüpfte „Soziographie des Nationalsozialismus“ einfügen,<sup>28</sup> die ihrerseits den Aufstieg des Nationalsozialismus als Phänomen miterklären will.

---

<sup>23</sup> Das vorläufige Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich vom 31. März 1933 löste die Landtage in ihrer bestehenden, demokratisch gewählten Zusammensetzung auf und setzte sie neu, nach den Ergebnissen der Reichstagswahl vom 5. März, zusammen, sodass eine Mehrheit der NSDAP geführten Koalition zustande kam. Deutsches Reichsgesetzblatt, Nr. 29, 2. April 1933, S. 153 f. Online unter: <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/alex?aid=dra&datum=1933&page=298&size=45>, zuletzt aufgerufen am 30. 11. 2016.

<sup>24</sup> GLA 231/ 3397, Der Führer Nr. 135 vom 17. Mai 1933.

<sup>25</sup> Merz, Hans-Georg: Kraft, Herbert Karl Oskar, in: Badische Biographien (N.F., Bd. 3). Hrsg. v. Bernd Ottnad, Stuttgart 1990, S. 157–159; Mohr, Alexander: „Ein gebildet sein wollender Mensch“. Herbert Kraft, Präsident des Badischen Landtags, in: Die Führer der Provinz. NS-Biographien aus Baden und Württemberg (Karlsruher Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus, Bd. 2). Hrsg. v. Michael Kißener/ Joachim Scholtyseck, Konstanz 1997, S. 311–331.

<sup>26</sup> Vgl. Pätzold, Kurt/ Weißbecker, Manfred: Geschichte der NSDAP 1920–1945, Köln 1998, S. 11.

<sup>27</sup> Falter, Jürgen W.: Spezifische Erklärungsmodelle und Motive der NSDAP-Mitgliedschaft, in: Ders. (Hg.): Junge Kämpfer, alte Opportunisten. Die Mitglieder der NSDAP 1919–1945, Frankfurt a. M. u.a. 2016, S. 65–87, hier: S. 65.

<sup>28</sup> Falter, Jürgen W.: Zur Soziographie des Nationalsozialismus. Studien zu den Wählern und Mitgliedern der NSDAP (HSR Supplement No. 25, 2013); Darauf aufbauend führte Falter mit seinen Mitarbeitern jüngst besonders die Forschung zu den NSDAP-Mitgliedern weiter, Ders. (Hg.): Junge Kämpfer, alte Opportunisten. Die Mitglieder der NSDAP 1919–1945, Frankfurt a. M./ New York 2016; Ders.: 10 Millionen ganz normale Parteigenossen. Neue Forschungsergebnisse zu den Mitgliedern der NSDAP 1925–1945 (Abhandlungen der Geistes- und Sozialwissenschaftlichen Klasse, Nr. 4 2016), Mainz/ Stuttgart 2016.

### 2.1.1. Kindheit und Jugend in Heidelberg

Am 30. Mai 1886 brachte Karoline Kraft in der Heidelberger Hauptstraße Nr. 60 dem rund ein Jahr zuvor nach der gemeinsamen Hochzeit aus der Nr. 95<sup>29</sup> derselben Straße zu ihr gezogenen, 26-jährigen Lehramtspraktikanten Dr. Stephan Kraft in Anwesenheit einer Hebamme einen Sohn zur Welt.<sup>30</sup> Der Junge bekam die Vornamen Herbert, Karl und Oskar.<sup>31</sup> Über die Kindheit des jungen Herbert in der badischen Studentenstadt Heidelberg und das Familienleben der Krafts vermögen die Quellen nur fragmentarisch Auskunft zu geben.

Ein Jahr nach der Geburt seines ersten und einzigen Sohnes Herbert wurde aus dem Lehramtspraktikanten bald der Realschulprofessor Dr. Kraft. Er bekam eine Festanstellung an der Oberrealschule in der Heidelberger Kettengasse im Herzen der Altstadt unweit der Familienwohnung, wo er die Fächer Deutsch, Englisch, Französisch und zuweilen auch Geschichte unterrichtete.<sup>32</sup> Die väterliche Profession dürfte die soziale Stellung der Familie bestimmt haben: Herbert Kraft wurde im Milieu des Heidelberger Bildungsbürgertums wilhelminischer Zeit sozialisiert. Nicht anzunehmen ist, dass mit dem Bildungsaufstieg des Vaters<sup>33</sup> auch übermäßiger Wohlstand einherging. Der Umzug der Familie aus der Wohnung eines schmucken Bürgerhauses der Heidelberger Paradenstraße in die nahegelegene – damals noch eigenständige – Gemeinde Rohrbach<sup>34</sup> spricht nicht für eine besondere Liquidität der Krafts. Zwar existiert zu den Gründen des Wohnungswechsels keine explizite Überlieferung, aber selbst wenn finanzielle Nöte dahinter zu vermuten sind,<sup>35</sup> bleibt der soziale Status der Krafts als Teil des Bildungsbürgertums unberührt, da dieses sich traditionell nicht über Besitz definierte. Konfessionell ist Kraft nicht leicht einzuordnen. Zwar wurde er nach seiner aus Mannheim stammenden Mutter evangelisch getauft, doch der Vater war Katholik und die Verwurzelung im kurpfälzischen Protestantismus dürfte

---

<sup>29</sup> StAF F110/1, 781, Heiratsurkunde Nr. 94 vom 14. April 1885.

<sup>30</sup> StAH, Geburtenbuch Heidelberg 1886, Nr. 432.

<sup>31</sup> Im Folgenden wird nur noch der Rufname Herbert verwendet.

<sup>32</sup> Ebd., B 269, Oberrealschule Heidelberg, Jahresberichte.

<sup>33</sup> StAF F110/1, 781, Heiratsurkunde Nr. 94 vom 14. April 1885. Stephan Krafts Vater war ein Gastwirt aus Tauberbischofsheim. Der Vater seiner Frau Karoline, die zuvor mit einem Mechaniker verheiratet gewesen war, war ein Mannheimer Bierbrauer.

<sup>34</sup> StAH, Meldekarte Dr. Stephan Kraft.

<sup>35</sup> In einem Brief an das badische Kultusministerium erwähnte Kraft 1919, dass sein Vater das „große Vermögen seiner Frau vollständig verausgabt hat und heute eine große Menge Schulden besitzt“. Im gleichen Schreiben betont Kraft, die Familie sei u.a. davon in „Unglück gestürzt“ worden (StAF F 110/1, 781, Kraft an das badische Ministerium des Kultus und Unterrichts betreffend seine Wiedereinstellung in den Staatsdienst vom 12. Juni 1919). Diese Informationen könnten bedeuten, dass die zentral gelegene Wohnung in der Hauptstraße unbezahlbar wurde. Allerdings ist nicht bekannt, ab wann die Wende zwischen „großem Vermögen“ und „großen Schulden“ sich auf den Alltag der Familie spürbar auswirkte.

somit nicht allzu fest gewesen sein.<sup>36</sup> Im Herbst 1904 legte Kraft sein Abitur an ebender Schule ab,<sup>37</sup> an der sein Vater noch bis 1908<sup>38</sup> als Lehrkraft tätig war.<sup>39</sup> Zwar attestierte ihm sein Abiturzeugnis mangelhaften Fleiß, doch die durchschnittlichen Leistungen in den Fachdisziplinen brachten ihm immerhin noch die Endnote „ziemlich gut“ ein.<sup>40</sup>

### 2.1.2. Studentische Wanderjahre

Das Abitur brachte Kraft auch das wertvolle Privileg, seinen Militärdienst als „Einjährig-Freiwilliger“ absolvieren zu dürfen. Diese Institution brachte Bürgersöhnen mit ausreichender Bildung und ausreichendem Vermögen, um „sich selbst bekleiden, ausrüsten und verpflegen“<sup>41</sup> zu können, die „Möglichkeit des Anschlusses an die militärische Machtororganisation des Staates, die einer Einbindung in die tonangebenden Gesellschaftskreise des monarchisch-aristokratischen Obrigkeitsstaates gleichkam.“<sup>42</sup> Kraft diente ab dem 1. Oktober, also unmittelbar nach Erwerb der Hochschulreife, bei einem Jäger-Bataillon. Mit einer an Sicherheit grenzenden Wahrscheinlichkeit war Kraft in Marburg stationiert,<sup>43</sup> wo er während der Jahre 1904-1905 quasi gleichzeitig als Student an der Universität einge-

---

<sup>36</sup> Dass Kraft durch seine Eltern beide Konfessionen erlebte, dürfte ihm den Wechsel in den Schoß der katholischen Kirche nach seiner Heirat mit der stramm katholisch aufgewachsenen Augusta Wiedel 1920 stark erleichtert haben.

<sup>37</sup> In den Jahresberichten der Heidelberger Oberrealschule wird Kraft als Abiturient für das Jahr 1904 geführt (StAH B 269 (wie Anm. 3)). Auch in seiner militärischen Personalakte beim Bezirkskommando Pforzheim ist die Oberrealschule angegeben (GLA 456/ 6472, Personalbogen des Herbert Karl Oskar Kraft) und später in einem standardisierten Personalbogen für Abgeordnete des Badischen Landtags optierte Kraft wieder explizit für die Oberrealschule als Ausbildungseinrichtung (GLA 231/ 10956, fol. 268). Verwunderlich ist deshalb die singuläre Angabe Krafts in seiner Heidelberger Studentenakte von 1912, er habe sein Reifezeugnis an einem Realgymnasium erworben (UAH Stud. A. Herbert Kraft, Anmeldung zur Immatrikulation). Diese Diskrepanz erklärt sich, wenn man sich die Feinheiten des zeitgenössischen badischen Bildungssystems vor Augen führt: Der Abschluss an einer Oberrealschule berechtigte zum von Kraft eingeschlagenen neuphilologischen Studium nur unter der Bedingung, vor Abschluss des Studiums eine Ergänzungsprüfung in Latein abzulegen (StAH B 269 (wie Anm. 3)). Diese „Ergänzungs-Reifeprüfung“ hatte Kraft im März 1911 an einem Realgymnasium abgelegt, was ihn den Absolventen dieser Schulform in jeder Hinsicht gleichstellte (StAF F 110/1, 781, Ergänzungs-Reifeprüfung am Realgymnasium vom 14. März 1911).

<sup>38</sup> Am 13. Juni 1908 erfolgte die offizielle Abmeldung aus Heidelberg nach Bretten (StAH, Meldekarte Dr. Stephan Kraft).

<sup>39</sup> Diese besondere Vater-Sohn Konstellation an derselben Schule gilt es mitzudenken, wenn Kraft später dem Badischen Kultusministerium über heftige Verwerfungen mit seinem Vater berichtete.

<sup>40</sup> StAF F 110/1, 781, Großherzogliche Oberrealschule Heidelberg, Abiturienten-Zeugnis. Die heute nicht mehr geläufige Note „ziemlich gut“ war im zeitgenössischen Notensystem die drittbeste von fünf Bewertungsoptionen. Sie entspricht etwa der heutigen Leistung „befriedigend“.

<sup>41</sup> Mertens, Lothar: Bildungsprivileg und Militärdienst im Kaiserreich. Die gesellschaftliche Bedeutung des Einjährig-Freiwilligen Militärdienstes für das deutsche Bildungsbürgertum, in: Bildung und Erziehung, Jg. 44 (1990), Heft 2, S. 217–228, hier S. 223. 1904 waren die Krafts also noch finanzkräftig genug, um ihrem Sohn diese Chance auf gesellschaftliches Prestige zu erkaufen.

<sup>42</sup> Ebd., S. 318.

<sup>43</sup> Während die Militärakte Krafts das Jäger-Bataillon Nr. 11 in Bruchsal verortet (GLA/ 456, 6472, Personalbogen), gibt Krafts Personalakte aus dem Staatsdienst bezüglich der Stationierung die widersprüchliche Ortsangabe Marburg (StAF F 110/1, 781, Standesliste, Militärverhältnisse), die aufgrund seiner Immatrikulation dort plausibel erscheint. Auch in einem von Kraft selbst verfassten Lebenslauf aus dem Jahre 1912 wird Marburg zum Ort der Stationierung erklärt, StAF F 110/1, 781, Lebenslauf vom 17. 5. 1912.

schrieben war.<sup>44</sup> Trotzdem darf angezweifelt werden, ob mit der Immatrikulation auch ein substantielles Vorantreiben des Studiums verbunden war. Fehlende Leistungsscheine in seiner Personalakte<sup>45</sup> sowie eine Ernennung zum „Oberjäger“ kurz vor Ablauf seines Militärdienstes Ende August 1905, was bei den Jägern dem militärischen Dienstgrad eines Unteroffiziers entsprach, lassen vermuten, dass Krafts Lebensmittelpunkt in dieser Zeit die Kaserne und nicht der Hörsaal war.<sup>46</sup> Dies passt zu der zeitgenössischen Kritik am Militärdienst der „Einjährigen“ wegen dessen Verquickung mit dem parallel gestatteten Studium, das während der Dienstzeit wohl massenhaft vernachlässigt wurde.<sup>47</sup> Beim Jägerbataillon kam Kraft erstmals in Berührung mit den deutschen Streitkräften. Es muss in Anbetracht seiner späteren Entwicklung angenommen werden, dass er als junger Mann hier positive Erfahrungen sammelte.

Nachdem er in Marburg vielleicht sporadisch Lehrveranstaltungen besucht hatte, zog Herbert Kraft für kurze Zeit zurück in seine Heimatstadt und wurde von einer Immatrikulationsnummer zu einem veritablen Studenten.<sup>48</sup> Im Wintersemester 1905/06 ging er im Rahmen eines kameralistischen Studiums<sup>49</sup> den Rechtswissenschaften an der Ruperto Carola nach. Er besuchte in seinem ersten Universitätssemester eine Grundlagenveranstaltung dieses Faches, beschäftigte sich mit römischem Recht und belegte einen Anfängerkurs in Latein.<sup>50</sup>

Nach einem guten halben Jahr in der Heimat zog es Kraft schon wieder in die Ferne. Er setzte sein staatswirtschaftliches Studium zwei Semester lang in München fort. Im Sommersemester 1906 vertiefte er seine Kenntnisse im römischen Recht und der lateinischen Sprache und ergänzte dies durch nationalökonomische Studien und eine Einführungsvorlesung in die Philosophie. Zudem hörte er bei Professor Lujo Brentano Wirtschaftsge-

---

<sup>44</sup> GLA 231, 10956, fol. 268, Personalbogen des Badischen Landtags.

<sup>45</sup> StAF F 110/1, 781, Semestralzeugnisse. Von den Universitäten Heidelberg und München sind hingegen zahlreiche Seminar- und Vorlesungsscheine überliefert.

<sup>46</sup> GLA 456, 6472, Personalbogen.

<sup>47</sup> Mertens, Bildungsprivileg, S. 225.

<sup>48</sup> Auch der bereits erwähnte Lebenslauf von 1912 stellt es so dar, dass Kraft zunächst das Freiwilligenjahr in Marburg absolviert hatte und dann an der Universität zu Heidelberg sein Studium begann, StAF F110/1, 781, Lebenslauf vom 17. 5. 1912.

<sup>49</sup> In seinem Lebenslauf von 1912 bezeichnet sich Kraft im Rückblick auf diese Zeit als „stud. cam.“, StAF F110/1, 781, Lebenslauf vom 17. 5. 1912; In einem Schreiben des großherzoglichen Ministeriums des Kultus und Unterrichts von 1911 an Kraft bezüglich dessen Zulassung zur Prüfung für das Lehramt an höheren Schulen bekam Kraft die Zusage, „zwei Semester Ihres kameralistischen Studiums auf die vorgeschriebene Dauer Ihres Berufsstudiums“ angerechnet zu bekommen, StAF F110/1, 781, Der Ministerialdirektor an Herbert Kraft vom 21. August 1911.

<sup>50</sup> StAF F110/1, 781, Ruprecht-Karls-Universität, Abgangszeugnis vom 3. 5. 1906.

schichte. Im folgenden Wintersemester konzentrierte sich Kraft ganz auf das juristische Studium des Bürgerlichen Gesetzbuches.<sup>51</sup>

Dann vollzog sich für den damals 21-jährigen Herbert Kraft ein markanter Bruch innerhalb seines Studentenlebens. Ab Oktober 1907 war Kraft drei Jahre lang an einer französischen Schule nahe Paris als Lehrer tätig.<sup>52</sup> Warum er sein Studium unterbrach und München den Rücken zukehrend ins Ausland floh, ist schwer nachvollziehbar. Einem später für die Zulassung zur Lehramtsprüfung angefertigten Lebenslauf zufolge will Kraft von „unglückliche[n] Familienverhältnisse[n] gezwungen“ worden sein.<sup>53</sup> Weitere sieben Jahre später konkretisierte er, er habe von seinem Vater seit seinem 20. Lebensjahr „keine pekuniäre Unterstützung mehr erhalten“.<sup>54</sup> Fügt man den Informationsgehalt beider Quellen zusammen, drängt sich der Eindruck auf, dass Kraft Senior seinem Sohn den Geldhahn zugedreht hatte und eine eigenständige Finanzierung des Studiums in der fernen bayerischen Metropole somit unmöglich wurde. Dass eine Rückkehr nach Baden für den jungen Kraft zu diesem Zeitpunkt keine Option darstellte, vermag vor dem Hintergrund des tiefsitzenden Konflikts mit seinem Erzeuger, der aus zuletzt zitiertem Schreiben unverblümt hervortritt, nicht zu überraschen. Wieso seine Wahl wiederum auf Frankreich fiel, bleibt letztlich unklar. Unfähig, sein berufsqualifizierendes Studium zu Ende zu führen und ohne alternative Ausbildung sah er vielleicht in der Beherrschung der deutschen Sprache sein einziges Kapital am Arbeitsmarkt; eine Kompetenz, die nur im nicht-deutschsprachigen Ausland ihre Überzeugungskraft entfalten konnte.<sup>55</sup> Für einen gebürtigen Badener mag Frankreich dann im wahrsten Sinne des Wortes naheliegend gewesen sein. Dass zusätzlich eine intrinsische Affinität zur französischen Sprache und Kultur hinzukam, ist nicht auszuschließen. Dagegen spricht jedoch seine lediglich „hinlängliche[e]“ Französischnote im Abiturzeugnis.<sup>56</sup> So wird es wahrscheinlich, dass erst der dreijährige Frankreichaufenthalt Krafts weiterer beruflicher Lebensplanung einen entscheidenden Impuls verlieh. Diese Zeit markiert nicht nur Krafts ersten nachweisbaren Berührungspunkt mit dem Lehrerberuf, den er später ergreifen sollte, hier befasste sich der spätere Deutsch- und Französischlehrer auch erstmals systematisch mit deutscher Sprache, Literatur und deren didaktischer Vermittlung und intensivierte, gezwungen durch die neue fran-

---

<sup>51</sup> StAF F 110/1, 781, Universität München, Zeugnis zum Abgange von der Universität vom 4. Mai 1912.

<sup>52</sup> StAF F 110/1, 781, Standes-Liste, Laufbahn außerhalb des staatlichen Dienstes.

<sup>53</sup> StAF F 110/1, 781, Lebenslauf vom 14. Mai 1912.

<sup>54</sup> StAF F 110/1, 781, Kraft an das badische Ministerium des Kultus und Unterrichts vom 12. Juni 1919.

<sup>55</sup> Kraft ließ in seinen vielzitierten Lebenslauf einfließen, dass er als „Lehrer für die deutsche Sprache“ zuständig gewesen ist, StAF F 110/1, 781, Lebenslauf vom 14. Mai 1912.

<sup>56</sup> StAF F 110/1, 781, Großherzogliche Oberrealschule Heidelberg, Abiturienten-Zeugnis. „Hinlänglich“ war die zweitschlechteste Note im zeitgenössischen Bewertungssystem.

kophone Umwelt, seine Kenntnisse im Französischen. Mit seinem mutmaßlich ersten Einkommen wurde ihm das Studentenleben wieder erschwinglich und so immatrikulierte sich Kraft nach etwa zwei Jahren, in denen seine Sprachkenntnisse auf ein ausreichendes Niveau angestiegen sein müssen, im akademischen Jahr 1909-10 an der *Faculté des Lettres* der Pariser Universität.<sup>57</sup> Die Einschreibung an der Philologischen Fakultät stellt den Wendepunkt vom angehenden Rechtsgelehrten und Finanzökonom zum Schulpädagogen für moderne Sprachen dar. Dass der geflüchtete Sohn in Frankreich ausgerechnet die exakte Berufskarriere des ihm in „Hass“<sup>58</sup> verbundenen Vaters einschlug, ist ein Paradoxon, das im Hinblick auf die patriarchalen Familienstrukturen der Zeit vielsagend ist. Nach drei Jahren zog Kraft zurück nach München. Am Ort, von wo aus er Deutschland einst verlassen hatte, setzte er nun seine „philologischen Studien [...] fort“.<sup>59</sup> Als 24-jähriger mit Praxiserfahrung begann Herbert Kraft quasi ein neues Studium und das Pensum, das er in den folgenden drei Semestern leistete, lässt darauf schließen, dass er nun Eile verspürte: Während seiner zweiten Münchner Studentenzeit war er auf mehr als 30 Veranstaltungen inskribiert. An der Intensität seines Lernens in dieser Studienphase verdeutlicht sich, dass die Weichenstellung auf die Philologie inzwischen unumstößlich gefestigt war. Schwerpunktmäßig beschäftigte sich Kraft sowohl bei seinen germanistischen, als auch seinen romanistischen Studien mit den Epochen des Mittelalters und der Frühen Neuzeit. Vereinzelt streifte er auch das Feld der Anglistik.<sup>60</sup> Der Rückkehr nach Deutschland folgte schließlich im Frühjahr 1912<sup>61</sup> die Rückkehr nach Heidelberg. Ein Zeichen der Annäherung an den Vater ist mit der Heimkehr zunächst nicht verbunden, denn Krafts Eltern waren in der Zwischenzeit nach Bretten bei Karlsruhe umgezogen.<sup>62</sup> Seine Energien verwendete Kraft in der Folge darauf, das Ende seines Studiums herbeizuführen. Zum einen partizipierte er während des für ihn finalen Sommersemester 1912 an den letzten 14 nötigen Vorlesungen und Übungen seines Studentenlebens und befasste sich dabei zum ersten Mal auch mit explizit pädagogischen Fragestellungen.<sup>63</sup> Zum anderen forcierte er von seiner neuen Studentenbude in der Sandgasse Nr. 12<sup>64</sup>

<sup>57</sup> StAF F 110/1, 781, Université de Paris, Faculté des Lettres, Pour le Doyen vom 27. Juni 1912.

<sup>58</sup> StAF F 110/1, 781, Lebenslauf vom 14. Mai 1912.

<sup>59</sup> StAF F 110/1, 781, Lebenslauf vom 14. Mai 1912.

<sup>60</sup> StAF F 110/1, 781, Universität München, Zeugnis zum Abgange von der Universität vom 20. April 1912.

<sup>61</sup> Seine Immatrikulation ist auf den 4. Mai 1912 datiert, StAF F 110/1, 781, Großherzoglich Badische Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg, Abgangs-Zeugnis vom 11. 5. 1912. Die amtliche Anmeldung in Heidelberg datiert vom 27. April 1912, StAH, Meldekarte Herbert Kraft.

<sup>62</sup> Die Abmeldung erfolgte schon am 13. Juni 1908, StAH, Meldekarte Dr. Stephan Kraft.

<sup>63</sup> StAF F 110/1, 781, Anmeldungs-Buch vom 10. Mai 1912.

<sup>64</sup> Vom 27. April bis zum 4. August des Jahres war Kraft hier gemeldet, StAH, Meldekarte Herbert Kraft.

aus die Zulassung zur Prüfung für das Lehramt an höheren Schulen.<sup>65</sup> Nachdem der Lehramtskandidat Kraft bereits im Vorjahr von München aus eine Anrechnung zweier Semester seines zuvor betriebenen kameralistischen Studiums erwirkt<sup>66</sup> und an der Goetheschule in seiner Landeshauptstadt Karlsruhe die nötige Reifeergänzungsprüfung in Latein mehr schlecht als recht mit der Note 4 bestanden hatte,<sup>67</sup> stand einer Zulassung zur Lehramtsprüfung in den Hauptfächern Französisch und Deutsch und mit dem Nebenfach Englisch nichts mehr im Wege.<sup>68</sup> Eine 20-Wochen-Frist wurde ihm für die Anfertigung zweier themengebundener Erörterungsaufsätze gewährt.<sup>69</sup> Doch zwei Tage vor deren Ablauf fiel Kraft recht kurzfristig auf, dass weder die Hauptarbeit über den Stand der Verbalflexion in einer spätmittelalterlichen französischen Liedersammlung<sup>70</sup> noch die Abhandlung des Themas „Schule und Charakter“<sup>71</sup> rechtzeitig fertig werden würden, und er ließ sich dazu hinreißen, ein unbegründetes Verlängerungsgesuch einzureichen, das exakt einen Tag vor Fristende in Karlsruhe eintraf.<sup>72</sup> Ob dieser Unverschämtheit ließ sich der zuständige Sachbearbeiter zunächst auch nicht erweichen: zu wenig zu spät; so ließe sich die knappe Antwort zusammenfassen.<sup>73</sup> Kraft versuchte nun, zu retten, was zu retten war. Er schloss seine französische Hauptarbeit eilig ab und verschickte sie binnen weniger Tage und noch vor Ablauf der ursprünglich erbetenen Gnadenfrist. Wenige Tage später, vermutlich als Reaktion auf den abschlägigen Bescheid des Ministeriums, verfasste er einen längeren Brief, in dem er reumütig und untertänig bat, über die knapp verspätete Abgabe seiner Hauptarbeit hinwegzusehen und erneut um einen Aufschub für die Nebenarbeit bettelte. Kraft war bei der Begründung, die dieses Schreiben nun beinhaltete, um keine Ausrede verlegen. Sogar den trödelnden Buchbinder bemühte er.<sup>74</sup> Die Posse endete schließlich mit einem gnädigen Bewilligungsschreiben des Unterrichtsministeriums.<sup>75</sup> Den neuen Abgabetermin konnte Kraft offensichtlich einhalten. Immerhin wurde seine französische Facharbeit von ihrem Gutachter mit den Prädikaten „außerordentlich fleissig und gründlich“ versehen und mit „recht gut“ benotet.<sup>76</sup> Auch die dann folgenden schriftlichen und mündlichen Prüfungen im Frühjahr 1913 meisterte Kraft und bekam im April ein Zeugnis mit der Gesamtno-

---

<sup>65</sup> StAF F 110/ 1, 781, Kraft an Kultusministerium vom 14. Mai 1912.

<sup>66</sup> StAF F 110/1, 781, Sekretariat des Kultusministeriums an Kraft vom 21. August 1911.

<sup>67</sup> StAF F 110/ 1, 781, Ergänzungs-Reifeprüfung am Realgymnasium vom 14. März 1911.

<sup>68</sup> StAF F 110/1, 781, Kultusministerium an Kraft vom 29. Juni 1912.

<sup>69</sup> Ebd.

<sup>70</sup> Ebd.

<sup>71</sup> StAF F 110/1, 781, Kraft an das Kultusministerium vom 26. November 1912.

<sup>72</sup> StAF F 110/1, 781, Kraft an das Kultusministerium vom 17. November 1912.

<sup>73</sup> StAF F 110/1, 781, Kultusministerium an Kraft vom 22. November 1912.

<sup>74</sup> StAF F 110/1, 781, Kraft an das Kultusministerium vom 26. November 1912.

<sup>75</sup> StAF F 110/1, 781, Kultusministerium an Kraft vom 2. Dezember 1912.

<sup>76</sup> StAF F 110/1, 781, Fr. Neumann über Krafts Arbeit.



te „gut“ ausgefertigt, das ihn zur Unterrichterteilung in Französisch, Deutsch und Englisch berechnigte.<sup>77</sup> An das Staatsexamen schloss auch damals schon ein praktischer Vorbereitungsdienst an. Die Zuteilung der Lehramtspraktikanten war Sache des Ministeriums, doch stand es Kraft zu, einen Wunsch zu äußern.<sup>78</sup> Er wollte sein Probejahr an der Realschule in Bretten verbringen,<sup>79</sup> wohin er im Monat zuvor zu seinen Eltern gezogen war.<sup>80</sup> Anscheinend war die später auf diese Zeit reflektierte Abneigung dem Vater gegenüber nicht so stark, als dass sie es Kraft verboten hätte, mit ihm wieder unter einem Dach zu wohnen<sup>81</sup> und sich sogar aktiv darum zu bemühen, dass dieser Zustand andauerte.

### 2.1.3. Lehramtspraktikant in Bretten

Krafts Wunsch wurde erhört. Am 18. April 1913 wurde er per Bescheid der Realschule in Bretten zugewiesen,<sup>82</sup> wo er am 25. April seinen Dienst antrat<sup>83</sup> und am 5. Mai im Beisein des Schuldirektors dem badischen Großherzog die Treue schwörend seinen Beamteneid ablegte.<sup>84</sup> Kraft begann mit der Unterrichtung der Fächer Deutsch und Geschichte und hospitierte zusätzlich beim Französischunterricht seines Betreuungslehrers.<sup>85</sup> Der Fremdsprachenunterricht wurde demnach als besonders anleitungsbedürftig angesehen, während man der Geschichtsvermittlung anscheinend weniger Wertschätzung entgegenbrachte, wurde diese doch ohne Weiteres einem fachfremden Referendar anvertraut. Interessant ist, dass Kraft, der sich später ehrenamtlich mit den deutschen Auslandsschulen beschäftigen sollte,<sup>86</sup> der zuvor bereits in Frankreich an einer Schule gelehrt hatte und nach seinem

---

<sup>77</sup> StAF F 110/1, 781, Großherzoglich Badische Prüfungskommission für das höhere Lehramt am 9. April 1913.

<sup>78</sup> StAF F 110/1, 781, Prüfung für das höhere Lehramt 1912. Abteilung für neuere Sprachen und Geschichte.

<sup>79</sup> Ebd.

<sup>80</sup> StAH Meldekarte Herbert Kraft. In der Sandgasse 12 blieb Kraft bis zum 4. 8. wohnhaft. Nach drei Monaten in Bretten zog er dann am 10. 11. wieder in die Heidelberg Sandgasse, diesmal in Nr. 9 der Straße. Am 21. 3. erfolgte dann die endgültige Abmeldung aus Heidelberg, abermals nach Bretten.

<sup>81</sup> In einem Brief an das Kultusministerium berichtete der Direktor der Realschule in Bretten über das zerstörte Verhältnis Krafts zu seinem Vater, der anscheinend als Lehrer an der Brettener Realschule beschäftigt war, und zitierte Kraft mit dem Ausspruch, dass „das Haus eine Hölle“ darstelle, StAF F 110/1, 781, Grossh. Direktion der Realschule: Rottengatter an das Kultusministerium vom 9. März 1914. Dem ist zu entnehmen, dass Kraft nicht nur in die Stadt, sondern auch in das Haus des Vaters gezogen war.

<sup>82</sup> StAF F 110/1, 781, Kultusministerium an Kraft vom 18. April 1913.

<sup>83</sup> StAF F 110/1, 781, Großh. Realschule Bretten an das Kultusministerium vom 3. Mai 1913.

<sup>84</sup> StAF F 110/1, 781, Verhandlung über die Leistung des Beamteneides vom 5. Mai 1913.

<sup>85</sup> StAF F 110/1, 781, Großh. Realschule Bretten an das Kultusministerium vom 3. Mai 1913.

<sup>86</sup> Beispiele für Krafts Publizistik zum Thema deutscher Auslandsschulen wären: Herbert Kraft: Entwurf über die Gestaltung der Leibesübungen an den deutschen In- und Auslandsschulen, in: Die deutsche Schule im Auslande (1935), Jg. 27, S. 62–67; Herbert Kraft: Die Richtlinien für die Leibeserziehung in Jungenschulen und ihre Anwendung in den deutschen Auslandsschulen, in: Der Deutsche Erzieher, Ausgabe Gau Baden: Die badische Schule (1938), Jg. 5, S. 61–63. Kraft war später Mitglied im Gutachterausschuss für das deutsche Auslandsschulwesen, vgl. Waibel, Jens: Die deutschen Auslandsschulen. Materialien zur Außenpolitik des Dritten Reichs, univ. Diss., Europa-Universität Viadrina Frankfurt a.d. Oder 2010, S. 168.

Praktikantenjahr noch einmal im westeuropäische Ausland arbeiten sollte,<sup>87</sup> bereits nach wenigen Wochen an seiner neuen Wirkungsstätte eine Bewerbung an das Kultusministerium in Karlsruhe um eine „Lehrerstelle an einer deutschen Schule im Auslande“ richtete.<sup>88</sup> Es ist ganz offensichtlich, dass das deutsche Auslandsschulwesen seit sehr früher Zeit eine Anziehung auf Kraft ausübte, die ihm zeitlebens eine Konstante bleiben sollte.<sup>89</sup> Im Antwortschreiben wurde Kraft auf die Zeit nach Beendigung seines Probejahres vertröstet.<sup>90</sup> Während des Sommers 1913 wurde Herbert Kraft dann zu einer achtwöchigen militärischen Übung einberufen, die er zu absolvieren hatte, um in den Offizierstand aufgenommen zu werden.<sup>91</sup> Kraft nämlich trieb immer auch seine militärische Karriere voran. Sein Ziel war das Reserveoffizierspatent, das im deutschen Kaiserreich Schlüssel zu den staatstragenden Schichten und einzigartige Aufstiegschance für Bürgerliche war.<sup>92</sup> Schon 1906 war er nach der Ableistung einer Militärübung dem Standardweg der Einjährig-Freiwilligen folgend zum Vizefeldwebel aufgestiegen,<sup>93</sup> nun wollte er den nächsten Schritt gehen. Neben der schulischen und der militärischen Laufbahn arbeitete Kraft im Sommer 1913 scheinbar auch an seinem akademischen Werdegang. Da die Übung für Offiziersanwärter die ganzen Schulferien überdauerte, beantragte Kraft einen zweiwöchigen Urlaub von Mitte bis Ende Juli mit der bekundeten Absicht, seine Doktorarbeit schreiben zu wollen.<sup>94</sup> Doch obwohl Kraft schon 1911 im Zuge des Anmeldeverfahrens für die Ergänzungsprüfung in Latein mit einem späteren „Doktorexamen der Neuphilologie“ liebäugelte,<sup>95</sup> kam es zu der „bis Weihnachten des d. J. [1913, d. Verf.]“<sup>96</sup> angekündigten Promotion nie.<sup>97</sup> Nach der Wiederaufnahme des Dienstes erhöhte sich die Stundenzahl nun leicht.

---

<sup>87</sup> Im Sommer 1914, nach dem Erwerb der Anstellungsfähigkeit für höhere Lehranstalten bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges war Kraft an einer englischen Privatschule tätig, s.u. Anm. 111.

<sup>88</sup> StAF F 110/ 1, 781, Kultusministerium an die Direktion der Realschule in Bretten vom 5. Juli 1913.

<sup>89</sup> Ein weiterer Nachweis hierfür ist ein Bestätigungsschreiben des Kultusministeriums von 1921 an das Staatsministerium, dass Professor Kraft den Vorständen deutscher Auslandsschulen ohne Weiteres empfohlen werden könne. Es ist davon auszugehen, dass diese Empfehlung auf Krafts Initiative gründete, StAF F 110/1, 781, Kultusministerium an das Staatsministerium vom 8. Februar 1921.

<sup>90</sup> Ebd.

<sup>91</sup> StAF F 110/1, 781, Kraft an das Kultusministerium betreffend die militärische Übung vom 24. Juni 1913.

<sup>92</sup> Vgl. Martens, Bildungsprivileg.

<sup>93</sup> GLA 456/ 6472 (wie Anm. 5).

<sup>94</sup> StAF F 110/1, 781, Kraft an das Kultusministerium betreffend Urlaub vom 24. Juni 1913.

<sup>95</sup> StAF F 110/1, 781, Kraft an das Kultusministerium vom 11. Januar 1911.

<sup>96</sup> S.o., Anm. 94.

<sup>97</sup> An dieser Stelle scheint es angebracht, mit einem langlebigen Mythos aufzuräumen. Wahrscheinlich wegen seiner späteren Beförderung zum Professor setzten manche Mitmenschen Krafts eine Promotion voraus. Diese Fehlannahme zog sich teilweise bis in die jüngste Vergangenheit. So wird Kraft im biographischen Handbuch der Abgeordneten des NS-Reichstags fälschlich als „Dr. phil.“ bezeichnet (Statisten in Uniform. Die Mitglieder des Reichstags 1933–1945. Ein biographisches Handbuch, hrsg. v. Joachim Lilla u.a., Düsseldorf 2004, S. 574). Kraft allerdings war kein habilitierter Universitätsprofessor, sondern Schulprofessor und sein Titel entsprach schlicht einem Dienstgrad der öffentlichen Schullaufbahn. Er selbst ging mit der fehlenden Doktorwürde ganz offen um. So strich er in bereits zitiertem Personalbogen für die Abgeordneten

Kraft durfte jetzt auch Französisch unterrichten und gab freiwillig einen Anfängerkurs in Latein, wo er sich trotz seines mittelmäßigen Ergänzungsexamens inzwischen anscheinend sicher fühlte.<sup>98</sup>

Die Anfertigung einer schriftlichen Arbeit war für die Erlangung der Anstellungsfähigkeit für höhere Lehranstalten am Ende des Probejahres ebenso obligatorisch wie eine beurteilte Lehrprobe vor einer Klasse. Krafts lockeres Verhältnis zu Abgabefristen ist bereits bekannt. Insofern überrascht es nicht, wenn ihm auch für die Einreichung dieser Arbeit über die geschichtsdidaktische Frage, ob die Heranführung moderner Verhältnisse zielführend sei, um den Quartanern einer Realschule antike Phänomene begreiflich zu machen, eine doppelte Verlängerung gewährt werden musste, ehe er sie Mitte Februar 1914 schließlich abgab.<sup>99</sup> Die Lehrprobe fand knapp zwei Wochen später Ende Februar statt. Kraft hielt eine Französischstunde und hatte die Aufgabe, seiner Schülerschaft feminine Adjektive und allgemeine Übersetzung näherzubringen.<sup>100</sup> Die fachliche Beurteilung der mündlichen Leistung fiel in der Perspektive des Betreuungslehrers und des Schulleiters mehr oder minder einhellig positiv aus. Ersterer zensierte die Probelektion, obgleich er im Einzelnen verschiedene Optimierungspotentiale aufzeigte, als „im allgemeinen gut“<sup>101</sup> und auch Rektor Rottengatter bescheinigte dem Kandidaten Kraft, „bei ernstem Streben ein guter Lehrer werden“ zu können.<sup>102</sup> Gänzlich unterschiedlicher Auffassung waren beide Pädagogen hingegen bei der Beurteilung der schriftlichen Leistung. Kam der Lehrer auch hier wieder zu dem Ergebnis „im allgemeinen gut“,<sup>103</sup> fällte Rottengatter ein durchweg vernichtendes Urteil von schludriger Form über gravierende inhaltliche Mängel bis hin zu einer gänzlich fehlenden Schlussbewertung.<sup>104</sup> In einem Schreiben an das dienstaufsichtsführende Kultusministerium legt der Direktor auch seine Unzufriedenheit mit Krafts Cha-

---

des Badischen Landtags die Frage nach einer etwaigen Promotion freimütig aus (GLA 231/ 10956, fol. 268) und machte einen Rechtsanwalt aus Mannheim, der ihn als Dr. Kraft angesprochen hatte, in seiner Antwort umgehend auf den Fehler aufmerksam, GLA 235/ 38160, Privater Schriftwechsel des Ministerialrats und Reichstagsabgeordneten Kraft, 1938, Kraft an Meyer vom 1. Februar 1938. Die angeführten Quellen dürften für die Widerlegung des Irrtums, Kraft habe sich je promoviert, ausreichen und beantworten die noch 2016 von Ebner, Andreas: Als der Krieg den Fußball fraß. Die Geschichte der Gauliga Baden 1933–1945, Ubstadt-Weiher 2016, S. 490 offengelassene Frage eindeutig.

<sup>98</sup> StAF F 110/1, 781, Großh. Realschule Bretten an das Kultusministerium vom 23. September 1913.

<sup>99</sup> StAF F 110/1, 781, Direktor Rottengatter an das Kultusministerium vom 9. März 1914.

<sup>100</sup> StAF F 110/1, 781, Zeugnis über das Ergebnis der Probelektion des Lehramtspraktikanten Herbert Kraft vom 1. März 1914.

<sup>101</sup> StAF F 110/1, 781, Zeugnis über das Ergebnis der Probelektion des Lehramtspraktikanten Herbert Kraft vom 1. März 1914.

<sup>102</sup> StAF F 110/1, 781, Begutachtung der Lehrprobe des Lehramtspraktikanten Herbert Kraft in Bretten durch Direktor Rottengatter.

<sup>103</sup> StAF F 110/1, 781, Zeugnis über das Ergebnis der schriftlichen Prüfungsarbeit des Probekandidaten Herbert Kraft vom 19. Februar 1914.

<sup>104</sup> StAF F 110/1, 781, Begutachtung der schriftlichen Arbeit des Probekandidaten Lehramtsprkt. Herbert Kraft vom 9. März 1914.

rakter dar. Er zeichnete das Bild eines unbeherrschten, unselbständigen und den eigenen Eltern doch egoistisch und kaltherzig gegenüberstehenden jungen Mannes und schloss mit der These, „um [...] ein Erzieher zu werden, müsste er [Kraft, d. Verf.] mit seiner eigenen Erziehung den Anfang machen“.<sup>105</sup> Persönliche Antipathie kann aber die Diskrepanz der beiden widersprüchlichen Begutachtungen der schriftlichen Arbeit Krafts nicht allein erklären, da Rottengatter trotz seinen menschlichen Vorbehalten offenbar in der Lage war, ein differenziertes Urteil über Krafts pädagogisches Potential zu fällen.<sup>106</sup>

Im April 1914 war Krafts Zeit an der Realschule in Bretten vorüber und er erhielt das Zeugnis der Anstellungsfähigkeit für höhere Lehranstalten.<sup>107</sup> Auf dieser Grundlage bat Kraft am Monatsende das Ministerium darum, in den höheren Schuldienst übernommen zu werden.<sup>108</sup> Am 20. Mai kam die Antwort aus Karlsruhe. Dem Gesuch auf Übernahme in den staatlichen höheren Schuldienst konnte nicht nachgekommen werden.<sup>109</sup> Die schlechten Worte des Direktors, die dieser selbst als „private Vertrauenssache“ aufgefasst hatte,<sup>110</sup> erwiesen sich als folgenreich für Krafts berufliche Zukunft.

Halb aus Zwang wegen der verweigerten Anstellung, halb aus intrinsischer Neigung – so erzählte es Kraft einige Jahre später – ging er im Sommer 1914 nach England, wo es eine Stelle an einer Privatschule für ihn gab.<sup>111</sup> Zwar hatte Kraft aufgrund der Haltung des Kultusministeriums kaum Alternativen zur Arbeitsmigration, doch seine Vergangenheit lässt vermuten, dass der Gang nach Großbritannien tatsächlich kein harter Schlag für ihn gewesen ist.

#### **2.1.4. Kraft im Krieg: Frontoffizier, Freikorpsflieger, Fanatisierung?**

Gerade ins Berufsleben gestartet, trat die große Politik erstmals merklich in Krafts Leben. Die Entfesselung des Ersten Weltkrieges im August 1914 ließ ein weiteres Engagement

---

<sup>105</sup> StAF F 110/1, 781, Direktor Rottengatter an das Kultusministerium vom 9. März 1914.

<sup>106</sup> Ebd.: „Was seine wissenschaftliche und methodische Befähigung anbelangt, so könnte er sich wohl zu einer tüchtigen Lehrkraft entwickeln, wie er durch seine bisherige unterrichtliche Tätigkeit bewiesen hat“; vgl. auch seine Beurteilung der Lehrprobe.

<sup>107</sup> StAF F 110/1, 781, Kultusministerium an Kraft vom 19. April 1914.

<sup>108</sup> StAF F 110/1, 781, Kraft an Kultusministerium vom 28. April 1914.

<sup>109</sup> StAF F 110/1, 781, Kultusministerium an Kraft vom 20. Mai 1914.

<sup>110</sup> StAF F 110/1, 781, Direktor Rottengatter an das Kultusministerium vom 9. März 1914.

<sup>111</sup> StAF F 110/1, 781, Kraft an das Kultusministerium vom 10. Juli 1919; vgl. auch: Mohr, Kraft, S. 312. Mohr lässt den Englandaufenthalt Krafts – leider ohne Quellenangabe – von Februar bis Juli 1914 dauern. Das Anfangsdatum ist nachweislich falsch. An anderer Stelle der Personalakte findet sich eine sehr präzise Datierung des Englandaufenthalts vom 21. 4.–1.8. 1914, StAF F 110/1, 781, Nachweisung der Hinterbliebenenbezüge. Diese Information könnte schon eher zutreffen. Das Anfangsdatum ist jedoch auch hier allem Anschein nach etwas zu früh geraten.

des Deutschen im britischen Feindesland unmöglich werden.<sup>112</sup> Gleichzeitig war mit der Mobilmachung der kaiserlich deutschen Truppen untrennbar die Einberufung des jungen Offiziers Kraft verbunden. So wurde er schon am 3. August ins Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 109 eingezogen, wo er, mit der Führung verschiedener Kompanien beauftragt, als Offizier-Stellvertreter fungierte, ehe er noch Mitte November des Jahres zum Leutnant befördert wurde.<sup>113</sup> Im Mai 1915 wurde Kraft dann dem Infanterie-Regiment Nr. 185 überstellt.<sup>114</sup> Nach gut zwei Jahren verließ Leutnant Kraft die Bodentruppen und wechselte im Hochsommer 1917 zu „einem besonders exklusiven Truppenteil, einer der damals völlig neuartigen Fliegerstaffeln“.<sup>115</sup> Hier wurde Kraft in der Fliegerabteilung 234 zunächst zum Beobachter ausgebildet und hatte diesen Status seit dem 23. Dezember 1917 inne.<sup>116</sup> Das letzte Kriegsjahr nutzte Fliegeroffizier Kraft dazu, die militärische Karriereleiter noch etwas weiter hinaufzuklettern: Am 1. April 1918 verdiente er sich sein Fliegerbeobachterabzeichen<sup>117</sup> und seit Juli des Jahres war er stellvertretender Führer der Fliegerstaffel 32.<sup>118</sup>

Während seiner Zeit bei der Infanterie bis 1917 war Kraft an zahlreichen Schlachten und Gefechten an der Westfront beteiligt.<sup>119</sup> Aus dieser Zeit trug er nicht nur das Eiserne Kreuz beider Klassen und andere militärische Abzeichen<sup>120</sup> davon, er wurde auch durch Granatsplitter am Oberarm verwundet und zog sich eine Kopfverletzung in Folge eines Handgranatenwurfs zu.<sup>121</sup> Dass dem hochdekorierten und hochgelobten<sup>122</sup> Offizier Herbert

---

<sup>112</sup> In einem Brief an das Kultusministerium schrieb Kraft kurz nach Kriegsende, er habe die Stelle als Privatschullehrer in England „durch den Krieg verloren“, StAF F 110/1, 781, Kraft an Kultusministerium vom 10. Juli 1919.

<sup>113</sup> GLA 456/ 6472, Personalbogen des Herbert Karl Oskar Kraft.

<sup>114</sup> Ebd.

<sup>115</sup> Mohr, Kraft, S. 312.

<sup>116</sup> GLA 456/ 6472, Bogen vom 6. Mai 1918.

<sup>117</sup> Ebd; Handbuch für den Badischen Landtag, V. Landtagsperiode 1933–1937, im Auftrag des Landtags zusammengestellt und bearbeitet von Karl Groß, Karlsruhe 1934, S. 138.

<sup>118</sup> GLA 456/ 6472, Bogen vom 4. August 1918.

<sup>119</sup> GLA 456/ 6472, Personalbogen Herbert Kraft.

<sup>120</sup> Insgesamt wurden ihm verliehen: Das E.K. I, das E.K. II, das Ritterkreuz vom Zähringer Löwenorden mit Schwertern, das Hamburger Hanseatenkreuz, das Silberne Verwundetenabzeichen und später bei den Luftstreitkräften das schon erwähnte Beobachterabzeichen, GLA 456/ 6472, Personalbogen Herbert Kraft; Handbuch für den Badischen Landtag, V. Landtagsperiode, S. 138; Degeners Wer ist's? Eine Sammlung von rund 18000 Biographien mit Angaben über Herkunft, Familie, Lebenslauf, Veröffentlichungen und Werke, Lieblingsbeschäftigung, Mitgliedschaft bei Gesellschaften, Anschrift und anderen Mitteilungen von allgemeinem Interesse, hrsg. v. Herrmann A. L. Degener, X. Ausgabe, Berlin 1935, S. 875.

<sup>121</sup> GLA 456/ 6472, Personalbogen Herbert Kraft. Kraft behauptete später in einem Brief an das Kultusministerium gar, dreimal verwundet worden zu sein, StAF F 110/1, 781, Kraft an Kultusministerium vom 10. Juli 1919.

<sup>122</sup> Von Vorgesetzten sind nur Lobeshymnen auf Kraft überliefert. So heißt es in einem Empfehlungsschreiben für eine Auszeichnung an das Badische Kabinett, er habe sich „als Kompagnieführer, hervorragendes und unerschrockenes Verhalten im stärksten feindlichen Artilleriefeuer ausgezeichnet und dadurch seiner Kompanie ein glänzendes Vorbild gegeben. Auch [...] hat sich Leutnant Kraft [...] weiter als schneidiger Offizier gezeichnet“, GLA, Badisches Staatsministerium, Generalia, Orden, Ordensverleihungen, Kriegsaus-

Kraft die Anerkennung von militärischem Zusammenbruch und Niederlage tatsächlich schwerfiel,<sup>123</sup> ist naheliegend. So endete sein Krieg dann auch keineswegs mit dem Waffenstillstand im November 1918.<sup>124</sup> In den preußischen Ostprovinzen zogen sich die Kampfhandlungen in einem „partisanenartigen Kleinkrieg“ um Grenzstreitigkeiten mit der polnischen Bevölkerung und der wiederentstandenen polnischen Republik fort.<sup>125</sup> Mutmaßlich in Reaktion auf einen Aufruf Anfang Januar 1919 an Freiwillige aus dem Reich zur Verstärkung der deutschen Volkswehren<sup>126</sup> fühlte sich Herbert Kraft verpflichtet, als Flieger im Grenzschutz Ost in Königsberg „gegen die Bolschewiken und Polen“<sup>127</sup> zu kämpfen.<sup>128</sup> Eine harte Erfahrungszäsur markierte das offizielle Kriegsende für ihn jedenfalls nicht. Erst als im Sommer 1919 die „politische Lage“<sup>129</sup> zu einer Beurlaubung Krafts führte, legte er die Waffen nieder und kehrte aus Ostpreußen in den Südwesten zurück.<sup>130</sup>

### **2.1.5. Zurück ins Badische: Berufliche und private Weichenstellungen**

Als Herbert Kraft 1919 als Zivilist aus dem Osten nach Baden zurückkehrte, war Villingen seine erste Anlaufstelle. Aus dem Großherzogtum war inzwischen eine Republik geworden. Obwohl dieser Zustand einem Dorn in Krafts Auge gleichgekommen sein dürfte,

---

zeichnungen, 1. Weltkrieg, 1916, Verleihung des Ritterkreuzes vom Zähringer Löwen und der silbernen Verdienstmedaille am Bande der militärischen Karl-Friedrich-Verdienstmedaille/ 1915-16. In einem in Krafts Militärakte überlieferten Führungszeugnis attestiert ein ehemaliger Bataillonskommandant, Kraft sei ein „überaus tüchtiger und strebsamer Offizier“ mit „tadellosen Charaktereigenschaften, verbunden mit angenehmen Umgangsformen“ und „im Kameradenkreis beliebt“ gewesen, GLA 456/ 6472, Führungszeugnis vom 27. Februar 1919. Ein knappes Jahr später behauptete Kraft dem Kultusministerium gegenüber in einem Brief, der seine Wiedereinstellung in den staatlichen Schuldienst bezweckte, dass weitere Führungszeugnisse „durch die Revolution verloren gegangen“ seien und spricht ferner von den Abschriften zweier Führungszeugnisse, die er seinem Schreiben beifüge, StAF F 110/1, 781, Kraft an Kultusministerium vom 10. Juli 1919. Überliefert sind diese Abschriften zwar nicht, es ist aber glaubwürdig, dass sie mitgeschickt wurden und höchst wahrscheinlich, dass auch sie Kraft in ein gutes Licht stellten.

<sup>123</sup> Vgl. Mohr, Kraft, S. 312.

<sup>124</sup> Die Formulierung in einem Brief aus Königsberg an das Karlsruher Kultusministerium vom 10. Juli 1919, in dem Kraft um Wiedereinstellung in den Staatsdienst bittet, er habe seit August 1914 „bis heute [...] fast ununterbrochen [...] im Felde gestanden“, (StAF F 110/1, 781) verrät, dass in seinem Verständnis die Kriegszeit in der regulären Armee und das Engagement nach Kriegsende an der Ostgrenze eine Einheit bildeten.

<sup>125</sup> Schulze, Hagen: Der Oststaat-Plan 1919, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Jg. 18 (1970), Heft 2, S. 123–163, hier: S. 127.

<sup>126</sup> Vgl. ebd.; Ob Kraft tatsächlich genau diesem Aufruf zur Anwerbung Freiwilliger folgte, ist nicht sicher. Er könnte sich auch erst etwas später dem Grenzschutz Ost angeschlossen haben. Mohr lässt Krafts Aufenthalt in Königsberg im Februar beginnen, vgl. Mohr, Kraft, S. 312. Ein Quellenbeleg für das genannte Eintrittsdatum fehlt leider erneut.

<sup>127</sup> So die spätere Darstellung Krafts Einsatzes in der NS-Presse, GLA 231/ 3397, Der Führer Nr. 134 vom 16. Mai 1933.

<sup>128</sup> StAF F 110/1, 781, Kraft ans Kultusministerium vom 10. Juli 1919.

<sup>129</sup> StAF F 110/1, 781, Kraft ans Kultusministerium vom 17. Juli 1919.

<sup>130</sup> Mit dem Brief an das Kultusministerium vom 17. Juli (StAF F 110/1, 781), der schon von Villingen aus abgesendet wurde, machte Kraft dem Ministerium seinen Adresswechsel vom Fliegerhorst in Königsberg in die Färberstraße 61 nach Villingen bekannt. Seine Zeit in Ostpreußen endete somit schon spätestens Mitte Juli und nicht – wie Mohr, Kraft, S. 312 schreibt – erst Ende August 1919.

hatte es für den Pädagogen nun oberste Priorität, eine Arbeitsstelle zu finden. Die Möglichkeit, wieder im Ausland zu unterrichten, schien ihm durch den zurückliegenden Krieg versperrt zu sein<sup>131</sup> und so sah Kraft seine einzig verbliebene Handlungsoption in der erneuten Bitte um Übernahme in den badischen Schuldienst. Kraft betonte ausdrücklich die Widerwilligkeit dieser Handlung, wenn er schrieb, er sehe sich „gezwungen, mich dem badischen Staate zur Verfügung zu stellen“.<sup>132</sup> Gerade frisch von seinen reaktionären Kameraden beim Grenzschutz zurückgekehrt, erforderte der Dienst für das nun demokratisch verfasste Gemeinwesen und erst recht die dazu nötige Anbiederung an eine Institution der neuen Ordnung einen beträchtlichen inneren Spagat, der aus dieser Formulierung deutlich hervortritt. Doch die prekäre Lage, in die sich ein Lehrer begibt, der den Staatsdienst grundsätzlich verweigert, muss Kraft bewusst gewesen sein und der Pragmatismus behielt die Oberhand. Um das Ministerium zu überzeugen, dessen frühere Haltung bezüglich Krafts Lehrertauglichkeit zu revidieren, verfasste er sogar ein ausführliches Rechtfertigungsschreiben zu seinen familiären Verhältnissen, da ihm von einem Regierungsrat zuvor mitgeteilt worden war, dass im Zerwürfnis mit dem Vater die Hauptursache für die nicht erfolgte Übernahme 1914 gelegen hatte.<sup>133</sup> Schließlich fruchteten Krafts Bemühungen: Im Sommer 1919 wurde er der Oberrealschule in Pforzheim zugewiesen und musste am 12. September den Dienst antreten.<sup>134</sup> Dem von Kraft geäußerten Wunsch, in der Umgebung von Freiburg arbeiten zu dürfen,<sup>135</sup> konnte oder wollte nicht entsprochen werden. Obschon Krafts Tage in Villingen damit von verhältnismäßig kurzer Dauer waren, prägte diese Zeit sein Leben nachhaltig. In der südbadischen Grenzstadt zu Württemberg starb 1916 seine Mutter, während der Sohn im Felde stand.<sup>136</sup> Die Familie dürfte also von Bretten aus hergezogen sein. Vielleicht wollte Kraft dem Grab seiner Mutter nahe sein, als es ihn hierhin verschlug, oder es lebten Geschwister oder Stiefgeschwister von ihm noch dort.<sup>137</sup> Der Vater war noch vor Kriegsende in Bruchsal gemeldet, wo auch Kraft selbst

---

<sup>131</sup> StAF F 110/1, 781, Kraft ans Kultusministerium vom 10. Juli 1919: „...in den nächsten Jahren“ sei weder im neutralen noch gar im feindlichen Ausland für einen Deutschen wieder eine Stelle zu bekommen.

<sup>132</sup> Ebd.

<sup>133</sup> StAF F 110/1, 781, Kraft ans Kultusministerium vom 12. Juli 1919.

<sup>134</sup> StAF F 110/1, 781, Kultusministerium an Kraft vom 30. August 1919.

<sup>135</sup> StAF F 110/1, 781, Kraft ans Kultusministerium vom 17. Juli 1919. Kraft begründete diese Präferenz mit seiner angeblichen Promotionsabsicht, die er wohl an der Universität Freiburg verwirklichen wollte. Da es zu einer solchen Umsetzung nie kam (s. o. Anm. 97), könnte hinter Krafts Bitte wohl auch der Wunsch gesteckt haben, in der Nähe von Augusta und ihrer Familie wohnen bleiben zu können.

<sup>136</sup> StAF F 110/1, 781, Fragebogen Kraft, Herbert.

<sup>137</sup> In seinem erwähnten Rechtfertigungsschreiben bezüglich des Verhältnisses zu seinem Vater an das Kultusministerium vom 12. Juli 1919 spricht Kraft seinem Vater ab, sich um „seine Stiefkinder und eigenen Kinder [...] nicht im geringsten gekümmert“ zu haben, StAF F 110/1, 781. Auch Liese Kraft bestätigte im persönlichen Gespräch am 20. 11. 2016 die Existenz von Geschwistern.

während des Krieges formal seinen Wohnort hatte.<sup>138</sup> Bis zu seinem Tod 1939<sup>139</sup> scheint Stephan Kraft fortan nur noch eine untergeordnete Rolle in seines Sohnes Leben gespielt zu haben.<sup>140</sup> Doch mehr noch als mit dem Abschied zumindest der Mutter aus Krafts Leben blieb Villingen für Kraft wohl mit dem Beginn von etwas Neuem verbunden: Hier lernte er seine zukünftige Ehefrau Augusta Wiedel<sup>141</sup> kennen.<sup>142</sup>

### **2.1.6. Zusammenfassung und Einordnung**

Mit dem dann folgenden, berufsbedingten Umzug nach Pforzheim begann ein in vielerlei Hinsicht neuer Abschnitt in Krafts Leben. Aus dem Junggesellen wurde bald ein Ehemann und Familienvater, aus dem studierten Lehramtspraktikanten binnen kurzer Zeit ein festangestellter Professor und nicht zuletzt knüpfte Kraft in den ersten Jahren im Nordschwarzwald auch erstmals Kontakte zu nationalsozialistischen Kreisen. Es bietet sich deshalb an, diese Zäsur auch mit dem Ende des ersten Kapitels dieser Biographie aufeinander fallenzulassen, das zur Aufgabe hatte, das vorpolitische Leben Krafts auszu-leuchten und so mögliche Gründe seiner Empfänglichkeit der nationalsozialistischen Bewegung gegenüber herauszustellen.

Zusammengefasst wurden dabei folgende Ergebnisse hervorgebracht: Herbert Kraft kam aus einem bildungsbürgerlichen Elternhaus und wuchs in einer kleineren Stadt mehrheitlich protestantischer Tradition auf. Der familiäre Einfluss übertrug sich auf ihn und er studierte in verschiedenen Städten und sogar im Ausland zunächst Staatswissenschaften und nach einer kurzen Findungsphase dann Neuphilologie auf Lehramt. Als Leutnant der Reserve konnte er nach Friedrich Meinecke im militaristischen Kaiserreich als „Halbgott durch die Welt“ laufen.<sup>143</sup> Das Eintrittsticket in die „gute Gesellschaft“<sup>144</sup> besaß Kraft also, bevor es durch die Revolution zerrissen wurde. Allerdings widerfuhr Kraft von der

---

<sup>138</sup> GLA 456/ 6472, Personal-Akten des Leutnants d. Res. Herbert K. Osk. Kraft, Kriegsranklisten-Auszug.

<sup>139</sup> StAF F 110/1, 781, Schreiben (auf Bogen mit Trauerrand) des stellv. Ministerialdirektors an Kraft vom 24. März 1939.

<sup>140</sup> Im persönlichen Gespräch am 20. 11. 2016 erinnerte sich Liese Kraft daran, den Großvater nur ein einziges Mal besucht zu haben. Dies sei kurz vor dessen Tod geschehen, als die Krankheit schon ein fortgeschrittenes Stadium erreicht habe. Gelebt habe Stephan Kraft damals wieder in Heidelberg.

<sup>141</sup> Bei Merz, Kraft, S. 157; Mohr, Kraft, S. 311; und auch Ebner, Fußball, S. 490 fälschlicherweise Auguste genannt.

<sup>142</sup> Augusta Elisabetha Wiedel wurde 1896 in Villingen geboren, StAF F 110/1, 781, Geburtsurkunde Nr. 165 vom 10. August 1896. Ihre Vorfahren mütterlicherseits stammten bis zu den Großeltern aus Villingen. Auch die Vorfahren väterlicherseits wohnten schon vor Augustas Geburt in Villingen, StAF F 110/1, 781, Heiratsurkunde Nr. 45 vom 24. Oktober 1895. Die Wahrscheinlichkeit, dass Kraft sie während seines Aufenthalts in Villingen kennenlernte, ist überaus hoch.

<sup>143</sup> Meinecke, Friedrich: Die deutsche Katastrophe. Betrachtungen und Erinnerungen. Wiesbaden <sup>2</sup>1946, S. 25 (zitiert nach Mertens, Bildungsprivileg, S. 218).

<sup>144</sup> Mertens, Bildungsprivileg, S. 219.



Obrigkeit, die ihm die Übernahme in den Schuldienst des badischen Staates verweigerte, obwohl er seine offizielle Anstellungsfähigkeit und sogar positive Prognosen zu seiner fachlichen Eignung vorweisen konnte, auch Negatives. Grundsätzlich lebte Kraft wohl auch in schwierigen Familienverhältnissen. Die Beziehung zu seinem Vater jedenfalls war zerrüttet und finanzielle Unterstützung erfuhr er schon zu einem frühen Zeitpunkt nicht mehr. Obwohl Kraft wohl seit Schulzeiten Probleme mit Fleiß, Gewissenhaftigkeit und vor allem Zeitmanagement hatte, waren seine schulischen und universitären Leistungen stets passabel. Gute bis zufriedenstellende Noten bekam er vom Abitur bis zum Referendariat. Seit er den Lehrerberuf als festes Ziel vor Augen hatte, legte er zudem auch eine auffällige Strebsamkeit an den Tag. Seine Verlegenheitsmigration nach England wurde vom Weltkrieg unterbrochen. Die Jahre an der Front und sein darauffolgender freiwilliger Einsatz im Grenzschutz Ost müssen als Schlüsselmoment für die Radikalisierung Krafts gelten. Inwiefern die Erlebnisse als Frontsoldat und die anschließende Periode im freikorpsartigen Grenzschutz Ost Krafts ideologische Gesinnung mitformten oder den Weg ins völkisch-rechtsradikale Spektrum des bürgerlichen Philologen gar entscheidend ebneten,<sup>145</sup> kann anhand der Quellen nicht endgültig entschieden werden. Allgemein jedoch gilt für Krafts Generation das Fronterlebnis als Schlüsselerfahrung und Grundlage zahlreicher brauner Lebenswege.<sup>146</sup> Speziell der Grenzschutz Ost war ein früher Hort einer „fanatische[n] und nationalistische[n] Soldateska“, wo sich ein enormer Hass auf die neuen republikanischen Eliten aufbaute.<sup>147</sup> Kraft könnte sich in diesem Umfeld durchaus fanatisiert und hier wesentliche Grundzüge seines faschistischen Weltbildes entwickelt haben. Auch für ihn könnten Schlachtfeld und Freikorps-Verband zum Rekrutierungszentrum für die NS-Bewegung geworden sein.<sup>148</sup> Vor allem seine allgemeine Neigung zum Militär, für welche die verschiedenen Fortbildungskurse, die früh nachzuweisende Ambition auf den Offiziersrang und der freiwillige Einsatz im Grenzschutz sprechen, und insbesondere seine ansehnliche militärische Karriere – immerhin brachte er es zu einer Führungspersönlichkeit der elitären Fliegerpioniere – lassen vermuten, dass sich Kraft durch Niederlage, Frie-

---

<sup>145</sup> Vgl. Mohr, Kraft, S. 312.

<sup>146</sup> Vgl. etwa Kupfer, Torsten: Generation und Radikalisierung: Die Mitglieder der NSDAP im Kreis Bernburg 1921 – 1945; ein Resümee, in: HSR 31 (2006), Heft 2, S. 180 – 222, hier: S. 193.

<sup>147</sup> Keller, Peter: „Die Wehrmacht der Deutschen Republik ist die Reichswehr“. Die deutsche Armee 1918–1921 (Krieg in der Geschichte, Bd. 82), Paderborn 2014, S. 137; Citino, Robert M.: Meet the Freikorps, in: Military History (2012), Bd. 29, Heft 4, S. 60–67, hier S. 64 sieht gar die Entstehung des „Führergedanken“ schon in den Freikorps-Verbänden der Revolutionszeit im Entstehen begriffen.

<sup>148</sup> Eine solche personelle Kontinuitätslinie zwischen den Freikorpskämpfern und den späteren Parteigenossen suggeriert Citino, Freikorps, S. 66; Noch expliziter wird dieser Zusammenhang aufgezeigt von Meinl, Susanne: Vom Fememord zum Völkermord? Terror und Gewaltentfesselung in der Freikorpsbewegung, in: Helgard Kramer (Hg.): NS-Täter aus interdisziplinärer Perspektive, München 2006, S. 311–326.

densvertrag und die „Novemberverschörer“ um den hart erkämpften Lohn, die Anerkennung und den Ruhm für seinen mit physischen Schäden bezahlten Einsatz für das Vaterland betrogen sah. Dass die berüchtigte Dolchstoßlegende und die nationalsozialistische Agitation gegen das „Versailler Diktat“ bei Kraft vor diesem Hintergrund verfangen konnte, ist einleuchtend. Kraft scheint außerdem seine Bande zu rechten Kreisen der Reichswehr und seinen Freikorpskameraden nicht abgebrochen zu haben. Seine spätere führende Tätigkeit für einen Pforzheimer Ableger des Bund-Wiking,<sup>149</sup> einem „Sammelbecken besonders reaktionärer und chauvinistischer“<sup>150</sup> Republikfeinde, der unmittelbar aus den zuvor offiziell aufgelösten Freikorps hervorgegangen war,<sup>151</sup> stützt die Argumentation für die Freikorps Erfahrung als Krafts ausschlaggebendem Radikalisierungsmoment ebenfalls. Die Tatsache, dass Kraft 1923, während seiner angeblichen Mithilfe bei den Vorbereitungen des „Hitlerputsches“ in engem Kontakt zu dem ehemaligen Offizier und Freikorpskommandanten Hermann Ehrhardt stand,<sup>152</sup> deutet in die gleiche Richtung.

Bei dieser Fokussierung auf die Jahre 1914–1919, darf jedoch nicht vergessen werden, dass ein fruchtbarer Nährboden für den Rechtsextremismus schon vorher bereitet war. „Eine Herkunftsfamilie ohne Affinität zur sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiterbewegung, ein Mittelschul- oder Realgymnasienbesuch, ein kleinstädtische(s) Lebensumfeld“: All diese von Kupfer aufgezählten „objektivierbaren Faktoren“<sup>153</sup> für einen Eintritt in die NSDAP in ihrer Frühphase finden sich in Krafts Biographie wieder. Auch andere von Kupfer ausgemachte „Faktoren der Persönlichkeitsstruktur“<sup>154</sup> manifestieren sich in Kraft. Etwa kann man ihm sicher ein „ausgeprägtes Geltungsbedürfnis“<sup>155</sup>

---

<sup>149</sup> GLA 235/ 38160, Privater Schriftwechsel des Ministerialrats und Reichstagsabgeordneten Kraft, 1938, Walter Goetze an Kraft vom 1. März 1938. Goetze schrieb hier, Kraft sei schon vor 17 Jahren sein Führer im Wiking-Bund gewesen; BA, Abt. III (BDC), OSS Personalakte Herbert Kraft, Kraft an Hitler vom 11. März 1940 (zitiert nach Mohr, Kraft, S. 313). Kraft gab Hitler gegenüber an, den Bund Wiking in Pforzheim 1922 als Vorform der SA gegründet zu haben. Ob dieser Pforzheimer Wikingbund ein offizieller Ableger des reichsweit aktiven Bund Wiking (s.u. Anm. 150) war, muss offenbleiben. Das von Kraft angegebene Gründungsdatum 1922 spricht dagegen, der große Bund Wiking erst 1923 entstand. Seine Kontakte zu Ehrhardt sprechen aber zumindest für eine informelle Verbindung.

<sup>150</sup> Finker, Kurt: Bund Wiking (BW) 1923–1928, in: Dieter Fricke u.a. (Hgg.): Lexikon zur Parteigeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789–1945), Bd. 1, Köln/ Leipzig 1983, S. 368–373, hier: S. 368.

<sup>151</sup> Der Bund war aus der berüchtigten Organisation Consul hervorgegangen, vgl. Finker, Bund, S. 368. Diese wiederum ist ein direktes Nachfolgeprodukt des Freikorps „Marinebrigade Ehrhardt“, vgl. Sabrow, Martin: Organisation Consul (O.C.), 1920–1923, 08. 02. 2010, in: Historisches Lexikon Bayerns. Online unter: [https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Organisation\\_Consul\\_%28O.C.%29,\\_1920-1922](https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Organisation_Consul_%28O.C.%29,_1920-1922), zuletzt aufgerufen am 06. 12. 2016).

<sup>152</sup> Vgl. Mohr, Kraft, S. 313.

<sup>153</sup> Kupfer, Generation, S. 193.

<sup>154</sup> Ebd.

<sup>155</sup> Ebd.

unterstellen.<sup>156</sup> Dass Kraft aus der für die „Alten Kämpfer“ typischen Alterskohorte, den Generationen zwischen 1890 und 1910, knapp herausfällt und auch seine nur bedingte Entsprechung der Theorie des politischen Konfessionalismus,<sup>157</sup> die bezogen auf Kraft deshalb per se problematisch ist, weil Kraft zwar als Protestant aufgewachsen ist, von Anfang an aber eine faktische Bikonfessionalität angenommen werden muss, da die Eltern eine konfessionelle Mischehe führten und Kraft ferner zum Zeitpunkt seines Parteieintritts bereits heiratsbedingter Katholik war, tun dem Gesamtbild keinen Abbruch, da „kaum ein Nationalsozialist [...] alle [...] Merkmale verkörpert haben [wird]“.<sup>158</sup> Nichtsdestoweniger verleiht die Menge der auf Kraft zutreffenden Kriterien dessen späterem Parteieintritt zwar keine Zwangsläufigkeit, aber doch eine gewisse Logik.

## **2.2. Der „Hakenkreuzprofessor“:<sup>159</sup> Ein Bildungsbürger als Wegbereiter des „Dritten Reichs“**

Als Herbert Kraft im April 1938 eine „erspriesliche Mitarbeit am Werk unseres Führers“ gewünscht wurde,<sup>160</sup> bezog der Adressat diese Hoffnung explizit auf Krafts Tätigkeitsbereiche im soeben „großdeutsch“ gewordenen Reichstag und als Ministerialrat in Karlsruhe. Doch Krafts Engagement für Hitler und seine Partei begann keineswegs erst nach dem Übergang der Macht an die Nationalsozialisten 1933, sondern nahm schon rund zehn Jahre zuvor seinen Anfang. Kraft war also nicht nur zwölf Jahre lang Teil des nationalsozialistischen Unrechtsstaats, er half eine fast ebenso lange Zeit dabei, dem „Tausendjährigen Reich“ den Weg zu ebnen. Welches Leben Kraft bis zum Beginn der 1920er Jahre geführt hatte, ist dargelegt und was ihn den Nationalsozialisten in die Arme trieb, ist aufzuzeigen versucht worden. Im Folgenden soll Krafts Leben nun im Kontext seiner Mitwirkung an der nationalsozialistischen Zerstörung der Demokratie erzählt werden. Dabei soll nicht nur die für Täterforschung obligatorische Schuldfrage erörtert werden, sondern auch Krafts Weg zwischen Nähe und Distanz zur Partei während der verschiedenen Stationen verfolgt werden.

---

<sup>156</sup> 1934 etwa hatte der Reichsschatzmeister der NSDAP Kraft in der internen Parteiorganisation von der „Reichsleitung“ in die „Gauleitung“ herabgesetzt. Kraft fiel es wohl schwer, das zu akzeptieren und er schrieb mehrere Briefe nach München, vgl. BA, Abt. III (BDC), PK Herbert Kraft, Kraft an Reichsschatzmeister der NSDAP vom 16. Januar 1934 (zitiert nach Mohr, Kraft, S. 328, Anm. 65).

<sup>157</sup> Vgl. Falter, Erklärungsmodelle, S. 68–70.

<sup>158</sup> Kupfer, Generation, S. 193.

<sup>159</sup> Dieser Name wurde Kraft einst von der sozialdemokratischen Presse verliehen, StAF F 110/ 1, 781, *Volksstimme* (Mannheim), Nr. 347, 23. Dezember 1930.

<sup>160</sup> GLA 235/ 38160, Privater Schriftwechsel des Ministerialrats und Reichstagsabgeordneten Kraft, 1938, Thomas Walter an Kraft vom 16. April 1938.

### 2.2.1. Krafts erster Weg zu Hitler

Kraft war noch nicht lange nach Pforzheim umgezogen, als seine politische Laufbahn ihren Anfang nahm. Mit der Gründung der Ortsgruppe Mannheim im Januar 1921 trat die NSDAP im Land Baden und überhaupt außerhalb Bayerns erstmals in Erscheinung.<sup>161</sup> Eine weitere Expansion der Partei in Baden wurde stark durch das landesgouvernementale Verbot gehemmt, das auf Grundlage des Gesetzes zum Schutz der Republik vom 21.7.1921 in Reaktion auf den Rathenaumord durch die von Ehrhardt geführte Organisation Consul verhängt wurde. Die Illegalität konnte einzelne Nationalsozialisten jedoch nicht von der Entfaltung ihrer Aktivitäten abhalten und immer wieder gab es Versuche, Ortsgruppen unter verschiedenen Decknamen zu gründen.<sup>162</sup> Zu diesen badischen NS-Aktivisten der ersten Stunde ist sicherlich auch Herbert Kraft zu zählen. Schon am 2. März 1923 trat er der Partei mit der niedrigen Mitgliedsnummer 23.447 bei.<sup>163</sup> 1940 schrieb Kraft einen Brief an Hitler, mit dem er die Verleihung des Blutordens der Partei für seine angebliche indirekte Teilnahme und Mithilfe am „Bürgerbräuputsch“ anstrebte.<sup>164</sup> Dabei behauptete er, bereits 1922 Führer des erwähnten paramilitärischen Wikingbundes in Pforzheim gewesen zu sein, den er angeblich auf Anweisung von Ehrhardt selbst als eine Art Proto-SA gegründet hatte, um so die Etablierung der Sturmabteilung auch außerhalb Bayerns voranzutreiben. Auch will Kraft anno 1922 schon „Vertrauensmann der Partei für Pforzheim und Umgebung gewesen sein und in dieser Eigenschaft fast alle Mitglieder des Wiking für die Partei gewonnen“ haben. Somit sei er „einer der ältesten Parteigenossen – wenn nicht der älteste – in Baden“. Bei dieser Konklusion dürfte es sich wohl um die essenzielle Botschaft handeln, die Kraft seinem Führer vermitteln wollte, um ihn von der Übernahme in den Kreis der Kämpfer des 9. November zu überzeugen. Trotz dieser offensichtlichen Zweckgebundenheit ist es gleichwohl nicht unwahrscheinlich, dass Kraft während der Wirren der Verbotszeit schon für die Partei aktiv war, bevor er zum nominellen Mitglied wurde. Dass er sich schon 1922 zumindest in rechtsextremen Kreisen bewegte, ist aufgrund seiner führenden Rolle im Bund-Wiking, die unabhängig von den von Kraft selbst stammenden Quellen belegt ist,<sup>165</sup> klar. Später bekam Kraft als

---

<sup>161</sup> Böhm, Axel: Die Mitglieder der frühen (NS)DAP (1919–1922): Zur Sozialstruktur in den Ortsgruppen München, Rosenheim, Landshut, Passau und Mannheim, in: Falter (Hg.), Kämpfer, S. 361–379; Maser, Werner: Der Sturm auf die Republik. Frühgeschichte der NSDAP, Stuttgart <sup>2</sup>1973, S. 316 f.

<sup>162</sup> Bräunche, Ernst Otto: Die Entwicklung der NSDAP in Baden bis 1932/33, in: Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins, Bd. 125 (NF, Bd. 86), Stuttgart 1977, S. 331–375, hier: S. 332, Anm. 8.

<sup>163</sup> BA, Abt. III (BDC), OSS Personalbogen Herbert Kraft; GLA 465c, Karteikarte aus der Mitgliederkarte des NSLB (beides zitiert nach Mohr, Kraft, S. 314, Anm. 9 und 12).

<sup>164</sup> Im Folgenden zitiert aus: BA, Abt. III (BDC), OSS Personalakte Herbert Kraft, Kraft an Hitler vom 11. März 1940 (nach Mohr, Kraft, S. 313 f.)

<sup>165</sup> S. o., Anm. 149.

Ministerialrat Post von einem Kameraden aus frühester Kampfzeit, der ihn darum bat, für seinen Einsatz in der NS-Bewegung seit 1922 zu bürgen, was Kraft gerne tat.<sup>166</sup>

Als Parteimitglied führte er zunächst eine Doppelfunktion aus. Er blieb weiter Führer des Wiking-Bundes und führte als „Vertrauensmann für Pforzheim und Umgebung“, eine auffällig vage und tendenziell informelle Amtsbezeichnung, zeitgleich die inoffiziell bestehende und illegal agierenden Pforzheimer Gruppe der Hitleranhänger. In dieser Rolle mischte Kraft auch in den Vorbereitungen des Putsches im November 1923 mit. Im zitierten Brief an Hitler schilderte er detailreich seine Sicht. Am 6. November, so meinte Kraft sich zu erinnern, fuhr er „im Schnellzug nach München“, wo er zunächst den ehemaligen Freikorpsführer Ehrhardt, den er als den damaligen „militärischen Führer der Nationalsozialisten“ ausmachte, von den Drohungen eines Generals berichtete, einen potentiellen Putschversuch blutig niederschlagen zu lassen. Gleich danach habe er auch Hitler vor dieser Gefahr gewarnt und später noch mit Göring gesprochen und diesem dabei versichert, „daß sich der Pforzheimer 'Bund-Wiking' ihm mit sofortiger Wirkung unterstelle“. Göring habe sich dann „in den nächsten Tagen telegraphisch“ bei Kraft melden wollen, um ihn über die Art und Weise des Einsatzes von ihm und seinen Getreuen beim geplanten Putsch zu informieren. Den schon angedeuteten und notwendigen quellenkritischen Reflexionen über dieses Schreiben in Bezug auf dessen Intention zum Trotz muss man annehmen, dass eine Beteiligung Krafts an den Putschkonspirationen tatsächlich stattgefunden hat. Dass Kraft Hitler gegenüber schriftlich aus einem frei erfundenen Gespräch mit diesem selbst zitierte, um einen persönlichen Prestigegewinn zu erlangen, käme einem Vergehen gleich, das bei Abwägung des möglichen Nutzens mit den bei einem intakten Erinnerungsvermögen des Reichskanzlers drohenden Gefahren, hasardeurisch und unvorstellbar erscheinen muss. Schwieriger zu bewerten ist hingegen die Glaubwürdigkeit des Folgenden: Nach seiner Rückkehr in Pforzheim habe Kraft schnellstmöglich alle organisatorischen Vorbereitungen getroffen, um bei Görings Befehl sofort losschlagen zu können. „Ich ordnete höchste Alarmbereitschaft an. Lastwagen zur Fahrt nach München wurden bereitgestellt und das Gepäck und die Waffen in einem Wäldchen in der Nähe Pforzheims verstaut. Fieberhaft warteten wir auf eine Nachricht von München“. Ob Kraft tatsächlich eine solche Entschlossenheit an den Tag legte und die Teilnahme am Putsch unverschuldet verpasste, ist kaum mehr aufzuschlüsseln, da es weder bestätigende noch abweichende Berichte gibt. Als der Startschuss aus München bis zur Mittagsstunde des 9. November nicht kommen wollte, so Kraft weiter, und er

---

<sup>166</sup> GLA 235/ 38160, Kling an Kraft vom 16. Dezember 1937; Ebd., Kraft an Kling vom 12. Januar 1938.

„im Begriff war, die Möglichkeit eines Durchschlagens nach München auch ohne Befehl mit meinen Unterführern zu besprechen, wurde ich auf der Straße von zwei Kriminalbeamten verhaftet und zur Polizeidirektion gebracht, wo ich bis abends festgehalten wurde. In der Zwischenzeit war meine Wohnung von oben bis unten durchsucht worden“.

Die Verhaftung ist der einzige Ansatzpunkt, an dem eine Überprüfung des Wahrheitsgehalts von Krafts Aussagen möglich wird. Richtig ist, dass Kraft im Jahr 1923 wegen Vergehens gegen das Republikenschutzgesetz angeklagt wurde. Ob dieses Verfahren aber auf einer Beteiligung am Münchner Putschversuch beruhte oder nicht viel mehr in Reaktion auf die Teilnahme an einem SA-Aufmarsch eingeleitet wurde, muss offenbleiben.<sup>167</sup> Gegen die Darstellung Krafts spricht die Tatsache, dass weder Göring noch Hitler anscheinend auf Krafts Briefe reagierten und er den Blutorden nie zuerkannt bekam. In ihren Erinnerungen könnten sich also Diskrepanzen mit dem von Kraft suggerierten Bild eines in letzter Sekunde vom republikanische Repressionsapparat zurückgehalten Putschisten ergeben haben.

### 2.2.2. Weggabelungen

Wie sich die politische Biographie Krafts weiter gestaltete, soll an späterer Stelle erörtert werden. Zunächst sei nun wieder auf Krafts Ankunft in Pforzheim geblickt. Kraft begann an der Oberrealschule zu lehren. Es handelte sich zunächst um eine „nichtetatmäßige [ ] Stelle“<sup>168</sup> und in den ersten Monaten firmierte Kraft, obwohl er sein Probejahr bereits 1913/14 in Bretten absolviert hatte, noch unter der Bezeichnung eines Lehramtspraktikanten.<sup>169</sup> In dieser Funktion verdiente er zunächst 1900, später 2000, dann 2100 Reichsmark monatlich.<sup>170</sup> Summen, deren Höhen wohl nur auf die beginnende Inflation zurückzuführen sind. Der Aufstieg zum etablierten und fest angestellten Professor vollzog sich in bemerkenswert kurzer Zeit: Im späten November 1919 erneuerte er seinen Beamteneid von

---

<sup>167</sup> 1923 wurde ein Verfahren wegen Vergehens gegen das Republikenschutzgesetz gegen Herbert Kraft, Heinrich Kling u.a. geführt, das jedoch aus Mangel an Beweisen eingestellt werden musste, GLA 309 Zugang 1987-54/ 45, Registraturbetrieb in Justizverwaltungsangelegenheiten/ 1936–1944, Der Generalstaatsanwalt an Kraft vom 6. November 1936; Kraft bescheinigte 1938 seinem Parteigenossen und früherem Mitangeklagten Kling, im Anschluss an einen SA-Aufmarsch in Coburg wegen Vergehens gegen das Reichsgesetz zum Schutze der Republik angeklagt worden zu sein, GLA 235/ 38160, Kraft an Kling vom 12. Januar 1938.

<sup>168</sup> StAF F 110/1, 781, Kultusministerium an Kraft vom 30. August 1919.

<sup>169</sup> StAF F 110/1, 781, Dienstzeugnis über Lehramtspraktikant Herbert Kraft aus Heidelberg vom 6. April 1920.

<sup>170</sup> Mit seinem Dienstantritt Mitte September 1919 standen Kraft 1900 RM zu. Schon zum 1. Oktober gab es eine Zulage von 100 Mark, StAF F 110/1, 781, Kultusministerium an Kraft vom 30. August 1919. Rückwirkend ab dem 1. Januar 1920 verdiente er dann 2000 RM (StAF, F 110/1, 781, Registratur-Vermerk vom 14. Juni 1920), was vermutlich auf eine von ihm forcierte Eingliederung in den Examensjahrgang von 1912 bewirkt hatte, für die er sein Freiwilligenjahr 1904–05 geltend machte, StAF F 110/1, 781, Kraft an Kultusministerium vom 10. Februar 1920 und 21. März 1920; Kultusministerium an Kraft vom 17. März 1920. Vgl. auch: StAF F 110/1, 781, Standes-Liste, Dienst Einkommen.

1913 und schwor diesmal auf die Weimarer Reichsverfassung, die er später bitter bekämpfen sollte.<sup>171</sup> Am 10. Februar 1920 erreichte Kraft die offizielle Übernahme in den staatlichen höheren Schuldienst, die ihm im Mai 1914 noch verweigert worden war.<sup>172</sup> Im Juli 1920 erfolgte vonseiten des Ministeriums die Ernennung zum Professor, die rückwirkend zum 1. April 1920 in Kraft trat und mit der Kraft in eine etatmäßige Stellung gelangte.<sup>173</sup> Mit der beruflichen Zukunftssicherung dürfte wohl auch eine nennenswerte Besserstellung finanzieller Art verbunden gewesen sein. Von der Direktion der Schule wurde Kraft um diese Zeit auch ein durchweg gutes Lehramtspraktikantenzeugnis ausgestellt.<sup>174</sup> Nicht nur aufgrund der wohlwollenden Beurteilung durch das Rektorat, auch wegen des raschen Aufstiegs zum verbeamteten und etatmäßig angestellten Oberrealschulprofessor muss man zu dem Schluss kommen, dass Kraft bei seinem damaligen Arbeitgeber in der Tat „gut angeschrieben“ war, wie er in einem späteren Brief rückblickend behauptete.<sup>175</sup>

Neben dem beruflichen und finanziellen Aufstieg brachte das Jahr 1920 dem 34-jährigen Kraft auch privat den nächsten Schritt: Am 6. August<sup>176</sup> heiratete Kraft Augusta Wiedel aus Villingen, zwei Tage vor deren 24. Geburtstag, und nahm zu diesem Anlass die katholische Konfession an.<sup>177</sup> Möglich wäre etwa, dass der Konfessionswechsel auf Betreiben des Schwiegervaters August Wiedel zustande kam, einem Industriellen in zweiter Generation,<sup>178</sup> der auch in anderen Bereichen schon vor der Hochzeit Druck auf den Schwiegersohn in spe ausgeübt hatte.<sup>179</sup> Wie zuvor bereits angedeutet dürfte dem bikonfessionell erzogenen Kraft der Übertritt um den Preis einer Ehefrau aber auch nicht schwergefallen sein.<sup>180</sup>

---

<sup>171</sup> StAF F 110/1, 781, Verhandlung über die Leistung des Beamteneides vom 25. November 1919.

<sup>172</sup> StAF F 110/1, 781, Kultusministerium an die Direktion der Oberrealschule in Pforzheim die Übernahme von Lehramtspraktikanten u. die Beschäftigung von Lehrern betreffend (Datum unlesbar). Das Datum ist der Standesliste der Personalakte entnommen, StAF F 110/1, 781, Standes-Liste, Laufbahn im staatlichen Dienst.

<sup>173</sup> StAF F 110/1, 781, Bestallung vom 21. Juli 1920.

<sup>174</sup> StAF F 110/1, 781, Dienstzeugnis über Lehramtspraktikant Herbert Kraft aus Heidelberg vom 6. April 1920.

<sup>175</sup> BA, Abt. III (BDC), OSS Personalakte Herbert Kraft, Kraft an Hitler vom 11. März 1940 (zitiert nach: Mohr, Kraft, S. 312, Anm. 5).

<sup>176</sup> StAF F 110/1, 781, Die Direktion der Oberrealschule an das Kultusministerium vom 31. August 1920. Anders nannte Kraft selbst mit 17 Jahren Abstand in einer Anzeige dem Kultusministerium gegenüber mit dem Zweck der Feststellung der „deutschblütigen Abstammung“ seiner Gattin den 8. August als Hochzeitstag, StAF F 110/1, 781, Anzeige über Verheiratung vom 7. Januar 1937.

<sup>177</sup> Bestätigt durch Liese Kraft im persönlichen Gespräch vom 20. 11. 2016.

<sup>178</sup> StAF F 110/1, 781, Anzeige über Verheiratung vom 7. Januar 1937.

<sup>179</sup> So hatte August Wiedel dem Pforzheimer Schuldirektor zufolge von Kraft verlangt, beim Ministerium um Auskunft über den ungefähren Zeitpunkt seiner etatmäßigen Anstellung zu bitten, StAF, F 110/1, 781, Kraft an Kultusministerium vom 21. März 1920; Ebd. Direktion der Oberrealschule Lang vom 22. 5. 1920.

<sup>180</sup> S.o., Anm. 36.

Die versuchte Einflussnahme des Schwiegervaters illustriert, dass sich die berufliche und private Konsolidierung Krafts in dieser Zeit nicht losgelöst voneinander vollzogen. Vielmehr bedingten sich die Entwicklungen gegenseitig und nahmen wechselseitig aufeinander Bezug. Denn wie Krafts beruflicher Aufstieg erst die schwiegerväterliche Zustimmung zur Ehe sicherte, so versuchte Kraft umgekehrt, seine bevorstehende Verheiratung für einen Verbleib in Pforzheim zu instrumentalisieren.<sup>181</sup> Auch später wendete Kraft das gleiche Prinzip noch einmal an, als nach Gründung einer neuen Realschule in Pforzheim einige Lehrer der Oberrealschule für eine Versetzung in Frage kamen. Kraft, der inzwischen eine dauerhafte Bleibe gefunden hatte, fürchtete die Unannehmlichkeiten eines längeren Weges zur Arbeit und bemühte abermals seinen Familienstand, um die drohende Versetzung abzuwenden.<sup>182</sup> Ganz offensichtlich war Kraft mit seiner Argumentationsstrategie bei der badischen Unterrichtsverwaltung erfolgreich, denn er durfte an der Oberrealschule bleiben, wo er eine ihm wohlgesonnene Direktion vorfand, die stets hinter ihm stand.<sup>183</sup> Es ist nicht einmal auszuschließen, dass die Hochzeit für Kraft von Anfang an hauptsächlich ein Mittel zum Zweck darstellte, verlangten doch die herrschenden sozialen Normen von einem Mann in Krafts Alter, bald eine Frau zu finden. Natürlich kann echte Zuneigung bei der Partnerwahl zunächst eine Rolle gespielt haben, dass aber die Ehe gut zehn Jahre später von Krafts Arbeitgeber als „übel“ bezeichnet wurde, eine Scheidung anscheinend nur gerichtlich scheiterte<sup>184</sup> und sich vor allem die einzige Tochter, die dieser Vereinigung entsprungen ist, „nicht vorstellen“ kann, „dass die sich jemals gut verstanden haben“,<sup>185</sup> sind Hinweise darauf, dass Krafts Urteilsvermögen bei der Brautschau wenigstens von einer durch sozialen Druck ausgelösten Eile vernebelt wurde.

Im Mai 1921 wurde diese Tochter geboren. Erstaunlicherweise kam Liese Kraft auf den Tag genau neun Monate nach der Hochzeitsnacht zur Welt.<sup>186</sup> Diese Unterwerfung unter die herrschende Sexualmoral der Zeit gibt einen deutlichen Hinweis auf den markanten Charakterzug Krafts einer formalistischen Korrektheit. Kraft wusste, was sich gehörte und das half seinem gesellschaftlichen Vorankommen. Auch die Familiengründung zeitigte

---

<sup>181</sup> StAF F 110/1, 781, Kraft an das Kultusministerium vom 21. März 1920.

<sup>182</sup> Ebd., Kraft an das Kultusministerium vom 14. März 1921.

<sup>183</sup> Von den schon angeführten Belegen hierfür abgesehen wird die Unterstützung durch die Direktion auch darin deutlich, dass sie ihn bei den Abwendungsversuchen einer Versetzung stets proaktiv unterstützten. So schlug das Rektorat für die Versetzung an die neue Realschule beispielsweise sogar eigenständig andere, ledige Lehrer vor und machte sich Krafts Argumentation zu eigen, StAF F 110/1, 781, Die Direktion der Oberrealschule Lang an das Kultusministerium vom 15. März 1921.

<sup>184</sup> StAF F 110/1, 781, Gymnasiumsleitung Mannheim an das Kultusministerium, Weihnachtsbericht 1931 vom 19. November 1931.

<sup>185</sup> Liese Kraft im persönlichen Gespräch vom 20. 11. 2016.

<sup>186</sup> StAF F 110/1, 781, Standes-Liste.



durch geschickte Nutzbarmachung prompt Auswirkungen, die über die vergleichbar unbedeutenden zehn Reichsmark Kinderzuschlag weit hinausgingen: Für den Haushalt von nunmehr vier Personen inklusive Dienstmädchen sei die bezogene „Notwohnung“ bestehend aus zwei Zimmern und Küche viel zu klein, sodass Kraft die Kultusverwaltung in Karlsruhe für den Fall der Versetzung eines Kollegen um die sofortige Beschlagnahme der dadurch freiwerdenden Wohnung bat<sup>187</sup> – auch hier mit freundlicher Unterstützung des Schuldirektors.<sup>188</sup> Als dann tatsächlich ein Professorenkollege versetzt wurde, gestaltete sich die Übernahme schwierig: Der Hausbesitzer hatte andere Pläne und wollte Familie Kraft nicht beherbergen. Mit Hilfe des Mieteinigungsamtes erwirkte Kraft einen nach eigener Aussage gewaltsamen Einzug.<sup>189</sup> Das so vorbelastete Verhältnis zum Vermieter wurde postwendend zum Problem, als dieser sich weigerte, für die nötigen Ausbesserungen „auch nur einen Pfennig [...] zu bezahlen“.<sup>190</sup> Für die im Kontext der Hyperinflation zu sehenden Kosten von rund 38.000 Mark beantragte Kraft einen Zuschuss beim Staat von letztlich 9.000 Mark.<sup>191</sup> Die Hilfe des Direktors Lang, der beim Kultusministerium fleißige Belege einreichte,<sup>192</sup> vermag an dieser Stelle nicht mehr zu überraschen. Interessant ist jedoch, dass Krafts Antrag letztlich niemand Geringerem als dem Staatspräsidenten Adam Remmele zur Entscheidung vorgelegt wurde und dieser, der später insbesondere als Kultusminister noch oft zum Gegenspieler Krafts werden sollte, das Gesuch des Professors trocken ablehnte.<sup>193</sup> Bevor man in diesen Moment allerdings den Beginn einer persönlichen Männerfeindschaft hineindeutet, gilt es, sich ins Bewusstsein rufen, dass der langjährige Innenminister Remmele während der 1920er Jahre ganz allgemein zum Lieblingsfeind der Nationalsozialisten avancierte,<sup>194</sup> da er das zerstörerische Potential der „Hitlerbewegung“ schon früh erkannt hatte und sich durch Verbots- und Repressionsmaßnahmen hervortat.<sup>195</sup> Dennoch muss erwähnt werden, dass Kraft keine zwei Wochen nach Remmeles negativem Bescheid offiziell in die Reihen der NSDAP aufgenommen wurde. Obgleich er auf den Kosten für seinen Umzug letztlich sitzenblieb, lässt sich konstatieren, dass sich Kraft während seiner ersten Jahre in Pforzheim vom Herbst 1919 bis zum Herbst 1922 eine solide Existenz aufbaute. Von einem orientierungslosen, ledigen Kriegsheim-

---

<sup>187</sup> Ebd., Kraft an das Kultusministerium vom 2. Februar 1922.

<sup>188</sup> Ebd., Die Direktion der Oberrealschule, Lang an das Kultusministerium vom 2. Februar 1922.

<sup>189</sup> Ebd., Kraft an das Kultusministerium vom 23. Oktober 1922.

<sup>190</sup> Ebd., Kraft an das Kultusministerium vom 19. Januar 1923.

<sup>191</sup> StAF F 110/1, 781, Kultusministerium an das Staatsministerium vom 8. Februar 1923.

<sup>192</sup> Ebd., Direktion der Oberrealschule, Lang an das Kultusministerium vom 25. Oktober 1922.

<sup>193</sup> Ebd., Badisches Staatsministerium, Remmele an den Kultusminister vom 24. Februar 1923.

<sup>194</sup> StAW, Rep. 36/ 4298, Erinnerungen Walter Köhler, S. 54.

<sup>195</sup> Vgl. Bräunche, NSDAP, S. 332.

kehrer aus schwierigen Familienverhältnissen entwickelte er sich in recht kurzer Zeit zum Kopf einer kleinen Familie mit Dienstmädchen, deren Ernährung er mit seinem Professorengelohnte als Beamter auch in Zeiten der galoppierenden Inflation bewältigen konnte.<sup>196</sup> Er erfreute sich zudem der Beliebtheit seines Chefs.

Trotz der angestellten Überlegungen zu Krafts Radikalisierung während der Kriegsjahre hätte es beim Bildungsbürger, Professor und Familienvater Kraft angesichts seiner soliden persönlichen und beruflichen Verhältnisse als Mittdreißiger vielleicht auch noch zu einer politischen Mäßigung kommen können. Natürlich muss der Einfluss solcher rationaler Erwägungen relativiert werden, da die meisten „Alten Kämpfer“ aus innerster ideologischer Überzeugung heraus zur Partei kamen.<sup>197</sup> Mit diesem Hinweis und Krafts eigener späterer Rückprojektion könnte man die Frage, warum der Anschluss an die nationalsozialistische Bewegung gerade mit der Zeit einer erstaunlichen gesellschaftlichen Stabilisierung aufeinander fiel, abschließen.

„Ich selbst bin nur aus reiner Überzeugung zu der Bewegung gekommen, denn ich hatte keinen persönlichen Grund, gegen den damaligen Staat eingestellt zu sein, bei dem ich in beruflicher Hinsicht gut angeschrieben war. [...] An jenem Tag [dem 9. November 1923, d. Verf.] habe ich aber meine ganze Existenz und die meiner Familie aufs Spiel gesetzt. Ich habe nur die Bewegung im Auge gehabt und an Sie, mein Führer, geglaubt. [...] Nicht einen Augenblick aber habe ich an die Folgen gedacht, die mir als Staatsdiener entstehen könnten.“<sup>198</sup>

Doch obwohl über die bloße „Heroisierung des eigenen Tuns“<sup>199</sup> hinaus Kraft aus einer solchen tiefen Überzeugung sehr wahrscheinlich Motivation schöpfte, taugt das Beispiel Herbert Krafts, um auf die generelle Unzulänglichkeit teleologischer Interpretationsmodelle aufmerksam zu machen. Denn das auf den misslungenen Putschversuch folgende, endgültige und reichsweite Verbot der Partei sowie die Festnahme der Führerpersönlichkeit Adolf Hitler hat im Zusammenspiel mit seiner soliden und eventuell auch zufriedenstellenden Situation allem Anschein nach einen Denkprozess angestoßen, der an einer Tatsache sichtbar wird, die bisher noch völlig unbekannt war: Herbert Kraft wurde 1924 Mitglied der Deutschnationalen Volkspartei.<sup>200</sup> Über die fatale Rolle der DNVP beim Zusammenbruch der Weimarer Demokratie ist viel geschrieben worden<sup>201</sup> und von Anfang

---

<sup>196</sup> Nach Liese Krafts Aussage hatte man „immer genug“ zum Leben gehabt. Persönliches Gespräch mit Liese Kraft vom 20. 11. 2016.

<sup>197</sup> Kupfer, *Generation*, S. 193.

<sup>198</sup> BA, Abt. III (BDC), OSS Personalakte Herbert Kraft, Kraft an Hitler vom 11. März 1940 (zitiert nach Mohr, Kraft, S. 312, Anm. 5).

<sup>199</sup> Mohr, Kraft, S. 312.

<sup>200</sup> StAF F 110/1, 781, Personalakte Herbert Kraft, Fragebogen 2c.

<sup>201</sup> Siehe etwa Beck, Hermann: *The fateful Alliance. German Conservatives and Nazis in 1933: the Machtergreifung in a new light*, New York u.a. 2008.

an lehnten die Deutschnationalen die Weimarer Verfassung ab.<sup>202</sup> Doch der unvoreingenommene Blick auf die Partei im Jahre 1924, als sich der radikalere Flügel bereits abgespalten und sich als Deutschvölkische Freiheitspartei (DVFP) konstituiert hatte,<sup>203</sup> zeigt, dass Kraft zwar ohne Zweifel dem rechten Lager erhalten blieb, die DNVP aber keine wesensidentische Vertreterin nationalsozialistischer Prinzipien war. Vielmehr befand sich die DNVP immer im Spagat zwischen staatsablehnender Fundamentalopposition und „positiver Mitarbeit“, der auch ihr ambivalentes Verhältnis zur NSDAP prägte.<sup>204</sup> Indem Kraft zumindest versuchte, bei den Deutschnationalen eine neue politische Heimat zu finden, musste der angeblich in der Wolle gefärbte Nationalsozialist sich ein Stück weit von seiner alten Partei distanziert haben. In jedem Fall wären, abgesehen von der eventuellen Möglichkeit einer weiteren Agitation für die NSDAP aus dem Untergrund heraus, beispielsweise die Deutschvölkischen oder andere völkisch-rechtsextreme Splittergruppen, rein ideologisch, näherliegende Andockstellen gewesen. Weiterführend ist an dieser Stelle vielleicht der Blick auf die Reichspolitik. Bei der Reichstagswahl im Mai 1924 avancierte die DNVP mithilfe eines kompromisslosen Wahlkampfs gegen den Dawes-Plan, der als „zweites Versailles“ geißelt wurde, zur zweitstärksten Kraft.<sup>205</sup> Als es wenige Monate später im Parlament zur Abstimmung über den Dawes-Plan kam, war die deutschnationale Reichstagsfraktion „in der Mitte auseinandergebrochen“ und genügend Abgeordnete stimmten der Politik der Regierung Marx-Stresemann und einer Annahme des Gesetzes zu.<sup>206</sup> Den ehemaligen Fliegeroffizier, Kriegsveteranen und Freikorpsvolontär Kraft muss die nationalistische Kampagne gegen die „weitere Versklavung“ Deutschlands und die Agitation gegen die Erfüllungspolitik der demokratischen Parteien angesprochen haben. Möglicherweise löste die Begeisterung für diesen Kurs Krafts Mitgliedschaft aus und die Enttäuschung über das spätere „Umfallen“ der Reichstagsfraktion bewirkte den schnellen Wiederaustritt.<sup>207</sup>

---

<sup>202</sup> Trippe, Christian F.: *Konservative Verfassungspolitik 1918–1923. Die DNVP als Opposition in Reich und Ländern* (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 105), Düsseldorf 1995, S. 84–90.

<sup>203</sup> Vgl. Striesow, Jan: *Die Deutschnationale Volkspartei und die Völkisch-Radikalen 1918–1922*, Bd. 1, Frankfurt a. M. 1981, S. 409 f.

<sup>204</sup> Ohnezeit, Maik: *Zwischen „schärfster Opposition“ und dem „Willen zur Macht“*. Die Deutschnationale Volkspartei (DNVP) in der Weimarer Republik (1918–1928) (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 158), Düsseldorf 2011, insbesondere S. 107–110.

<sup>205</sup> Liebe, Werner: *Die Deutschnationale Volkspartei 1918–1924* (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 8) Düsseldorf 1956, S. 76 f.

<sup>206</sup> Ebd., S. 86–88.

<sup>207</sup> Es sieht nämlich sehr danach aus, als habe Kraft nur im Jahr 1924 der DNVP angehört, StAF F 110/1, 781, Personalakte Herbert Kraft, Fragebogen 2c.

Auch wenn zu Krafts Motiven letztlich nur auf Wahrscheinlichkeiten basierende Möglichkeiten aufgezeigt werden können, besteht nach dem abgehandelten Kapitel die Gewissheit, dass Kraft um 1924 an einem Scheideweg seiner politischen Biographie stand. Sein Gang in die Dienste des „Dritten Reichs“ ist auch nach seinem ersten Engagement für die Partei im Jahre 1923 nicht geradlinig verlaufen oder gar vorbestimmt gewesen.

### 2.2.3. Krafts zweiter Weg zu Hitler

Weitere Fragen wirft der Wiedereintritt Krafts in die NSDAP unter der neuen Mitgliedsnummer 90.659 auf, der offiziell vom 1. Juni 1928 datiert.<sup>208</sup> Schon am 27. Februar 1925 aber vollzog Hitler nach seiner Haftentlassung die Neugründung der Partei und kaum einen Monat darauf folgte Robert Wagner mit der Ausrufung des Gaues Baden.<sup>209</sup> Warum also dieses fast dreieinhalbjährige Zögern bis zum Wiedereintrittsentschluss? Erstens muss hierzu angemerkt werden, dass es in dem bekannten Brief an Hitler den Versuch gibt, die Lücke in der nationalsozialistischen Karriere zu verkürzen. Schon 1927 habe sich Kraft der NSDAP wieder angeschlossen. In diesem Jahr habe er Hitler nach Pforzheim zur Abhaltung der „ersten Versammlung“<sup>210</sup> eingeladen und bot sich am selben Tag dem Parteiführer wieder als Mitglied an, „was für einen Staatsbeamten, der zudem noch so unter politischer Aufsicht stand wie ich, nicht ungefährlich war“.<sup>211</sup> Einerseits springt wieder einmal die Absicht ins Auge, dem Diktator gegenüber den eigenen Lebenslauf zu bräunen. Andererseits sind die Angaben durchaus plausibel. Eine mündliche „Anmeldung“ bei Hitler ist schließlich nicht mit einem formalen Parteieintritt zu verwechseln. Möglicherweise versprach Kraft Angesicht zu Angesicht mit dem charismatischen Führer eilig seinen Wiedereintritt. Bis zum endgültigen Entschluss und der Durchführung der formalen Aufnahme-prozedur konnten dann noch einmal einige Monate vergehen.<sup>212</sup> Selbst wenn man jedoch eine gänzliche innere Rückkehr Krafts zur NSDAP schon in das Jahr 1927 vordatieren möchte, bleibt ein auf zwei Jahre reduzierter Bruch im parteipolitischen Engagement für den NS bestehen. Dieser muss als Indiz dafür gewertet werden, dass die „reine

---

<sup>208</sup> BA, Abt. III (BDC), OSS Personalbogen Herbert Kraft (zitiert nach Mohr, Kraft, S. 316, Anm. 9).

<sup>209</sup> Bräunche, NSDAP, S. 337.

<sup>210</sup> Mohr, Kraft, S. 316 lässt offen, ob hiermit die erste Versammlung einer neugegründeten Ortsgruppe oder die erste in Hitlers Gegenwart gemeint ist. Am plausibelsten ist es, dass Kraft sich hiermit als Gründer der Pforzheimer Ortsgruppe inszenieren wollte.

<sup>211</sup> BA, Abt. III (BDC), OSS Personalakte Herbert Kraft, Kraft an Hitler vom 11. März 1940 (zitiert nach Mohr, Kraft, S. 316, Anm. 5).

<sup>212</sup> An der Richtigkeit des offiziellen Eintrittsdatums kann es überhaupt keinen Zweifel geben, denn Kraft selbst gab auf einem amtlichen Fragebogen von 1936 das Jahr 1928 als zweites Eintrittsdatum an. Selbiges gilt übrigens für das erste Eintrittsdatum von 1923, StAF F 110/1, 781, Fragebogen 2c.

Überzeugung“<sup>213</sup> des „ältesten Parteigenossen [...] in Baden“<sup>214</sup> noch bis 1927/28 gewissen Schwankungen unterzogen war.

So wie auch schon die kurze Episode als Deutschnationaler vielleicht eine partielle Mäßigung seines politischen Standpunktes, nicht aber ein Ausscheren aus dem nationalen Lager bedeutete, so darf man annehmen, dass Kraft auch zwischen 1925 und 1927/28 dem rechten Gedankengut verbunden blieb. Vereinzelt finden sich Hinweise, dass Kraft auch ohne NSDAP-Parteibuch politisch aktiv blieb. Zu den abermals mit Vorsicht zu genießenden, selbstdarstellenden Behauptungen, „in den nächsten Jahren [nach November 1923, Anm. d. Verf.] noch mindestens ein halbes Dutzend mal verhaftet“<sup>215</sup> sowie schon vor 1927 von den badischen Behörden mit Argusaugen bewacht worden zu sein,<sup>216</sup> gesellt sich ein 1938 ausgestelltes Bestätigungsschreiben Krafts für die Pforzheimer Knopffabrik Soellner, die zwischen 1924 und 1926 die „nationale Bewegung“ durch Spenden in der Höhe von monatlich 30 Reichsmark unterstützt haben soll.<sup>217</sup> Den unpräzisen Sammelbegriff „nationale Bewegung“ dürfte Kraft hierbei ganz bewusst verwendet haben. Schließlich konnte er für die genannte Zeitspanne nicht wahrheitsgemäß im Namen der *nationalsozialistischen* Bewegung sprechen. Eine direkte Nennung der konkreten Gruppierung, für die er damals aktiv gewesen ist, hätte aber offenbart, dass er damals eben kein nomineller Nationalsozialist gewesen ist, was seinem Selbstverständnis als Parteigenosse der ersten Stunde widersprochen hätte. Vor allem aber ist Krafts Mitwirkung beim Pforzheimer Ableger der „Vereinigten Vaterländischen Verbände Deutschlands“ überliefert. Diese „Dachorganisation“ einer „Vielzahl rechtsgerichteter patriotischer Organisationen“ wurde 1923 gegründet und war „monarchistisch, reaktionär und völkisch, allerdings mehr der Vorkriegszeit entsprechend als im nationalsozialistischen Sinne“.<sup>218</sup> Seit wann die Pforzheimer Variante der VVV in der Stadt ihr Unwesen trieb, ist nicht bekannt. Von Anfang an aber fungierte Herbert Kraft bis zu seinem erzwungenen Wegzug 1929 als Geschäftsführer der Gruppe.<sup>219</sup>

---

<sup>213</sup> S. o., Anm. 198.

<sup>214</sup> S.o., Anm. 164.

<sup>215</sup> BA, Abt. III (BDC), OSS Personalakte Herbert Kraft, Kraft an Hitler vom 11. März 1940 (zitiert nach Mohr, Kraft, S. 316, Anm. 5).

<sup>216</sup> S.o., Anm. 211.

<sup>217</sup> GLA 235/ 38160, Privater Schriftwechsel des Ministerialrats und Reichstagsabgeordneten Kraft, 1938, Kraft an Knopffabrik Soellner vom 19. Juli 1938.

<sup>218</sup> Diehl, James M: Von der „Vaterlandspartei“ zur „Nationalen Revolution“: Die „Vereinigten Vaterländischen Verbände Deutschlands (VVVD)“ 1922–1932, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Jg. 33 (1985), Heft 4, S. 617–639, hier S. 620 f.

<sup>219</sup> StAF F 110/1, 781, *Schwarz-Weiß-Rot* (Pforzheim), Nr. 17 vom 27. April 1929, Ludwig Lang: „Zu Prof. Kraft's Versetzung“.

#### 2.2.4. Parteikarriere und Konsequenzen: Der Staatsdiener als Staatsfeind

Nachdem Kraft wieder in die Reihen der Hitlerbewegung aufgenommen war, ging es für ihn politisch kontinuierlich bergauf. Noch im Jahr seines Eintritts 1928 wurde er, an seine frühere exponierte Stellung unter den Nationalsozialisten der „Gold- Schmuck- und Uhrenstadt“ anknüpfend,<sup>220</sup> Ortsgruppenleiter in Pforzheim.<sup>221</sup> Der offiziellen Parteistatistik zufolge war er damit einer von 68 nationalsozialistischen Ortsgruppenleitern in Baden.<sup>222</sup> Wenn Kraft trotz dieser hohen Anzahl, zu denen ja noch Kreisleiter und Gauamtsleiter als führende Köpfe im „Gau Baden“ kommen, schon von diesem Zeitpunkt an die volle Aufmerksamkeit des badischen Staates zuteilwurde, lag dies sicher an seiner Eigenschaft als Staatsbeamter, hatte die Regierung doch ein besonderes Interesse daran, die Funktionstüchtigkeit des Staatsapparates zu gewährleisten, eine nationalsozialistische Unterwanderung des Beamtentums zu verhindern und die badische Jugend vor propagandistischer Indoktrination zu beschützen.<sup>223</sup> Somit ist klar, dass Kraft als NSDAP-Funktionär und Realschullehrer schnell in den Fokus der Behörden rückte. Im Rahmen der rechtsstaatlichen Möglichkeiten schlug ihm die „ganze Härte des Disziplinarrechts“ entgegen.<sup>224</sup> Das badische Kultusministerium als oberste dienstliche Aufsichtsbehörde wollte den Pforzheimer Professor erstmals im November 1928 an die Oberrealschule nach Lörrach versetzen.<sup>225</sup> Kraft ließ sich daraufhin krankschreiben und konnte den Vollzug der Maßnahme so noch abwenden.<sup>226</sup> Anfang Dezember berichteten dann die sozialdemokratische *Volkswacht* und das NS-Propagandablatt *Der Führer* einhellig über ein eingeleitetes Strafverfahren und die Suspendierung Krafts.<sup>227</sup> Angeblich warf man ihm eine Betätigung als nationalsozialistischer Versammlungsredner vor.<sup>228</sup> Aus der nächsten Ausgabe des von der linken Presse sogenannten „Hitlerblättchens“<sup>229</sup> erfährt man, dass Kraft wie schon zu Beginn der 1920er Jahre ein Verfahren auf Grundlage des Republikenschutzgesetzes am Halse

---

<sup>220</sup> S. o., Anm. 164.

<sup>221</sup> BA, Abt. III (BDC), OSS Personalbogen Herbert Kraft (zitiert nach Mohr, Kraft, S. 316, Anm. 9).

<sup>222</sup> Neidig, Manuel: Anfänge und Aufstieg der NSDAP in Baden, 16. Dezember 2014, in: Onlineportal Landesministerien. Online unter: <http://ns-ministerien-bw.de/2014/12/anfaenge-und-aufstieg-der-nsdap-in-baden/>, zuletzt aufgerufen am 9. Dezember 2016.

<sup>223</sup> Vgl. Mohr, Kraft, S. 316.

<sup>224</sup> Ebd.

<sup>225</sup> StAF F 110/ 1, 781, Der Minister des Kultus und Unterrichts am 7. November 1928.

<sup>226</sup> StAF F 110/ 1, 781, Dr. med. E. Adam vom 9. November 1928; ebd., Der Minister des Kultus und Unterrichts vom 13. November 1928.

<sup>227</sup> *Volkswacht*, 19. Jg., Nr. 56 vom 7. März 1929 (zitiert nach Bräunche, NSDAP, S. 346, Anm. 111); *Der Führer*, 2. Jg., Nr. 49 vom 8. Dezember 1928, S. 4: „Gelb-Rot-Gelbes“.

<sup>228</sup> So Bräunche, NSDAP, S. 316. Ob er diese Information dem Artikel der *Volkswacht* entnahm, wird leider nicht ganz klar.

<sup>229</sup> StAF F 110/1, 781, *Volksfreund*, Nr. 141 vom 21. Juni 1929.

hatte und für dessen Dauer von der „badischen Schreckensherrschaft nach Innen“ des Amtes enthoben wurde.<sup>230</sup> Bestätigt wird die Suspendierung während des schwebenden Verfahrens aus dem berufenen Munde eines Polizeikommissärs.<sup>231</sup> Im März 1929 wurde Kraft vor dem Schwurgericht Karlsruhe freigesprochen.<sup>232</sup> Vom Freispruch ließ sich der damalige Unterrichtsminister Dr. Leers keineswegs beirren. Er war nun fest entschlossen, Kraft wenigstens versetzen zu lassen, um der Pforzheimer NS-Gemeinde so ihren Vorkämpfer zu nehmen.<sup>233</sup> Am Gymnasium in Mannheim machten seine Beamten eine geeignete Stelle aus und nach mehrmaligem Intervenieren beim letztlich zuständigen Staatsministerium<sup>234</sup> setzte sich Leers mit seinem Vorhaben durch: Ab Mai 1929 musste Kraft gegen seinen Willen in Mannheim arbeiten.<sup>235</sup> Anders als es sich Leers aber wohl erhofft hatte, führte die vorgeblich aus „dienstlichen Gründen [...] geboten[e]“<sup>236</sup> Versetzung nicht zu einer politischen Isolierung Krafts. Die Organisation und Vernetzung der Partei war vor allem in Nordbaden schon längst engmaschig genug,<sup>237</sup> damit Kraft in Mannheim schnell Anschluss an die lokale, sich einer langen Tradition rühmende NS-Szene finden konnte, die ihn ob seiner starken Medienpräsenz vermutlich wie einen Star begrüßte. Nach der vereinzelt Berichterstattung Ende des vergangenen Jahres beschäftigten sich zwischen April und Juli 1929 verschiedene, die ganze Breite des politischen Spektrums abdeckende, badische Zeitungen verteidigend oder anklagend mit dem Fall Kraft.<sup>238</sup> Anfang Mai habe sich sogar der „Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens“ zu der vom

---

<sup>230</sup> *Der Führer*, 2. Jg., Nr. 50 vom 15. Dezember 1928, S. 4: „Stimmen aus dem Volke zum Fall Professor Kraft.“

<sup>231</sup> StAF F 110/1, 781, Abschrift von Pol. Kommissär Dorhau vom 6. Mai 1929. Dorhau hatte Kraft als Zeugen in einem anderen Fall verhört, der aber mit Krafts Suspendierung im direkten Zusammenhang stand, und von diesem Verhör ein Protokoll angefertigt.

<sup>232</sup> Ebd. Dorhau zitierte diese Aussage Krafts kommentarlos in einem offiziellen Polizeibericht. Bei einer Falschaussage hätte er das wohl kaum getan. Die Information, dass das Schwurgericht Karlsruhe das Urteil sprach, stammt von Ludwig Lang und ist einem Zeitungsartikel desselben zur Verteidigung seines Kameraden Kraft entnommen. StAF F 110/1, 781, *Schwarz-Weiß-Rot* (Pforzheim), Nr. 17 vom 17. April 1929: „Zu Prof. Kraft's Versetzung“. Der gerichtliche Freispruch beantwortet im Übrigen auch die von Mohr, Kraft, S. 316, Anm. 19 aufgeworfene Frage „wieso er [Kraft] offenbar 1929 wieder beschäftigt wurde.“

<sup>233</sup> Der vorläufige Versetzungsbescheid datiert schon vom 6. April, StAF F 110/1, 781, Der Minister des Kultus und Unterrichts.

<sup>234</sup> Am 9. und 30. April legte man dem Staatsministerium den Fall jeweils zur Entscheidung vor, StAF F 110/1, 781.

<sup>235</sup> Am 8. Mai setzte Kraft sein erstes Beschwerdeschreiben von Mannheim aus auf, StAF F 110/1, 781, Kraft ans Kultusministerium.

<sup>236</sup> StAF F 110/1, 781, Der Minister des Kultus und Unterrichts an das Staatsministerium vom 9. April 1929.

<sup>237</sup> Vgl. Bräunche, Ernst Otto: *Die NSDAP in Baden 1928–1933. Der Weg zur Macht*, in: Thomas Schnabel (Hg.): *Die Machtergreifung in Südwestdeutschland. Das Ende der Weimarer Republik in Baden und Württemberg 1928–1933*, Stuttgart/ Berlin u.a. 1982, S. 15–48, hier S. 23.

<sup>238</sup> Am 17. April machte ein dem Namen nach nationalkonservatives und dem Inhalt nach antisemitisches Pforzheimer Blatt den Anfang, StAF F 110/1, 781, fol. 170; Im Juni folgten der sozialdemokratische *Volksfreund* und die kommunistische *Mannheimer Arbeiterzeitung* (Ebd., fol. 166 und fol. 161); Im Juli forderte wiederum die rechte Zeitung *Schwarz-Weiß-Rot* ein Ende der „Hetze gegen Herrn Prof. Kraft“ (Ebd., fol. 171).

„Naziprofessor“ ausgehenden Gefahr geäußert.<sup>239</sup> Es ist davon auszugehen, dass Kraft nicht zuletzt diesem neuen Bekanntheitsgrad seinen hohen Listenplatz bei der Wahl zum Badischen Landtag im Oktober des Jahres zu verdanken hatte. Für die Gauleitung um Wagner dürfte es ein verlockender Coup gewesen sein, den aus ihrer Sicht willkürlich Verfolgten in den Landtag wählen zu lassen. Hinzu kam, dass die Partei, die im Vorfeld der Wahl damit rechnen konnte, erstmals Abgeordnete in das Karlsruher Ständehaus entsenden zu können,<sup>240</sup> mit einem nicht geringen Mangel an Akademikern zu kämpfen hatte. Auf der Suche nach einem der Öffentlichkeit vorzeigbaren, scheinbar kultivierten und redegewandten Parlamentarier, musste Kraft, dessen Wert für die Partei als Bindeglied zum gehobenen Bürgertum anerkannt war,<sup>241</sup> insgesamt wie der ideale Kandidat gewirkt haben. So kam es, dass die demokratische Regierung Krafts politische Laufbahn durch die Versetzung nicht aufhielt, sondern sie möglicherweise sogar befeuerte. Denn tatsächlich reichte es am 27. Oktober für 7 % der Stimmen und Kraft zog für den Wahlkreis Mannheim als einer von sechs Nationalsozialisten in den Badischen Landtag ein. Wer sich an dieser Stelle nach Krafts eigenem Beitrag zu seinem Wahlerfolg fragt, wird von der Quellenlage enttäuscht. Es ist zwar sehr wohl anzunehmen, dass Kraft als Landtagskandidat nicht ganz untätig geblieben ist, um Wahlwerbung in eigener Sache zu betreiben, doch finden sich, obwohl die Propagandamaschinerie der NSDAP auf Hochtouren lief,<sup>242</sup> keine Spuren auf Auftritte als Wahlkampfredner. Dies mag auch daran liegen, dass sich Kraft in den Monaten vor der Wahl von seinem Unterricht abgesehen vor allem damit beschäftigte, die durch seine Versetzung und den damit zusammenhängenden doppelten Haushalt entstandenen Mehrkosten vom Unterrichtsministerium zurückzuholen. Peinlich minutiös sammelte er Belege aller denkbaren Ausgaben zusammen und wollte später sogar große Teile der im September anfallenden Kosten des festen Umzugs nach Mannheim-Freudenheim zurückerstattet bekommen.<sup>243</sup> Als Lohn seiner monatelangen Zähigkeit bekam Kraft tatsächlich Zweidrittel der Unkosten erstattet und seine Versetzung nachträglich mithin vergoldet.<sup>244</sup> Zusammen mit den üppigen Diäten für Landtagsabgeordnete, die

---

<sup>239</sup> StAF F 110/1, 781, Kraft ans Kultusministerium vom 18. Mai 1929.

<sup>240</sup> Bräunche, NSDAP 1982, S. 26.

<sup>241</sup> StAW, Rep. 36/ 4298, Erinnerungen Walter Köhler, S. 92.

<sup>242</sup> Bräunche, NSDAP 1982, S. 24.

<sup>243</sup> Um eine Zulage wegen des doppelten Haushalts bat Kraft erstmals am 8. 5. 1929, StAF F 110/ 1, 781, fol. 149. Eine erste Quittung reichte er Ende des Monats ein (ebd., fol. 151), zahlreiche folgten. Anfang August fand der Umzug in die Ilvesheimer Str. 50 nach Mannheim-Freudenheim statt, ebd., fol. 178. Kurz darauf verlangte er dafür mehrere tausend RM, ebd., fol. 184.

<sup>244</sup> StAF, F 110/1, 781, fol. 239.



auch die Eisenbahn umsonst benutzen durften, von 4140 RM pro Sitzungsperiode<sup>245</sup> und dem beruflichen Einkommen als Gymnasialprofessor, der im August 1928 noch um eine Gehaltsklasse befördert wurde, dürften Kraft und seine Familie zu Beginn der 1930er Jahre sehr gut ausgekommen sein.<sup>246</sup>

Als stellvertretender Vorsitzender und Geschäftsführer<sup>247</sup> der kleinen Landtagsfraktion gehörte Kraft nun sicherlich über den Pforzheimer und Mannheimer Tellerrand hinaus zum Führungszirkel der badischen NSDAP. Der Wagner-Biograph Syré rechnet ihn zum etwas mehr als ein Dutzend Männer umfassenden „Kreis der Gauclique oder zum Dunstkreis des badischen Gauleiters“,<sup>248</sup> den Kraft spätestens in der Karlsruher Fraktion kennengelernt hatte. Als Kraft im Dezember dabei war, als sich Wagner mit einigen Kameraden seiner Entourage in einer Karlsruher Gaststätte traf, erlebte er, wie der unumstrittene Anführer der badischen Nationalsozialisten geneigt war, Konflikte auszutragen: Ein couragierter Deutscher vom international besetzten Nebentisch stellte den Gauleiter zur Rede und verlangte von der Nazigesellschaft, die angestimmten Schmähesänge auf Frankreich einzustellen. Auf die Provokation folgte der Schlag ins Gesicht.<sup>249</sup> Kurz darauf berichtete Kraft auf einer NSDAP-Versammlung von dem Vorfall. Ein Fehlverhalten der beteiligten Parteigenossen wollte er nicht ausmachen. Stattdessen beschimpfte er noch die Vertreter der anderen Parteien im Landtag, weil sie im Nachgang Wagners Immunität aufheben wollten, als „Feiglinge, Defaitisten, oder Sklavennaturen“.<sup>250</sup> Kraft konnte die stolze Freude über den Gewaltexzess, der unter anderem eine unbeteiligte Kellnerin ins Krankenhaus beförderte, kaum verhehlen<sup>251</sup> und man kann sagen, dass er das „Führer befehl, wir folgen Dir“ - Prinzip nur mustergültig anwendete, wenn er es später im Landtag seinem Gauleiter gleichtat und beinahe regelmäßig gegenüber Zentrumsabgeordneten handgreiflich wurde. Bevor Kraft jedoch dazu kam, das von seinem Parteichef gelernte Muster anzuwenden und damit das Fundament seiner zweifelhaften, bis heute andauernden Bekanntheit legte, entspann sich im Juli 1930 ein weiterer Konflikt zwischen dem Pädagogen

---

<sup>245</sup> Karl Groß (Hg.): Handbuch für den badischen Landtag. IV. Landtagsperiode 1929–1933, Karlsruhe 1930, S. 131–134.

<sup>246</sup> Dies bestätigte auch Liese Kraft im persönlichen Gespräch am 20. 11. 2016, als sie sagte, die Familie hätte vor dem Kriegsende immer genug gehabt. Eine Differenzierung zwischen der Zeit vor- und nach dem Wechsel ins Ministerium war ihr jedoch nicht mehr möglich.

<sup>247</sup> Handbuch für den Badischen Landtag, V. Landtagsperiode 1933–1937, S. 138.

<sup>248</sup> Syré, Ludger: Robert Wagner. Gauleiter, Reichstatthalter in Baden und Chef der Zivilverwaltung im Elsaß, in: Michael Kißener/ Joachim Scholtz (Hg.): Die Führer der Provinz. NS-Biographien aus Baden und Württemberg, Konstanz 1997, S. 733–779, hier S. 743.

<sup>249</sup> Vgl. Syré, Wagner, S. 744.

<sup>250</sup> GLA 233/ 27915, Versammlung der N.S.D.A.P.-Ortsgruppe Pforzheim am 20. Januar 1930 im Saal der Wirtschaft zum Bürgerbräu, Pforzheim, den 21. Januar 1930, S. 10.

<sup>251</sup> Ebd., S. 6: „Unsere Freunde räumten mit 7 Nationen auf. Ich habe noch nicht leicht jemand so springen sehen wie diese Leute (Lachen)“.

und seinem Arbeitgeber, der sich zu einer veritablen Verfassungskontroverse entwickelte. Der Sozialdemokrat Adam Remmele war inzwischen auf den DDP-Politiker Dr. Leers als Kultus- und Justizminister gefolgt und war nicht einmal ansatzweise dazu bereit, vom Konfrontationskurs seines Vorgängers abzurücken und den nationalsozialistischen Beamten Kraft tatenlos in seinem Amt zu dulden. Im Gegenteil verschärfte Remmele, aus seiner langjährigen Zeit als Innenminister als *Law and Order* Hardliner bekannt, sogar die Gangart. Am 5. Juli entließ er „einige Lehrer, die sich als Organisatoren der NSDAP betätigten“.<sup>252</sup> Eventuell aufgeschreckt von diesem Vorgang ergriff Kraft, der sich als Abgeordneter nicht zu Unrecht in einer komfortableren Lage als manche seiner rechtsextremen Kollegen sah, die Initiative und verkündete dem Ministerium, dass er von der Partei im Rahmen des anstehenden Reichstagswahlkampfes „für die nächsten Wochen als Redner in nationalsozialistischen Versammlungen eingesetzt wurde“. Selbstverständlich werde er als „Abgeordneter des nationalsozialistisch gesinnten Teils der badischen Bevölkerung“ und nicht etwa als Professor am Gymnasium sprechen.<sup>253</sup> Diese Spaltung der Persönlichkeit in verschiedene, klar voneinander trennbare Eigenschaften, wollte den Minister nicht überzeugen. In seiner prompten Antwort führte er aus, die öffentliche und wahrheitsgemäße Berichterstattung über die parlamentarische Tätigkeit sei Kraft zwar verfassungsmäßig zugesichert, darüber hinaus jedoch sei „eine [...] Betätigung für eine staatsfeindliche Partei nicht erlaubt“. Da die NSDAP verfassungsfeindlich einzustufen sei, verletze ein Beamter, der „für diese Partei öffentlich wirbt und Parteiämter übernimmt [...] sein dem Staat gegenüber eingegangenes Treueverhältnis“.<sup>254</sup> Gegen diese Rechtsauslegung wiederum protestierte Kraft, sein Rekurs wurde jedoch vom Staatsministerium zurückgewiesen<sup>255</sup> und auch sein Schutzgesuch beim Landtagspräsidenten blieb offenbar folgenlos.<sup>256</sup> Die außerparlamentarische Agitation war Kraft also verboten worden<sup>257</sup> und zunächst scheint er sich tatsächlich, von seiner Teilnahme an den Landtagssitzungen abgesehen, eine Weile zurückgehalten zu haben. Ende August schon erklärte er seinem Führer seine ambivalenten Schlüsse aus dem Rechtsstreit:

---

<sup>252</sup> *Staatsanzeiger* vom 5. Juli 1930 (zitiert bei Mohr, Kraft, S. 317).

<sup>253</sup> StAF F 110/1, 781, Kraft ans Kultusministerium vom 3. Juli 1930.

<sup>254</sup> StAF F 110/1, 781, Der Minister des Kultus und Unterrichts an die Direktion des Gymnasiums Mannheim vom 4. Juli 1930.

<sup>255</sup> StAF F 110/1, 781, Staatsministerium an den Minister des Kultus und Unterrichts vom 18. August 1930.

<sup>256</sup> Ebd., Kraft als Badischer Landtagsabgeordneter an den Präsidenten des Badischen Landtags vom 11. Juli 1930.

<sup>257</sup> Mohr, Kraft, S. 317 f. spricht im Zusammenhang dieser Episode kontinuierlich von einer Suspendierung Krafts. Auf eine erneute Amtsenthebung lassen die Quellen jedoch nicht schließen. Kraft bat lediglich um Auskunft, was im Falle einer parteipolitischen Betätigung im Sinne der NSDAP passieren würde und das Ministerium zeigte die theoretischen Konsequenzen auf.

„Ich habe mir inzwischen die Angelegenheit nochmals genauer durch den Kopf gehen lassen und bin zu der Überzeugung gekommen, daß es trotz des Verbots Remmeles meine Pflicht ist, für die Partei mich einzusetzen. Seit zehn Tagen bin ich nun wieder als Agitationsredner in Baden tätig, bemühe mich aber, sachlich zu reden und weniger zu hetzen, als zu überzeugen.“<sup>258</sup>

Er stellte seine politischen Ansichten also weiterhin meilenweit über die Pflichten eines treuen Staatsbeamten, denen er gut zehn Jahre zuvor nachzukommen schwor. Dabei glaubte er, den Zielen der Partei durch eine äußerliche Versachlichung des Stils am besten zu dienen. Der Wolf legte sich einen Schafspelz zu. Nur so konnte er der Arbeitslosigkeit entgehen und gleichzeitig weiterhin als Redner für seine Partei tätig sein. Tatsächlich lässt sich in den außerparlamentarischen Saalreden Krafts von August bis zur Reichstagswahl Mitte September 1930 eine vergleichsweise zurückhaltende Rhetorik feststellen. Am 30. August in Karlsruhe, am 10. September in St. Georgen und am 13. September in Lahr, am Vorabend der Wahl, hielt Kraft jeweils sehr ähnliche Reden.<sup>259</sup> Er schickte für die anwesend vermuteten Kriminalbeamten demonstrativ voraus, dass er heute als gewählter Abgeordneter und nicht als Beamter spreche und zitierte dann aus der Verfassung, um die vermeintliche Rechtmäßigkeit seines Auftritts zu beweisen. Dann folgten an prominenter Stelle ausführliche Legalitätsbeteuerungen. Der Vorwurf der Staatsfeindlichkeit, den man gegen die Partei erhebe, und zur Grundlage der Verfolgungsmaßnahmen mache, sei unbegründet. Dafür wurden angebliche Zitate Hitlers bemüht, das System nur auf legalem Wege beseitigen zu wollen. Ferner verwies Kraft auf die reichsweit erste Regierungsbeteiligung der Nationalsozialisten in Thüringen und die Arbeit des dortigen Ministers Frick. Dieser habe dort mit zweifellos verfassungskonformen Methoden und Reformismus beachtenswerte Erfolge erzielt. Dann wurde gegen die „Internationale Hochfinanz“<sup>260</sup> gewettert. Es ist jedoch auffällig, dass sich diese antikapitalistischen Elemente nicht mit antisemitischer Hetze verbanden. An einer Stelle stritt Kraft sogar explizit ab, dass der Landtagsantrag zum Verbot der Schächtung gegen die Juden gerichtet gewesen sei. Allein tierrechtliche Erwägungen hätten dahintergesteckt.<sup>261</sup> Trotz einiger diskriminierender Äußerungen in Bezug auf verschiedene Gruppen verzichtete Kraft – und das dürfte letztlich entscheidend gewesen sein – auf die namentliche Nennung und Beleidigung einzelner Personen und vor allem Regierungsmitglieder.<sup>262</sup> In seiner Rede auf einer Versammlung

---

<sup>258</sup> BA, Abt. III (BDC), PK Herbert Kraft, Kraft an Privatkanzlei Hitler vom 29. August 1930.

<sup>259</sup> StAF F 11071, 781, fol 207–224.

<sup>260</sup> StAF F 110/ 1, 781, Polizei-Hauptwachtmeister an das Bad. Landespolizeiamt vom 1. September 1930, S.

<sup>261</sup> StAF F 110/ 1, 781, S. 10, fol. 212.

<sup>262</sup> Lediglich die Rede am 30. August in Karlsruhe wurde stenographisch festgehalten (StAF F 110/ 1, 781, Polizei-Hauptwachtmeister an das Bad. Landespolizeiamt vom 1. September 1930), weshalb sich die Analyse der Reden auch maßgeblich auf die Karlsruher Rede stützt. Die anderen wurden jeweils nur von anwe-

in der Odenwaldgemeinde Mülben am 24. August, also vor seiner Absichtsbekundung an Hitler, weniger hetzen, als überzeugen zu wollen, hatte Kraft noch unmissverständlich klargestellt: „Die Führer und die Macher des 9. November waren alle Juden und deswegen bin ich Antisemit“.<sup>263</sup> Derselben Rede hatte er auch noch vorangestellt, er könne „nicht so frei reden [...], wie ich möchte, ich muß mir Zwang auferlegen.“<sup>264</sup>

Bisher der Öffentlichkeit unbekannt war die Tatsache, dass Kraft selbst für die Reichstagswahl 1930 als Kandidat aufgestellt war.<sup>265</sup> Da Kraft trotz des überwältigenden Wahlerfolgs von 18,33 % nicht in den Reichstag einzog, ist es anzunehmen, dass darin auch nie der Zweck der Übung bestanden hatte. Eher sollte ihm ein hinterer Listenplatz zugewiesen werden, um ihn pro forma zum Reichstagskandidaten erklären zu können und ihm so ein weiteres Werkzeug an die Hand zu geben, seine öffentliche Agitation für die Partei zu legalisieren. In Mülben schlachtete Kraft seine Eigenschaft als Listenkandidat dann auch nachdrücklich aus.<sup>266</sup>

Schon Schondelmaier hob in seinem Aufsatz über die badische NSDAP-Fraktion Herbert Krafts Einlassungen „zum Thema Schule und Erziehung“ als einzige Ausnahmen eines sonst von Blockade, Provokation und Pöbelei gekennzeichneten Gesamtbildes hervor.<sup>267</sup>

Mohr arbeitete die taktische Funktion Krafts als „bürgerlich-reputierliche[r] Anstrich“ der radikalen und aggressiven Partei dann erstmals systematisch heraus. Er machte Kraft damit zum Werkzeug parteistrategischer Überlegungen. Die Gauleitung habe Krafts Stärken und Talente erkannt und ihn demgemäß eingesetzt. Der dargelegte Ablauf der Dinge legt jedoch nahe, dass sich Kraft erst wegen der Drohung seines Dienstherrn genötigt sah, in der Öffentlichkeit auf allzu schrille Töne zu verzichten. Dann hat er sich sein Dilemma „reichlich durch den Kopf gehen lassen“ und aus der Not eine Tugend gemacht. Das Profil

---

senden Polizeibeamten zusammengefasst. Den Berichten zufolge wurden sie aber im Kern ähnlich gehalten; Dass die Polizisten vor allem den Auftrag hatten, persönliche Beleidigungen von Regierungspolitikern zu dokumentieren, zeigt die Bemerkung unter der Zusammenfassung der Versammlung in St. Georgen, Kraft habe es „vermieden, beleidigende Äußerungen gegen Regierungsmitglieder zu tun, StAF F 110/ 1, 781, Landespolizeiamt, Außenstelle Villingen an das Bad. Landespolizeiamt vom 11. September 1930.

<sup>263</sup> StAF F 110/ 1, 781, Außenstelle des Landespolizeiamts beim Bezirksamt Mosbach an den Herrn Landrat in Mosbach, fol. 216.

<sup>264</sup> Ebd., fol. 215.

<sup>265</sup> Ebd.; ebd., Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei Gau Baden, Robert Wagner an das Kultusministerium.

<sup>266</sup> StAF F 110/ 1, 781, Außenstelle des Landespolizeiamts beim Bezirksamt Mosbach an den Herrn Landrat in Mosbach, fol. 215. Er zitierte wörtlich aus dem Schreiben Remmeles, dass ihm „die Vorbereitung zu einer Wahl“ erlaubt sei und er genau das mit seiner Rede tue.

<sup>267</sup> Schondelmaier, Hans-Willi: Die NSDAP im Badischen Landtag 1929–1933, in: Thomas Schnabel (Hg.): Die Machtergreifung in Südwestdeutschland. Das Ende der Weimarer Republik in Baden und Württemberg 1928–1933, Stuttgart/ Berlin u.a. 182, S. 82–112, hier: S. 86.

des unter den politischen Spitzenkräften der Nationalsozialisten eher älteren<sup>268</sup> Bildungsbürgers als hochgebildete, intellektuelle Instanz der Bewegung, das ja von Anfang an als wirksame Waffe erkannt worden war, wurde weiter geschärft. Ob Kraft dabei maßgeblich aus eigenem Entschluss, um der Sicherung seiner Arbeitsstelle Willen, handelte, oder ob ihn seine Parteigenossen in die neue Rolle drängten, muss auch heute offenbleiben. Wahrscheinlich ist, dass beide Aspekte eine Rolle spielten. Allerdings ist es ganz offensichtlich, dass Krafts beabsichtigter Stilwandel – so oder so – taktischer Natur war. Davon, dass er sich einfach seinem „durchweg bürgerlich konditionierten“ Wesen gemäß verhielt, wie Mohr suggeriert,<sup>269</sup> kann keine Rede sein.

Im Karlsruher Landtag fungierte Kraft als eine Art „bildungspolitischer Sprecher“ der Fraktion<sup>270</sup> und seine Profession allein ist dafür keine hinreichende Erklärung, befand sich doch mit Karl Lenz ein weiterer Lehrer in den Reihen der Braunen und auch Wagner hatte immerhin vier Jahre lang ein Lehrerseminar besucht.<sup>271</sup> In seinen Reden gerierte sich Kraft gern als der parlamentarische Arm der Schüler, Studenten, Lehrer und Kulturschaffenden des Landes.<sup>272</sup>

Wie aber kam es bei dem intendierten Image dazu, dass Kraft binnen weniger Jahre zum allseits berüchtigten „enfant terrible“<sup>273</sup> des Badischen Landtags avancierte? Mohr versucht, diese Diskrepanz durch die These in Einklang zu bringen, die anderen Parteien im Landtag hätten die Funktion, die Kraft zu erfüllen gedachte, erkannt und ihn bewusst provoziert, um ihn zu entlarven und so zu verhindern, dass Kraft durch sein seriöses und dezidiert bürgerliches Auftreten der nationalsozialistischen Partei ihren Schrecken nimmt und sie für bildungsnahe Schichten wählbar macht.<sup>274</sup> Zwar ist der Autor weit davon entfernt, Kraft für sein unbeherrschtes und rüpelhaftes Verhalten im Parlament entschuldigen zu wollen,<sup>275</sup> doch seine These weist dennoch ungewollt in die Richtung einer Apologie, macht sie doch bei der ersten sogenannten Ohrfeigenaffäre am 19. Dezember 1930, die

---

<sup>268</sup> Bräunche, NSDAP 1982, S. 22, errechnet das von den 82 im Jahr 1930 aktiv gewesenen Parteirednern lediglich 21,9 % vor 1890 geboren wurden.

<sup>269</sup> Mohr, Kraft, S. 318 f.

<sup>270</sup> Bei bildungs- und kulturpolitischen Fragen erhielt zumeist der Abgeordnete Kraft das Wort für die Fraktion. Protokolle des Badischen Landtags, 47. Sitzung, 27. März 1930, Sp. 2527–2536; 8. Sitzung, 19. Dezember 1930, Sp. 359–362; 11. Sitzung, 21. Januar 1931, Sp. 521–523 und 535–537; 30. Sitzung, 25. März 1931, Sp. 1527–1532; 16. Sitzung, 19. April 1932, Sp. 827–843; Vgl. auch: GLA 231/ 4857, 4865, 4868, 4870.

<sup>271</sup> Handbuch für den badischen Landtag, S. 159 und 167.

<sup>272</sup> Vgl. Mohr, Kraft, S. 323.

<sup>273</sup> So wurde Kraft vom Zentrumsabgeordneten Anton Hilbert bezeichnet. Protokolle des Badischen Landtags, 4. Sitzung, 17. Februar 1932, Sp. 190. Der Beiname wurde dann von der Herbert Kraft thematisierenden Literatur begierig aufgenommen, siehe etwa: Schondelmaier, NSDAP, S. 95; Mohr, Kraft, S. 311.

<sup>274</sup> Mohr, Kraft, S. 322 f.

<sup>275</sup> Ebd.

Krafts Leumund nachhaltigen prägen sollte, die Zentrumsfraktion zum Ausgangspunkt der Aggressionen, den Zentrumsmann Amann zu einem beleidigenden Provokateur und dessen Fraktionskollegen Heurich zu einem wegen eines wenige Tage zuvor verlorenen Rededuells gegen Kraft von persönlichen Rachegefühlen getriebenen Ehrverletzten.<sup>276</sup> Auch als Kraft das zweite Mal tatkräftig zulange, diesmal am 17. Februar 1932 gegen den Zentrumsabgeordneten Hilbert im Anschluss an eine Sitzung, in der dieser Hitler einen „österreichischen Deserteur“ genannt und damit die nationalsozialistische Fraktion in Wallung versetzt hatte,<sup>277</sup> gab Mohr Hilbert wegen dessen angeblich schlimmer Beleidigung eine Mitverantwortung.<sup>278</sup> Hilbert hatte außer der – durchaus begründeten – Verunglimpfung Hitlers Kraft selbst, nachdem er von ihm am Vortag „Charakterlump“ genannt worden war, Unzurechnungsfähigkeit attestiert.<sup>279</sup> Gibt es für eine Relativierung der Schuld Krafts an der gewaltsamen Eskalation des Jahres 1930 noch gute Argumente,<sup>280</sup> mag in diesem Fall jeder selbst beurteilen, ob Hilberts Verhalten den Beginn einer Prügelei rechtfertigt.<sup>281</sup> Zu Krafts Handgreiflichkeiten kamen seine verbalen Ausfälle. Am 27. April 1931 ergänzte er die Worte von Staatspräsident Schmidt: „Das Charakterloseste, was ich je in meinem Leben gesehen habe!“ per Zwischenruf durch: „sind Sie!“ und wurde dafür von der Sitzung ausgeschlossen.<sup>282</sup> Weiterhin forderte Kraft am 13. März 1930 die Abgeordneten Leers und Maier von DDP und SPD und „Ihresgleichen“ dazu auf, sich zu „entscheiden, ob sie gehängt, erschossen oder – geschächtet werden wollen“.<sup>283</sup> Am 10. Januar 1931 trat Kraft wieder einmal außerparlamentarisch in Erscheinung. „Wenn wir Frontsoldaten seinerzeit geahnt hätten, was für ein Gesindel sich in den heutigen Parlamenten herumtreibt, dann hätten wir nicht länger auf Franzosen und Engländer geschossen; wir hätten die Gewehre umgedreht“. Für diesen Satz hob der so geschmähte Landtag die Immunität des Abgeordneten auf. Das Schöffengericht Karlsruhe sprach ihn am 29. April 1931 jedoch vom Vorwurf der Beleidigung frei.<sup>284</sup> Folglich bedeutete auch dieses Verfahren nicht das Ende seiner gymnasialen Unterrichtserteilung.

---

<sup>276</sup> Ebd., S. 322.

<sup>277</sup> Protokolle des Badischen Landtags, 4. Sitzung, 17. Februar 1932, Sp. 190–192.

<sup>278</sup> Mohr, Kraft, S. 324.

<sup>279</sup> Protokolle des Badischen Landtags, 4. Sitzung, 17. Februar 1932, Sp. 190.

<sup>280</sup> Vgl. Mohr, Kraft, S. 319–323.

<sup>281</sup> Auch Krafts Fraktionsführer Köhler, der natürlich automatisch im Verdacht steht, die Taten seines Parteigenossen zu beschönigen, differenziert zwischen den beiden „Ohrfeigenaffären“ und stellt Kraft nur im zweiten Fall als – aus seiner Sicht legitimen – Aggressor hin. StAW, Rep. 36/ 4298, Erinnerungen Walter Köhler, S. 93.

<sup>282</sup> Ebd., 19. Sitzung, 27. April 1932, Sp. 1050.

<sup>283</sup> Ebd., 38. Sitzung, 13. März 1930, Sp. 1978.

<sup>284</sup> GLA 234/ 5725, Badisches Justizministerium, Generalia, Polizei, Nationalsozialisten, Anzeigen gegen die Landtagsabgeordneten Herbert Kraft und Robert Wagner wegen Beleidigung.

1930, 1931 und 1932 leistete sich Kraft teilweise übelste Entgleisungen. Auf den ersten Blick ist also von dem auf Hetze verzichtenden wollenden, nur auf lautere Überzeugungsarbeit setzenden Politiker nichts mehr übriggeblieben. Eine naheliegende Erklärung ist ganz einfach ein Taktikwechsel, der im engen Zusammenhang mit der Reichstagswahl 1930 steht. Kraft vollzog seinen Strategiewechsel im Zuge des Rechtsstreits mit dem Kultusministerium um seine Rechte als Abgeordneter im Konflikt mit seinen Pflichten als Beamter. Die Absicht, sich zurücknehmen zu wollen, äußerte er am 29. August 1930. In einigen Versammlungsreden als Landtagsabgeordneter und nomineller Reichstagskandidat überbrachte er seine politischen Botschaften tatsächlich auf verhältnismäßig samtigen Pfoten, ohne dabei natürlich vom Grundkonsens der nationalsozialistischen Überzeugung jemals abgewichen zu sein. Bei der Reichstagswahl am 14. September 1930 gelang der NSDAP ein großer Durchbruch. Mit dem neuen Selbstbewusstsein als zweitstärkste politische Kraft im Deutschen Reich sah es wahrscheinlich auch Herbert Kraft nicht mehr ein, sich derart zurückhalten zu müssen und legte den selbstauferlegten Maulkorb wieder ab. Diese These wird dadurch unterstützt, dass die niederträchtigsten Beleidigungen und beide Schlagabtausche mit Krafts Beteiligung entweder vor dem Juli 1930 lagen oder sich nach der Reichstagswahl im September desselben Jahres abspielten. Außerdem passt diese Rückkehr zur alten Ungezügeltigkeit ins Erscheinungsbild der badischen NSDAP insgesamt, die ab September 1930 im Landtag nicht nur aktiver, sondern auch noch unverschämter und beleidigender wurde.<sup>285</sup> Im November 1930 wurde Krafts Stundendeputat am Mannheimer Gymnasium halbiert, sodass er sich fortan noch stärker auf die Parteiarbeit konzentrieren konnte.<sup>286</sup> Auch bei ihm scheint die gesteigerte Aktivität mit einer gesteigerten Intensität der politischen Auseinandersetzung einhergegangen zu sein. Natürlich soll Krafts Verhalten hier auch nicht überrationalisiert werden. Nicht vor jedem Zwischenruf und noch weniger vor den physischen Gewaltausbrüchen kann eine parteitaktische Reflexion der Kosten und Nutzen der Aktion gestanden haben. Der Choleriker in Kraft kam in der Hitze des Gefechts einfach häufig zum Vorschein und wenn die generelle strategische Marschroute dem noch zuträglich war, platzte es umso leichter aus ihm heraus.<sup>287</sup> Noch einen letzten Versuch unternahmen die Repräsentanten des demokratischen Rechtsstaats, den rechtsradikalen Lehrer aus dem badischen Bildungswesen zu entfernen. Am 27. April 1932 wurde Kraft unter Einbehaltung der Hälfte seiner Bezüge des Amtes entho-

---

<sup>285</sup> Schondelmaier, NSDAP, S. 94 f.

<sup>286</sup> StAF F 110/ 1, 781, Der Minister des Kultus und Unterrichts, Die Besetzung von Lehrerstellen vom 14. November 1930.

<sup>287</sup> Auch Parteifreund und Fraktionschef Köhler sah in Kraft einen Choleriker. StAW, Rep. 36/ 4298, Erinnerungen Walter Köhler, S. 93 und 126.

ben.<sup>288</sup> Anfang Juli wurde dann ein förmliches Dienststrafverfahren eingeleitet.<sup>289</sup> Das Verfahren nahm wohl nie einen ordentlichen Ausgang. Herbert Krafts Zeit als Lehrer wurde nach langem Ringen und etlichen Versuchen auf ganz andere Weise beendet. Der gerade vom neuen Reichskommissar für das Land Baden, Robert Wagner zum kommissarischen Kultusminister ernannte Nationalsozialist Otto Wacker bestellte seinen Parteigenossen Kraft am 11. März 1933 als Kommissar zur besonderen Verwendung ins Ministerium des Kultus und Unterrichts.<sup>290</sup>

### **2.2.5. Die „nationale Erhebung“ in Baden: beruflicher statt politischer Blitzaufstieg**

Während ihrer Jahre in der Opposition geißelten die Nationalsozialisten die angeblich praktizierte „Parteibuchwirtschaft“ in der Weimarer Republik ausdauernd. Nach der „Machtergreifung“ beeilte sich die neue Reichsregierung dann auch, ein „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ zu erlassen, das dem ausgemachten Missstand abhelfen sollte. Nicht nur, dass dieses Gesetz aber zur rechtlichen Grundlage für die rassistische und antisemitische Säuberung des öffentlichen Diensts wurde,<sup>291</sup> gleichzeitig zu dieser Gesetzgebung wurden zahlreiche Schlüsselposition der Verwaltung mit altgedienten Parteigenossen besetzt.

Zu einem dieser mit einem lukrativen Posten belohnten „Alten Kämpfer“ wurde auch Herbert Kraft. Als Kommissar z.b.V. wurde ihm bald die Abteilung für höhere Schulen im von den neuen Machthabern mit dem Justizressort vereinigten Ministerium für Kultus und Unterricht unterstellt.<sup>292</sup> Nachdem der vormalige Abteilungsleiter Dr. Eugen Thoma endgültig verdrängt wurde,<sup>293</sup> entschied man, Kraft ab August 1933 ohne Umwege direkt zum Ministerialrat zu befördern.<sup>294</sup> Ohne Frage ist der Karrieresprung, den Kraft im Jahr 1933 aufgrund seiner Parteizugehörigkeit machte, beachtlich. Doch dem aufmerksamen Betrachter müssen Zweifel kommen. Immerhin errichteten die Nationalsozialisten gerade

---

<sup>288</sup> StAF F 110/ 1, 781, Der Minister des Kultus und Unterrichts an die Landeshauptkasse, Buchhaltereie IX vom 29. April 1932.

<sup>289</sup> Ebd., Gymnasiumsdirektion Mannheim an das Kultusministerium vom 30. August 1932.

<sup>290</sup> Ebd., Der Minister des Kultus und Unterrichts an Kraft vom 11. März 1930.

<sup>291</sup> Deutsches Reichsgesetzblatt, Nr. 34, 7. April 1933, S. 175 f. Online unter: <http://ns-ministerien-bw.de/2014/12/gesetz-zur-wiederherstellung-des-berufsbeamtentums-vom-7-april-1933/>, zuletzt aufgerufen am 12. 12. 2016.

<sup>292</sup> StAF F 110/1, 781, Der Minister des Kultus und Unterrichts, Staatskommissar am 16. März 1933. Für kurze Zeit leitete Kraft auch die Abteilung D „Gewerbe- und Fachschulen“.

<sup>293</sup> Ebd., Der Minister des Kultus, Unterrichts und der Justiz, Abteilung Kultus und Unterricht, Staatskommissar an Kraft vom 29. April 1933

<sup>294</sup> Ebd., Der Minister des Kultus, Unterrichts und der Justiz, Abteilung Kultus und Unterricht, Staatskommissar an Kraft vom 9. Mai 1933.



eine Diktatur; Gauleiter und Reichskommissar Wagner hatte bei seinen personellen Entscheidungen quasi absolute Gestaltungsfreiheit. Da drängt sich die Frage auf, warum Kraft 1933 nicht Minister wurde. Sein akademischer Hintergrund, seine langjährige Erfahrung im Bildungssektor und seine Eigenschaft als Parteigenosse der ersten Stunde mit hervorragender parteiinterner Vernetzung in gleich zwei größeren badischen Städten hätten ihn als neuen Kultusministers eigentlich prädestiniert. Auch Walter Köhler, Vorsitzender der Landtagsfraktion und stellvertretender Gauleiter, sah in seiner Erinnerung Kraft als den natürlichen Favoriten auf das Amt und hielt fest: „Für das Kultusministerium wäre Prof. Kraft als alter PG und Professor kaum zu übergehen gewesen“.<sup>295</sup> Dass er doch übergangen wurde, kann verschiedene Gründe gehabt haben. Seine eigene Erklärung schon Köhler gleich hinterher: „Sein cholerasches Temperament einerseits und sein mangelndes Sitzfleisch andererseits hätten jedoch einer Berufung entgegengestanden. Außerdem war er als Präsident des Badischen Landtags vorgesehen, einer Sache, die ihm auf den Leib geschrieben schien“.<sup>296</sup> Obwohl seit dem erinnerten Zeitraum 44 Jahre bis zum Zeitpunkt der Niederschrift vergangen waren, sind diese Gegenargumente schlüssig. Köhler war an der entscheidenden Besprechung beteiligt<sup>297</sup> und diese Einwände könnten deshalb vom maßgeblich handelnden Akteur Wagner selbst stammen. Ein anderes Erklärungsmodell zielt auf Krafts eigene Ambitionen ab. „Nicht eindeutig machtpolitischer Natur“ seien diese nach Mohr gewesen<sup>298</sup> und auch Liese Kraft negiert entschieden, dass es ihr Vater je auf den Ministersessel abgesehen hatte. „Er hatte seine Hobbies und die waren ihm wichtig“, sagt sie kategorisch.<sup>299</sup> Tatsächlich war Kraft ein vielfältig interessierter Mann, doch die Glaubwürdigkeit dieser Quelle leidet unter dem jungen Alter der Zeitzeugin zum fraglichen Zeitpunkt. Nur kaum könnte eine 11-Jährige die politischen Postenverteilungskämpfe wirklich verstanden und richtig eingeordnet haben. Außerdem gab sie auch nachdrücklich zu verstehen, dass Herbert Kraft sich ihr gegenüber nie über Politisches oder Berufliches äußerte.<sup>300</sup> So ist es ziemlich gewiss, dass Liese Krafts Erinnerung davon bestimmt ist, dass sie zu einem späteren Zeitpunkt eine retrospektive Schilderung ihres Vaters aufschnappte. Dass Herbert Kraft dabei einer verpassten Chance nicht offen nachtrauerte und

---

<sup>295</sup> StAW, Rep. 36/ 4298, Erinnerungen Walter Köhler, S. 126.

<sup>296</sup> StAW, Rep. 36/ 4298, Erinnerungen Walter Köhler, S. 126.

<sup>297</sup> Vgl. ebd.

<sup>298</sup> Mohr, Kraft, S. 328.

<sup>299</sup> Persönliches Gespräch mit Liese Kraft am 20. November 2016.

<sup>300</sup> Ebd.

sich der stolze und eitle Mann<sup>301</sup> seiner Tochter gegenüber nicht in dem Sinne öffnete, dass er ihr erzählte, von seinen Kameraden einst ausmanövriert worden zu sein, ist einleuchtend. Vielmehr fand sich Kraft wohl später mit seiner Position ab und konstruierte auch vor sich selbst eine innere Zufriedenheit mit den Dingen. Dass er als Ministerialrat dann seine verschiedenen Hobbies als Nebenbeschäftigungen fortführen konnte, war vielleicht ein schöner Beigeschmack, die Freude an ihnen hätten aber 1933 sicher nicht zu einer Ablehnung des Ministeramts geführt. So kann auch Mohr seine Behauptung nicht durch Belege stützen. Stattdessen widerspricht seine These, Kraft sei an einem Regierungsamt desinteressiert gewesen, zum Teil auch seinen eigenen Befunden. Wenn er Kraft etwa – quellentechnisch fundiert – eine „gewisse Vorliebe für respektheischende Titel und eine[r] auffallende[n] Empfindlichkeit in Rangfragen“ bescheinigt,<sup>302</sup> liegt sich das mit einem angeblich fehlenden Machtbewusstsein über Kreuz, weisen Macht und Rang doch grundsätzlich eine enge semantische Verwandtschaftsbeziehung zueinander auf.

Bedenken wegen Krafts cholischer Ader mag Wagner gehabt haben, aber ob diese ihm, der selbst schon wegen seiner Gewaltbereitschaft im Rampenlicht stand, der in puncto Kraftausdrücken und heftiger Beleidigungen im Landtag, Kraft kaum in etwas nachstand und der jetzt mit quasi-diktatorischen Vollmachten ausgestattet über Baden zu regieren hatte, wirklich ein Ausschlusskriterium für die Ministerwürde sein konnte, ist fragwürdig. Krafts offensichtliche Eignung für das Präsidentenamt im Landtag dürfte da schon wichtiger gewesen sein. Ihn als Nachfolger des Präsidenten Duffner zu installieren, dessen Disziplinierungsmaßnahmen ihn häufiger als alle anderen trafen,<sup>303</sup> spielte der NS-Propaganda vortrefflich in die Hände. Kraft auf dem Präsidentenstuhl symbolisierte pointiert den Machtwechsel und die „neue Zeit“. Entscheidend kam eine für Krafts politische Karriere fatale Kontingenz hinzu: Mit Dr. Otto Wacker stand ein ernstzunehmender Alternativkandidat mit ähnlichen Qualifikationen zur Verfügung. Auch Wacker war Akademiker und verkörperte dies dank seines Dokortitels äußerlich wohl noch besser als Kraft. Er gehörte als Hauptschriftleiter der Parteizeitung *Der Führer* und Pressechef des Gaus Baden<sup>304</sup> ebenfalls zur höheren Parteiprominenz und im Gegensatz zu Kraft brachte er einen

---

<sup>301</sup> Als eitel charakterisierte Kraft nicht nur Klaus Linnenbach, der Sohn des Fachamtsleiters Fußball Hermann Linnenbach (zitiert nach Ebner, Krieg, S. 490, Anm. 83), sondern – auf Nachfrage, aber dafür umso bestimmter – auch Liese Kraft.

<sup>302</sup> Mohr, Kraft, S. 328.

<sup>303</sup> Kraft sammelte in einer Legislaturperiode „beinahe ein Dutzend Ordnungsrufe, vier Ausschlüsse von Landtagssitzungen, darunter zweimal für 60 Tage“, Merz, Kraft, S. 158.

<sup>304</sup> Zu weiterführenden Informationen über Wackers Tätigkeit in der in der Weimarer Republik siehe Syré, Ludger: Otto Wacker als Hauptschriftleiter des „Führer“ in der Weimarer Republik, 1. 2. 2016, in: Onlineportal Landesministerien. Online unter: <http://ns-ministerien-bw.de/2016/02/otto-wacker-als-hauptschriftleiter-des-fuehrer-in-der-weimarer-republik/>, zuletzt aufgerufen am 13. 12. 2016.

weiteren Vorteil mit: Als einziger Südbadener in der neuen Regierung erfüllte der Offenburger die regionalproportionalen Kriterien.<sup>305</sup> Auch der generationelle Aspekt kann schließlich auf Wagner mit eingewirkt haben. Die Männer, die Wagner zu Ministern machte, entwachsen sämtlich der Alterskohorte, die auch insgesamt den Kern der nationalsozialistischen Bewegung ausmachte, zwischen 1895 und 1905. Sie waren im Durchschnitt mehr als zehn Jahre jünger als Kraft, weshalb diesem auch die persönliche Nähe und der Zugang zu Wagner gefehlt haben könnte. Alle Faktoren werden in diesem Ursachengemisch ihren Anteil an Wagners Bevorzugung Wackers gehabt haben. Eine genauere, über Wahrscheinlichkeiten hinausgehende Gewichtung ist auf Basis der Quellen nicht mehr möglich.

Ebenso erklärungsbedürftig ist die sich automatisch stellende Anschlussfrage, warum Kraft dann, als natürlicher Anwärter auf den Ministerstuhl knapp gescheitert, nicht wenigstens Ministerialdirektor im Kultusministerium und somit leitender Beamter des Hauses wurde. Hierzu ist der Blick auf Paul Frank, der diese Stelle 1933 erhielt, naheliegend. Mutmaßlich hatte der neue Minister Wacker diese Personalentscheidung selbst getroffen.<sup>306</sup> Ein erkennbares Interesse, Frank zu protegieren, konnte nur er selbst gehabt haben. In seinem gerade noch ärgsten Konkurrenten um die Leitung des Ministeriums Herbert Kraft könnte er in der hervorgehobenen Stellung eines Ministerialdirektors einen gefährlichen Gegenspieler gesehen haben. Demnach gelangte Frank in Amt und Würden, damit Kraft als einer unter mehreren Abteilungsleitern klein gehalten wurde. Das persönliche Verhältnis zwischen Wacker und Kraft soll hierzu passend stark belastet gewesen sein.<sup>307</sup> Wahrscheinlich ist jedoch, dass die gegenseitigen Aversionen das Ergebnis der Ereignisse von 1933 waren und diese nicht schon mitbestimmt hatten. Jedoch wird die Gemengelage durch das Hinzutreten eines weiteren Akteurs verkompliziert. Karl Gärtner, der mit Kraft zusammen in einer der ersten Amtshandlungen von Wacker zum Kommissar z.b.V. ins Ministerium geholt wurde, fühlte sich wohl von Anfang an zu Höherem berufen. Zumindest haftete ihm unter seinen Kollegen der Ruf eines machtbewussten Beamten an, der

---

<sup>305</sup> StAW, Rep. 36/ 4298, Erinnerungen Walter Köhler, S. 126 f.

<sup>306</sup> Der neue Ministerpräsident Köhler wollte sich in solche in solche Fragen nie eingemischt haben. Wagner habe als Reichstatthalter in Personalfragen im Kultusministerium zwar gelegentlich interveniert, dass er dies aber im vorliegenden Fall getan hat, ist nicht bekannt, StAW, Rep. 36/ 4298, Erinnerungen Walter Köhler, S. 138.

<sup>307</sup> Liese Kraft sagte im persönlichen Gespräch am 20. 11. 2016 hierzu, „man ging sich aus dem Weg“. In einem Brief an Wagner beschwerte sich Wacker ferner 1934 über Krafts Eigenmächtigkeiten, Der Minister des Kultus und Unterrichts an Reichsstatthalter Wagner vom 28. Februar 1934, abgedruckt in: Merz, Hans-Georg: Beamtentum im nationalsozialistischen Staat – Der „Fall“ Leo Wohleb, in: Zeitschrift des Breisgau-Geschichtsvereins „Schau-ins-Land“, 103 (1984), S. 131–148, hier S. 143.

gewieft bis intrigant sein berufliches Vorankommen forcierte. Der ehemalige Oberregierungsrat Michael Walter schrieb Paul Frank 1947:

„Nach altem Recht und Brauch hätte Kraft bei der Machtübernahme Ministerialdirektor werden müssen, aber Gärtner erstrebte diese Position. Er war aber schlau genug zu erkennen, dass es 1933 nicht möglich sei, Kraft einfach bei Seite zu schieben. So verfiel er auf den Plan, einen anderen Pg. einzusetzen, der altershalber in einigen Jahren, wenn seine eigene Position genügend gesichert, abgehen würde. So wurdest du Platzhalter für Gärtner“.<sup>308</sup>

Als Frank 1939 pensioniert wurde, schien Gärtners Idee haargenau aufzugehen und er rückte als Ministerialdirektor nach. Inzwischen führte an ihm als Gauführer des NSLB kein Weg mehr vorbei. Wenn Gärtner wirklich so planmäßig vorgegangen war, kann es nicht überraschen, dass er Kraft, der von Köhler als gutherzig aber ohne politischen Realitätssinn beschrieben wird,<sup>309</sup> auf diese Weise kaltgestellt hat.

Entschädigt wurde Kraft von beiden Männern, die seine politische Karriere vorerst beendet hatten, auf unterschiedliche Art. Wacker beglich die politische Zurücksetzung in Reichsmark. Erst veranlasste er die sofortige Aufhebung und Rückzahlung alter Geldstrafen aus der Zeit der Republik,<sup>310</sup> dann entschied er, Kraft ohne den Umweg als Oberregierungsrat zum finanziell deutlich bessergestellten<sup>311</sup> Ministerialrat zu machen.<sup>312</sup> Es folgte die bereitwillige Gewährung eines Gehaltsvorschusses über 600 RM<sup>313</sup> und endlich setzte er das Besoldungsdienstalter Krafts Anfang 1934 vom 1.8.1933 auf den 1.8.1931 zurück, um so dessen sich angeblich nur minimal von seinem frühen Verdienst als Lehrer abhebendes Gehalt aufzubessern.<sup>314</sup> Nun standen Kraft monatlich brutto 732 statt 660 Reichsmark zur Verfügung.<sup>315</sup> Wagner seinerseits ließ Kraft seinem ursprünglichen Plan folgend am 16. Mai 1933 bei der ersten Zusammenkunft des neu nach dem Ergebnis der Reichstagswahl und somit verfassungswidrig zusammengesetzten Landtags<sup>316</sup> von der Mehrheit der Abgeordneten zum Präsidenten des Hauses wählen.<sup>317</sup> So gelangte Kraft in das formal

---

<sup>308</sup> GLA, 465 h/ 54621, Spruchkammerakte Paul Frank, Michael Walter an Paul Frank vom 3. April 1947.

<sup>309</sup> StAW, Rep. 36/ 4298, Erinnerungen Walter Köhler, S. 125.

<sup>310</sup> StAF F 110/ 1, 781, Der Minister des Kultus und Unterrichts, Staatskommissar an die Landeshauptkasse, Buchhalt. IX vom 15. März 1933.

<sup>311</sup> Vgl. für das Einkommen von Oberregierungsräten und Ministerialräten im badischen Kultusministerium um 1933, kurz vor Krafts Dienstantritt in der Behörde, GLA 237/ 28633, Handakten Voelkels.

<sup>312</sup> StAF F 110/ 1, 781, Der Minister des Kultus, Unterrichts und der Justiz, Abt. Kultus und Unterricht vom 9. Mai 1933.

<sup>313</sup> Ebd., Der Minister des Kultus, Unterrichts und der Justiz, Abt. Kultus und Unterricht an die Landeshauptkasse, Buchh. IX vom 12. Juli 1933.

<sup>314</sup> Ebd., Der Minister des Kultus, Unterrichts und der Justiz, Abteilung Kultus und Unterricht an den Herrn Finanz- und Wirtschaftsminister vom 8. Januar 1934.

<sup>315</sup> Ebd., Der Minister des Kultus, Unterrichts und der Justiz, Abteilung Kultus und Unterricht, Anweisung an die Landeshauptkasse (Buchhalt. IX) vom 27. Januar 1934.

<sup>316</sup> Nach dem „Vorläufigen Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich“. Deutsches Reichsgesetzblatt Nr. 29 vom 2. April 1933.

<sup>317</sup> GLA 231/ 3397, Badischer Landtag, Politik, Jahr 1933, *Der Führer* Nr. 135 vom 17. Mai 1933.

höchste Staatsamt seines Lebens. Gestaltungsmacht war mit der Aufgabe nicht verbunden. Kraft führte lediglich die aus Berlin angeordnete Auflösung der badischen Volksvertretung an vorderster Front aus. Als Kraft die Versammlung am 9. Juni das erste Mal nach seiner Wahl leitete, beschloss der Landtag das badische Ermächtigungsgesetz, welches das parlamentarische System im Staat endgültig abschaffte.<sup>318</sup> Nach diesem Tag blieben die Pforten des Ständehauses für immer geschlossen. Am 14. Oktober erfolgte mit der formellen Auflösung der Schlussakt dieser Geschichte.<sup>319</sup>

Ob Kraft das Amt des Landtagspräsidenten anstrebte, als sich die Machtübernahme der Nationalsozialisten abzeichnete, ist nicht bekannt. Eine derartige Absicht hätte einen Verzicht auf ein Regierungsamt bedeuten müssen, dass in der nationalsozialistischen Staatsideologie wesentlich höher zu schätzen ist. Dass seine Zeit als Vorsitzender des Landtags von kurzer Dauer sein würde, musste Kraft klar sein. Er kannte die Einstellung der Partei zum Parlamentarismus und vertrat sie selbst wiederholt und leidenschaftlich. So unterwickelt konnte sein „politischer Realitätssinn“ gar nicht gewesen sein, als dass er eine baldige Schließung des Länderparlaments nicht geahnt hätte. Obwohl eine gewisse Nähe Krafts zu der Institution zutreffen mag,<sup>320</sup> musste er sich über die Perspektivlosigkeit des Hauses doch im Klaren gewesen sein.

Erwähnenswert ist zuletzt das nicht anders als zynisch zu bezeichnende Gebaren, das Kraft bei seinem Amtsantritt an den Tag legte. Der Mann, der vier Jahre lang verbissen daran gearbeitet hatte, das Ansehen des Parlaments durch plumpe persönliche Beschimpfungen, infame Diffamierungen und Faustschläge herunterzuziehen, beklagte nun „das geistige Niveau des Badischen Landtags, das in den letzten Jahren erschreckend tief war und in dauernden persönlichen Angriffen und gehässigen Heruntersetzungen [...] zum Ausdruck kam“. Wenn Kraft dann dafür bürgte, derjenige zu sein, der „solche unwürdigen Szenen, wie sie sich in diesem Rondell in den letzten Jahren abgespielt haben,“ zukünftig zu verhindern, machte sich der Bock selbst zum Gärtner.<sup>321</sup> Die himmelschreiende Doppelmoral dieser Tage wird ebenfalls an einem Beispiel Krafts glänzend illustriert: Der Ab-

---

<sup>318</sup> Badisches Gesetz- und Verordnungsblatt Nr. 39, 16. Juni 1933. Online unter: <http://digital.blb-karlsruhe.de/blbihd/periodical/pageview/982323>, zuletzt aufgerufen am 13. 12. 2016.

<sup>319</sup> GLA 231/ 3397, Direktor des Badischen Landtags an die Mitglieder vom 19. Oktober 1933: „Durch die Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 14. Oktober 1933 wurde der Landtag aufgelöst. Gemäß § 11 des Vorläufigen Gesetzes zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich vom 31. März 1933 (RGBl. I S. 153) bewirkt die Auflösung des Reichstags ohne weiteres die Auflösung der Volksvertretungen der Länder. Somit gilt mit dem 14. Oktober d. Mts. der Badische Landtag als aufgelöst“.

<sup>320</sup> So war Kraft nach der aus nationalsozialistischer Sicht gewonnenen Reichstagswahl vom 5. März führend, als es darum ging, im Auftrag der Gauleitung im Landtag die Hakenkreuzfahne zu hissen, vgl. GLA 231/ 3397, Bericht des Landtagsdirektors vom 6. März 1933.

<sup>321</sup> Protokolle des Badischen Landtags, 1. Sitzung, 16. Mai 1933, Sp. 12.

geordnete, der in der Opposition den Minister Dr. Remmele noch wegen seines „Benehmen[s] [...] einem politisch Andersdenkenden gegenüber“ anklagte,<sup>322</sup> ließ sich gut drei Jahre später in einer feierlichen Zeremonie zum neuen Parlamentspräsidenten wählen, während zur selben Zeit Adam Remmele und einige andere Sozialdemokraten vor dem Gebäude von den NS-Schergen auf Lastwagen gedrängt und gedemütigt von johlenden Massen ins neu errichtete KZ-Kislau verschleppt wurden.<sup>323</sup>

### **2.3. Standort, Handeln und Wirken Krafts im NS-Herrschaftssystem**

Als die Nationalsozialisten ihre Herrschaft 1933/34 konsolidiert hatten, war auch Krafts neue Rolle festgelegt. Seine parlamentarische Repräsentationsfunktion hatte sich als kurzlebig entpuppt, für den großen Karrieresprung in Spitzenpositionen der Badischen Regierung hatte es nicht gereicht und auch den Kampf um das Büro des höchsten badischen Kultusbeamten hatte Kraft verloren. Nichtsdestoweniger brachte der politische Umsturz von 1933 Kraft die Berufung zum Ministerialrat und die Leitung der Abteilung „Höhere Schulen“ im badischen Unterrichtsministerium und somit einen bemerkenswerten beruflichen Aufstieg ein. Kraft sollte diese Stellung bis zum Untergang des „Dritten Reichs“ behalten.

Im ersten Abschnitt des folgenden Kapitels zu Herbert Kraft in der Zeit des Nationalsozialismus sollen deshalb Krafts Aufgabengebiete, seine Handlungsspielräume und die bevorzugten Entscheidungsmuster im Rahmen seines Hauptberufes nachvollzogen werden. In einem zweiten Schritt wird dann Krafts Wirken für das NS-Regime im Kontext der zahlreichen ehren- und nebenamtlichen Funktionen untersucht, die Kraft mit der Zeit übernahm. Das letzte Unterkapitel beschäftigt sich mit Krafts Leben in Straßburg, wohin sich sein Arbeitsplatz nach der deutschen Annexion des Elsass verlagerte.

Die drei Teilabschnitte liefern eine Darstellung der zwölf Jahre aus Krafts Leben, während der er als NSDAP-Mitglied und Bürokrat zur dezidiert staatstragenden Schicht in Deutschland gehörte, und für die deshalb angenommen werden kann, dass seine Einflussmöglichkeiten auf das Gemeinwesen größer waren denn je. Das folgende Kapitel zeigt, wo es die überlieferten Einzelfälle zulassen, wie es um diese Einflussmöglichkeiten im Einzelnen tatsächlich bestellt war. Es fragt demnach zentral nach dem genauen Standort Herbert Krafts innerhalb des nationalsozialistischen Staatsapparats beziehungsweise präziser in-

---

<sup>322</sup> Ebd., 48. Sitzung, 27. März 1930, Sp. 2582.

<sup>323</sup> Vgl. Schwarzmeier, Hansmartin: Der badische Landtag, in: Von der Ständeversammlung zum demokratischen Parlament. Die Geschichte der Volksvertretungen in Baden-Württemberg, Stuttgart 1982, S. 224–245, hier S. 243.

nerhalb der badischen Landesverwaltung. Außerdem sollen Handlungsziele und das für eine historisch-moralische Beurteilung des Protagonisten dieser Arbeit letztlich entscheidende konkrete Verhalten im Dienst vorgeführt werden. Damit steht nicht weniger als die Frage, inwiefern es im Fall Kraft zwischen 1933 und 1945 zu einer „Mitarbeit am Werk des Führers“ kam, im Mittelpunkt des Kapitels.

### **2.3.1. Ministerialrat und Abteilungsleiter im Kultusministerium**

Die Aufgaben- und Zuständigkeitsbereiche der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Badischen Ministerium des Kultus, Unterrichts und der Justiz<sup>324</sup> wurden 1933 in einer Bestimmung des neuen Ministers klar geregelt. Demzufolge stand Kraft als Leiter der Abteilung „Höhere Schulen“ unmittelbar fünf Referenten vor. Speziell war er zuständig für die Fächer Englisch, Französisch und Sport, was seinen Erfahrungen entsprach. Als Abteilungsleiter zeichnete er aber darüber hinaus „für alle Geschäfte, die [seine] Abteilung betreffen, voll verantwortlich.“ Somit gestaltete Kraft maßgeblich die Lehrpläne und Prüfungsordnungen an allen badischen Gymnasien, Realgymnasien, Oberrealschulen und Realschulen, er organisierte die Fortbildung der Lehrkräfte, den Vorbereitungsdienst der Lehramtsreferendare und entschied über die Aufnahme oder Ablehnung von Schülerinnen und Schülern und nicht zuletzt über die Besetzung von Lehrerstellen.<sup>325</sup> Diese Kompetenzen weisen auf weitgehende Einflussmöglichkeiten hin und nicht zu Unrecht konstatiert Mohr, Kraft habe „innerhalb der Kultusbürokratie eine Schlüsselstellung“ innegehabt.<sup>326</sup> Man könnte diesen Befund sogar zu der Aussage zuspitzen, dass Kraft im Bereich der Verwaltung weiterführender Schulen die wichtigste Person im Land Baden darstellte. Soweit die normative Vorschrift. In der Verwaltungspraxis scheint Kraft seine Befugnisse nicht nur wahrgenommen, sondern sogar noch darüberhinausgehend aktiv geworden zu sein. In einem Schreiben Wackers an Wagner beschwerte sich Krafts Vorgesetzter indirekt

---

<sup>324</sup> Nach der Entlassung des bei Wagner in Ungnade gefallenem kommissarischen Justizministers Rupp wurde das Justizressort dem Kultus- und Unterrichtsministerium zugeschlagen, das sich fortan in zwei Abteilungen gliederte. Die Abteilung für Kultus- und Unterricht blieb von der neuen Justizabteilung aber – auch räumlich – klar getrennt, bis die Justizverwaltung am 1. 1. 1935 ans Reich übergang. Der Einfachheit halber und weil die Angliederung der Justizreferate ohne praktische Auswirkungen auf die Arbeit der Kultusbürokratie blieb, werden im Folgenden die Bezeichnungen „Ministerium des Kultus und Unterrichts“, „Kultusministerium“ oder „Unterrichtsministerium“ durchgängig verwendet. Vgl. für eine fundierte und ansprechend aufbereitete Chronik der Ereignisse 1933–1945 für Baden und das Elsass: Onlineportal Landesministerien. Online unter: <http://ns-ministerien-bw.de/ns-ministerien/baden/chronik-1933-1945/>, zuletzt aufgerufen am 23. 12. 2016. Zur räumlichen Trennung der beiden ministerialen Abteilungen siehe: Ebd., Standorte der Badischen Ministerien in Karlsruhe. Online unter: <http://ns-ministerien-bw.de/ns-ministerien/baden/standorte/>, zuletzt aufgerufen am 13. 12. 2016.

<sup>325</sup> GLA 235/ 35724, Der Minister des Kultus und Unterrichts, Staatskommissar bezüglich der Neuregelung hinsichtlich der Besorgung der Dienstgeschäfte am 25. April 1933.

<sup>326</sup> Mohr, Kraft, S. 328.

beim Reichsstatthalter über die Alleingänge seines Ministerialrats. Kraft hatte zuvor mit dem Führer der badischen Hitlerjugend und wohl auch weiteren Parteidienststellen über einen bereits ergangenen Erlass des Ministers bezüglich eines geregelten Verhältnisses zwischen der Hitlerjugend und der Schulverwaltung nachverhandelt, ohne von Wacker beauftragt worden zu sein oder ihn in Kenntnis zu setzen.<sup>327</sup> Der Vorfall ist in dreierlei Hinsicht aufschlussreich. Erstens in Bezug auf Krafts Eigenmächtigkeiten. Natürlich wird zunächst nur über eine einmalige Verhaltensweise berichtet. Doch dass sich der Mann, der erstens aus dem politischen Betrieb und zweitens als Lehrer aus der beruflichen Praxis kam, nicht immer sklavisch und ehrfürchtig an bürokratische Abläufe und vorgeschriebene Dienstwege hielt, könnte keine große Verwunderung auslösen. So wäre es nicht überraschend, wenn der Vorgang exemplarisch für mehrere ähnliche gelagerte Vorgehensweisen des Ministerialrats stünde. Dass sich Kraft solche Kompetenzüberschreitungen, wenn sie sich im Rahmen hielten, zuweilen leisten konnte, mag mit seinem öffentlichen Bekanntheitsgrad und seinem Rückhalt in der Partei zusammenhängen.

Zweitens lässt sich an dem Fall eine typische Begrenzung ministerialbehördlicher Handlungsspielräume illustrieren. Als die Verhandlungen bis auf wenige Formulierungen zu einem Abschluss gelangt waren, machte das Reichsministerium des Innern verbindlich umzusetzende Richtlinien über das Verhältnis von Schule und Hitlerjugend bekannt, die Krafts Bemühungen zunichtemachten. Dass sich die Reichsrichtlinien und Krafts Entwurf in diesem Fall wohl kaum unterschieden,<sup>328</sup> war ein Zufall. Rebutisch stellt in seiner Darstellung der inneren Verwaltung des NS-Staats fest, dass „bis zum Ende des Dritten Reichs dem Verwaltungsgefüge der Charakter des Unfertigen und Vorläufigen anhing und die Behörden gewissermaßen im permanenten Ausnahmezustand arbeiteten“.<sup>329</sup> An anderer Stelle befindet er eine nie gelöste „Spannung zwischen Staatszentrismus und Partikulargewalt“.<sup>330</sup> Beides begründete die generellen Schwierigkeiten für die alltägliche Arbeit der Landesverwaltung und das von Wacker geschilderte Szenario ist dafür ein idealtypisches Beispiel.

Drittens sprach Wacker im Brief dem Gauleiter und Reichsstatthalter gegenüber an, dass Kraft aktiv geworden sei, als ihm „gewisse Mißstände“ über das Verhältnis der Hitlerjugend zur Schule zugetragen worden seien.<sup>331</sup> Diese Bemerkung macht auf eine Tatsache

---

<sup>327</sup> Der Minister des Kultus und Unterrichts an Reichsstatthalter Wagner vom 28. Februar 1934, abgedruckt in: Merz, *Beamtentum* S. 143.

<sup>328</sup> S.o., Anm. 307.

<sup>329</sup> Rebutisch, *Verwaltung*, S. 733.

<sup>330</sup> Ebd., S. 747.

<sup>331</sup> S. o., Anm. 307.



aufmerksam, die nicht nur elementar für Krafts Arbeit im Ministerium war, sondern für seine Verortung im Gefüge des nationalsozialistischen Systems in Baden von wesentlicher Bedeutung ist: seine Bindegliedfunktion im „schwer durchschaubaren Beziehungssystem[s] von Partei- und Staatsämtern“.<sup>332</sup> Schon Walter Köhler hielt in seinen Lebenserinnerungen 1977 fest, Kraft sei nach 1933 „zu einer Art Klagemauer“ geworden und führte dies auf dessen außerordentliche Hilfsbereitschaft zurück.<sup>333</sup> Tatsächlich ist klar, dass an Kraft „zumindest zeitweilig Protektionswünsche in größerer Zahl [...] herangetragen wurden“.<sup>334</sup> Dies beweist die zufällig überlieferte Privatkorrespondenz Krafts aus dem Jahr 1938. Auf über 300 Seiten umfasst sie eine beträchtliche Anzahl an Bittbriefen und Hilfesuchen.<sup>335</sup> An Krafts Reaktionen stellt sich naturgemäß die Frage, ob die von Köhler attestierte Hilfsbereitschaft Parteigenossen gegenüber in Amtsmissbrauch durch die Patronage alter Weggefährten umschlagen konnte. Bei einer differenzierten Analyse geben die Quellen das Bild eines korrupten Ministerialbeamten aber nicht ohne Weiteres her. Einmal half Kraft dem „mir aus der Kampfzeit in Pforzheim bekannte[n]“ Heinrich Bühler, indem er dem Generalstaatsanwalt in Karlsruhe ein Gnadengesuch für den wegen Diebstahls inhaftierten Vater des Mannes übermittelte. Kraft war bei der Weiterleitung gerne hilfreich, er betonte in dem Schreiben jedoch ausdrücklich, „zu dem Inhalt des Gesuchs [...] nicht Stellung nehmen“ zu wollen, da ihm „der Fall des Christian Bühler völlig unbekannt ist“.<sup>336</sup> Auch nachdem die Untersuchungen des zuständigen Oberstaatsanwalts „keinerlei Anhaltspunkte für eine [...] mildere Beurteilung der Straftat“ ergeben hatten,<sup>337</sup> gab Kraft dieses Urteil ohne weitere Einmischungsversuche weiter.<sup>338</sup> Kraft nahm sich der Sache eines alten Freundes an. Dazu nutzte er seine Kontakte und die Tatsache, dass er sich mit dem Briefpapier des Reichstagsabgeordneten an den Generalstaatsanwalt wendete, dürfte ein erneutes Aufrollen des Falles überhaupt erst erwirkt haben. Auch die vom Oberstaatsanwalt bekundete Absicht, bei guter Führung des Sträflings die letzten drei Monate der Haft aussetzen zu lassen,<sup>339</sup> könnte Krafts gutem Namen zu verdanken gewesen sein. Kraft machte aber zu keinem Zeitpunkt Anstalten einer unlauteren Einflussnahme auf die

---

<sup>332</sup> Engehausen, Frank: Die Landesministerien im nationalsozialistischen Patronagegeflecht. Der Karlsruher Ministerialrat Herbert Kraft als Ansprechpartner für Wünsche von Parteigenossen, 7. Januar 2015, in: Onlineportal Landesministerien. Online unter: <http://ns-ministerien-bw.de/2015/01/die-landesministerien-im-nationalsozialistischen-patronagegeflecht/>, zuletzt aufgerufen am 14. 12. 2016.

<sup>333</sup> StAW, Rep. 36/ 4298, Erinnerungen Walter Köhler, S. 92.

<sup>334</sup> Engehausen, Patronagegeflecht.

<sup>335</sup> GLA 235/ 38160, Privater Schriftwechsel des Ministerialrats und Reichstagsabgeordneten Kraft, 1938.

<sup>336</sup> Ebd., Kraft an den Generalstaatsanwalt vom 22. Dezember 1937.

<sup>337</sup> Ebd., Der Generalstaatsanwalt an Kraft vom 10. Februar 1938.

<sup>338</sup> Ebd., Kraft an Ludwig Lang vom 18. Februar 1938. Lang, Stadtrat in Pforzheim, hatte in der Angelegenheit vermittelt.

<sup>339</sup> Ebd., Der Generalstaatsanwalt an Kraft vom 10. Februar 1938.

Judikative. In einem anderen Fall weist Krafts Verhalten sehr starke Gemeinsamkeiten zu seinem Einsatz für Heinrich Bühler auf. Kraft half der Verlobten eines entfernten früheren Bekannten, indem er ihrem Wunsch entsprechend wiederum beim Generalstaatsanwalt nachhakte, auf welcher Grundlage ihr Bräutigam im Gefängnis sei.<sup>340</sup> Auf ihre daran anschließende Bitte, ihren Bräutigam „aus der Haft zu befreien“,<sup>341</sup> zeigte Kraft keine Reaktion, nachdem er erfahren hatte, dass der Häftling, um den es ging, wegen „Darlehensbetrug, Zechbetrug und Scheckswindel“ einsaß. Kraft half also auch hier durch die Weitergabe von Informationen, an welche die Frau bei vorherigen eigenen Versuchen nicht gekommen war.<sup>342</sup> Die Bereitschaft zu darüberhinausgehenden Eingriffen zugunsten von (Partei)-Freunden, die einem gesunden Rechtsempfinden oder der klassischen Beamtenethik widersprochen hätten, scheint er nicht gehabt zu haben.

Ähnlich korrekt fiel Krafts Antwort an Reinhard Keymer aus, bei dem es sich mutmaßlich um einen ehemaligen Schüler handelte, da er Kraft immer wieder mit „Herr Professor“ ansprach. Dieser wollte ohne Abitur ein Apothekerstudium aufnehmen und bat um Krafts Hilfe.<sup>343</sup> Eine solche unbegründete Bevorzugung kam aber für Kraft nicht in Frage. Er erklärte förmlich, dass ein Apothekerstudium grundsätzlich nur „Personen mit Reifezeugnis“ offenstehe.<sup>344</sup> Konsequenterweise lehnte Kraft eine allzu offensichtliche Günstlingswirtschaft auch ab, als er von einer alten Parteigenossin aus Mannheim im Auftrag ihres Bruders nach möglichen Themen einer Abiturprüfung gefragt wurde.<sup>345</sup> Zwar machte er sich freundlicherweise die Mühe, sich über die bisherigen Leistungen des Abiturienten zu erkundigen, erklärte dann aber bestimmt, die Prüfung nicht beeinflussen zu können, „da ein anderer Kommissar dafür bestimmt ist.“ Dann schob er noch hinterher, dass er, selbst wenn die Dinge anders lägen, „natürlich ganz unparteiisch handeln“ müsste.<sup>346</sup> Häufig wurde Kraft auch um die Vermittlung von Arbeitsstellen gebeten oder in Beförderungsangelegenheiten angeschrieben. Dass es ihm dabei in bestimmten Fällen möglich war, auch ohne formal zuständig zu sein, über sein Netzwerk erhebliche Vorteile für seine Bittsteller herauszuholen oder gewisse Schützlinge zu fördern, zeigt der Fall des Kriminalkommissars Richard Schwab. Dieser sah sich selbst offensichtlich schon vor dem Machtwechsel

---

<sup>340</sup> GLA 235/ 38160, Privater Schriftwechsel des Ministerialrats und Reichstagsabgeordneten Kraft, 1938, Wilhelm Neck, Gerichtsassessor beim Generalstaatsanwalt an Kraft vom 18. Mai 1938.

<sup>341</sup> Ebd., Elfriede Walter an Kraft vom 26. Februar 1938.

<sup>342</sup> GLA 235/ 38160, Privater Schriftwechsel des Ministerialrats und Reichstagsabgeordneten Kraft, 1938, Elfriede Walter an Kraft vom 26. Februar 1938.

<sup>343</sup> GLA 235/ 38160, Reinhard Keymer an Kraft vom 17. März 1938.

<sup>344</sup> Ebd., Kraft an Keymer vom 21. März 1938.

<sup>345</sup> Ebd., Gustel Sassen an Kraft vom 30. Januar 1938.

<sup>346</sup> Ebd., Kraft an Gustel Sassen vom 18. Februar 1938.

auf der Seite der Nationalsozialisten stehend und zeigte sich nun tief enttäuscht darüber, dass seine Beförderung zum Kriminalrat offensichtlich von einer unbekanntem Stelle im Innenministerium seit Längerem blockiert wurde.<sup>347</sup> Kraft bürgte für Schwabs Gesinnungsfestigkeit, holte die Gauleitung mit ins Boot<sup>348</sup> und wenig später konnte er dem „Herrn Kriminalrat Schwab“ zu seiner ins Werk gesetzten Beförderung gratulieren.<sup>349</sup> Die Masse der überlieferten Schriftwechsel zeigt jedoch, dass er zu solchen Unterstützungen nur in bestimmten Fällen bereit war. „Einer der besten Gewichtheber Badens“ wollte von Kraft, als Gaubeauftragter des Reichssportführers, eine neue berufliche Wirkungsstätte vermittelt bekommen, die ihn körperlich weniger in Anspruch nehmen sollte, damit er seine ganze physische Stärke in sein Training stecken könne.<sup>350</sup> Kraft gab schmallippig zu verstehen, dass er sich in die Angelegenheiten des Arbeitsamts nicht einmischen könne.<sup>351</sup> Dass der abschlägige Bescheid des Gausportführers Ausfluss der Vermutung war, der Antragsteller bringe die Befähigung zum geistigen Arbeiten nicht mit, ist unwahrscheinlich, obwohl Kraft ironischen Humor bewies, als er dem ihm anscheinend unbekanntem Gewichtheber im Satz „[...] ich bin Intelligent genug um auch eine andere Stellung zu begleiten“, die beiden orthographischen Fehler anstrich.<sup>352</sup> Vielmehr dürfte die unterlassene Hilfe in der Lächerlichkeit des Anliegens begründet gewesen sein. Vielleicht auch in der persönlichen Unbekanntheit oder dem Verzicht auf die Geltendmachung nennenswerter Dienste für die nationalsozialistische Partei des Sportlers. Dass Kraft nämlich durchaus bemüht war, bekannte Parteigenossen in Arbeit zu bringen, dokumentiert sein Engagement für den alten Kampfgefährten Heinrich Kling, dem er eine Stelle in der Pforzheimer Stadtverwaltung verschaffen wollte und hierzu ein Gespräch mit dem dortigen Oberbürgermeister führte.<sup>353</sup>

Über Krafts genuin dienstliches Verhalten ist wenig bekannt. Aufgrund der unbefriedigenden Überlieferungssituation können nur vereinzelt und verstreut aufgefundene Hinweise ausgewertet werden, über deren Repräsentanz sich schwerlich urteilen lässt. Im Juli 1938 wendete sich das Personalamt der Gauleitung an seine Abteilung und setzte sich für die Parteigenossin, BDM-Führerin und Lehramtsassessorin Lotte Behm ein. Deren Gesuch um eine Übernahme in den badischen höheren Schuldienst wurde von der Parteistelle in

---

<sup>347</sup> Ebd., Richard Schwab an Kraft vom 8. April 1938.

<sup>348</sup> Ebd., Kraft an Herrn Gauinspekteur Brust, Gauleitung der NSDAP Baden vom 8. April 1938.

<sup>349</sup> Ebd., Kraft an Schwab vom 24. August 1938.

<sup>350</sup> GLA 235/ 38160, Karl Wieland an Kraft vom 16. Januar 1938.

<sup>351</sup> Ebd., Kraft an Wieland vom 25. Januar 1938.

<sup>352</sup> Ebd.

<sup>353</sup> Ebd., Kraft an Kling vom 12. Januar 1938.

forderndem Ton befürwortet.<sup>354</sup> Kraft ließ sich davon jedoch nicht beeindrucken. In einem Aktenvermerk hielt der „Referent B1“ die Gründe für seine Ablehnung der Kandidatin fest. Aus „grundsätzlichen Erwägungen“ sei eine bevorzugte Behandlung Fräulein Behms, deren Staatsprüfungen schwach gewesen seien, die sich für den Volks- und Handelsschuldienst, für den sie nach ihren Leistungen alles andere als überqualifiziert sei, offenbar zu schade war und die dann bei ihrem Versuch, als Turnlehrerin in den höheren Schuldienst zu gelangen, wieder über eine dürftige Prüfungsleistung nicht hinauskam, unmöglich.<sup>355</sup> In einem Brief an die offenbar als aufdringlich bekannte Behm setzte Kraft sich „das letzte Mal“ mit ihr auseinander und führte seine „grundsätzlichen Erwägungen“ näher aus. Eine gerechte Amtsausübung den leistungsstärkeren Kolleginnen und Kollegen gegenüber verbiete ihm, ihr die von der Partei geforderte Sonderbehandlung zu gewähren.<sup>356</sup> Auch in diesem Einzelfall verweigerte sich Kraft also der Beteiligung an einer ins Auge springenden Parteibuchwirtschaft. Der verantwortungsbewusste Staatsdiener schien sich in diesem Fall gegen den Parteimann in Kraft durchgesetzt zu haben. Das Leistungsprinzip schien die Parteiloyalität zumindest dort zu überwiegen, wo sich Kraft mit in seinen Augen besonders unverschämten Versuchen konfrontiert sah, eine Bevorzugung zu erreichen. Ganz im Sinne der nationalsozialistischen Ideologie wiederum arbeitete Kraft 1935 an einer Implementierung der Luftfahrt Ausbildung an badischen Schulen.<sup>357</sup> Dadurch trieb Kraft aktiv eine Militarisierung der Schulausbildung voran, welche die Reichsregierung im Zusammenhang mit ihrer Kriegsvorbereitung anstrebte. Kraft war für diese Aufgabe bestens geeignet, denn seine Verbindungen in den Deutschen Luftsportverband, die er als ehemaliger Fliegeroffizier und Angehöriger der Luftwaffe hatte, erleichterten ihm den Kontakt zu seinen Ansprechpartnern. Zudem brachte er das sicherlich zusätzlich hilfreiche Fachwissen mit.

1936 und 1937 war Kraft daran beteiligt, im Auftrag des Ministeriums eine Reduzierung des Religionsunterrichts umzusetzen.<sup>358</sup> Das Reichserziehungsministerium hatte wohl verbindliche Vorgaben gegeben,<sup>359</sup> sodass ein großer Handlungsspielraum Krafts nicht wahr-

---

<sup>354</sup> GLA 235/ 13301, Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, Gauleitung Baden an das Kultusministerium vom 3. Juli 1938.

<sup>355</sup> Ebd., Der Minister des Kultus und Unterrichts, Aktenvermerk vom 8. August 1938.

<sup>356</sup> GLA 235/ 13301, Kraft an Lotte Behm vom 26. September 1938.

<sup>357</sup> GLA 235/ 19694, Förderung der Luftfahrt in den Schulen, Kraft an den Fliegerkommandanten der Fliegerlandesgruppe XV vom 7. Mai 1935; Fliegerlandesgruppe IX des Deutschen Luftsport-Verbandes an den Badischen Minister für Kultus und Unterricht vom 3. Mai 1935.

<sup>358</sup> EAFR B2-19/ 54, Generalia Erzbistum Freiburg, Erziehung und Unterricht, Höhere Lehranstalten (Mittelschulen), Religionsunterricht.

<sup>359</sup> Ebd., Der Minister des Kultus und Unterrichts i.A. Kraft an das Erzbischöfliche Ordinariat vom 7. April 1937.

scheinlich ist. Der Katholik Herbert Kraft scheint sich dem obersten Hirten des Landes Baden, den er nie persönlich traf, trotz sich zuwiderlaufender Interessen in ihrem Briefverkehr und bei Telefonaten jedoch respektvoll verhalten zu haben. Dahin deutet ein Empfehlungsschreiben des Erzbischofs, das dieser den französischen Militärbehörden im Dezember 1945 zustellte, um Krafts Freilassung aus der Internierungshaft herbeizuführen.<sup>360</sup> Auch wenn der Metropolit Gröber wegen seines ambivalenten Verhaltens in der NS-Zeit eine, um das Mindeste zu sagen, schillernde Figur war, er mit der Ausstellung von „Persilscheinen“ nach dem Krieg nicht sparte<sup>361</sup> und zur „sog. Säuberung“ eine generell ablehnende Haltung entwickelte,<sup>362</sup> hätte er sich für die Freilassung Krafts wohl nicht eingesetzt, wenn dieser ihm nicht ein Mindestmaß an Ehrerbietung und Anstand entgegengebracht hätte. Auch dass Kraft demselben Schreiben zufolge von seiner Tätigkeit als ministerialer Prüfer an kirchlichen Privatschulen her in katholischen Kreisen als korrekt, unparteiisch, gerecht und gute Leistungen anerkennend bekannt war,<sup>363</sup> ist vielsagend in Bezug auf die Interpretation seiner Rolle als Unterhändler des NS-Staats mit der katholischen Geistlichkeit, sollten solche Charaktereigenschaften unter normalen Umständen für einen Vertreter der staatlichen Unterrichtsverwaltung Schülern in Prüfungssituationen gegenüber doch völlig selbstverständlich sein. Die Hervorhebung dessen zeigt das schwierige Verhältnis zwischen den nationalsozialistischen Herrschern und dem Katholizismus.<sup>364</sup> In dieser Atmosphäre konnte Kraft, der im Amt sicher nicht als überheblicher und wild polternder Radaupolitiker auftrat, ohne inhaltliche Zugeständnisse zu machen oder nationalsozialistische Politik zu verwässern, allein durch die Praktizierung bürgerlicher Umgangsformen und die Bewahrung einer gewissen Höflichkeit positiv in Erinnerung bleiben. Demgemäß ist auch das schon zeitgenössische virulente Gerücht, Kraft sei streng gläubig oder sogar dem politischen Katholizismus nahstehend gewesen,<sup>365</sup> keine hohe Glaubwürdigkeit beizumessen. Als Kraft 1934 auf einem Treffen der Hitlerjugend als „Schwarzer Bruder“ bezeichnet worden war und davon mitbekommen hatte, setzte er sich gegen diesen Vorwurf energisch zur Wehr: „Ich habe [...] seinerzeit die Zentrumsabgeordneten im

---

<sup>360</sup> EAFR Nb-8/ 42, Nachlass Gröber, Korrespondenz mit Laien, Empfehlungsschreiben an das „Gouvernement Militaire de Bade“ vom 13. Dezember 1945.

<sup>361</sup> So ließen die Franzosen dem Erzbischof mitteilen, „er solle mit Fürsprachen und Empfehlungen vorsichtiger sein“. Keller, Erwin: Konrad Gröber 1872–1948. Erzbischof in schwerer Zeit, Freiburg u.a. 1982, S. 297.

<sup>362</sup> EAFR Nb-8/ 42, Nachlass Gröber, Korrespondenz mit Laien, Die Erschütterung des Rechtsbewußtseins. Grundsätzliche moralische und juristische Erwägungen zur sog. Säuberung.

<sup>363</sup> Ebd., Empfehlungsschreiben.

<sup>364</sup> Vgl. Mohr, Kraft, S. 331.

<sup>365</sup> StAW, Rep. 36/ 4298, Erinnerungen Walter Köhler, S. 92: „Er [H.K.] stand bei manchen Parteigenossen im Geruch, hart katholisch gewesen zu sein“.

Landtag verprügelt und [werde] die Leute genauso verprügeln, die heute behaupten, ich sei ein schwarzer Bruder“, schrieb er drohend an den Gebietsführer der Hitlerjugend.<sup>366</sup> Von einer wie auch immer gearteten Affinität Krafts zu dieser politischen Strömung kann wohl tatsächlich keine Rede sein. Auf einer schon thematisierten Versammlung in Karlsruhe schimpfte er 1930 auf die „badischen Zentrumsschädel“: „Das Zentrum ist keine bürgerliche Partei, sondern eine marxistische Partei. [...] Jedes Mal, wenn über nationale Fragen gesprochen wurde, entpuppten sich die Zentrumsanhänger als weitaus schlimmere Feinde, als die Marxisten selbst. Die schwarz-weiß-rote Fahne wurde durch die Zentrumsleute [...] beschmutzt“.<sup>367</sup> So bleiben letztlich nicht nur Walter Köhler Zweifel an dem Gerücht.<sup>368</sup> Denkbar wäre, dass es von Krafts innerparteilichen Gegnern gezielt gestreut wurde, als diese 1933 versucht hatten, ihn bei der Postenverteilung von den großen Töpfen fernzuhalten. Über Gärtner beispielsweise und dessen Methoden wurde schon geschrieben. Möglich wäre auch, dass Gröber zum Rezipienten dieses Vorurteils geworden war und die ursprünglich böse gemeinte Nachrede sich so nach dem Krieg beinahe in einen Vorteil gewandelt hätte.

### **2.3.2. Multifunktionär im Kleinen**

Als die Würfel nach dem Machtkampf, von dem wir nicht wissen, wie leidenschaftlich er vonseiten Herbert Krafts gefochten wurde, gefallen waren und Kraft weder Minister noch Ministerialdirektor, sondern Ministerialrat und Abteilungsleiter im badischen Kultusministerium wurde, bedeutete das für Kraft auch, dass ihm die Möglichkeit gegeben war, sich neben seinem Hauptberuf an anderen Stellen im „Dritten Reich“ zu engagieren. Für die meisten Bereiche, in denen er in der Folge Ämter und Funktionen übernehmen sollte, um seine Zeit auszufüllen, die er anscheinend noch nie gerne in sein Familienleben steckte,<sup>369</sup> hatte er sich schon früher interessiert. So war Kraft schon in der Weimarer Republik sportlich aktiv gewesen. Fraktionskollege Köhler zufolge spielte er Tennis und Golf.<sup>370</sup> Zum Jahreswechsel 1926/27 nahm er eigeninitiativ an einem achttägigen Skikurs für Lehrer teil und war zu diesem Zeitpunkt schon längst kein Anfänger mehr im „Schneeschuhenlaufen“.<sup>371</sup> Außerdem sei er „Fußballspieler, Hockeyspieler, Bergsteiger und Kletterer“

---

<sup>366</sup> StAF F 110/ 1, 781, Kraft an den Gebietsführer der Hitler-Jugend Friedhelm Kemper vom 15. Mai 1934.

<sup>367</sup> StAF F 110/ 1, 781, Polizei-Hauptwachtmeister an das Bad. Landespolizeiamt vom 1. September 1930.

<sup>368</sup> StAW, Rep. 36/ 4298, Erinnerungen Walter Köhler, S. 92.

<sup>369</sup> Persönliches Gespräch mit Liese Kraft vom 20. 11. 2016.

<sup>370</sup> StAW, Rep. 36/ 4298, Erinnerungen Walter Köhler, S. 92.

<sup>371</sup> StAF F 110/1, 781, Kraft ans Kultusministerium vom 13. Dezember 1926; Kultusministerium an Kraft vom 10. Januar 1927.

gewesen.<sup>372</sup> Noch im Jahr der „Machtergreifung“ ernannte ihn der Reichssportführer von Tschammer und Osten nach dem freiwilligen Ausscheiden des bisherigen Amtsinhabers als neuen Landesbeauftragten für den Gau Baden.<sup>373</sup> Kraft hatte in diesem Ehrenamt die „Gewähr dafür zu bieten, dass das Sportwesen in Baden vorwärtsgetrieben wird im Sinne Adolf Hitlers“ und sollte die „Sünden wiedergut[zu]machen, die das alte System an der badischen Jugend begangen hat“.<sup>374</sup> Er selbst sekundierte zu seinem Amtsantritt: „Das Deutsche Reich ist heute schon in der nationalsozialistischen Weltanschauung aufgegangen. Sie bildet die Grundlage des gesamten Staatswesens. Auf ihr baut sich das Leben des deutschen Volkes auf“. Da verwundert es nicht, wenn in Krafts Amtsverständnis die nationalsozialistische Ideologie auch den Sport tief durchdringen sollte: „Unter nationalsozialistischer Führung haben die einzelnen Verbände und Vereine dafür zu sorgen, daß jeder und jede Deutsche ohne Rücksicht auf das Alter sich sportlich betätigen“.<sup>375</sup> Die Konzeption der wehrfähigen Volksgemeinschaft wird von Kraft zwar nicht explizit gemacht, sie lässt sich aber hinter den Zeilen unschwer wiedererkennen. Die Aufgabe war also per se alles andere als unpolitisch. In der Praxis zeigte Kraft schon nach wenigen Tagen, dass er in der badischen Sportwelt einen neuen Wind wehen lassen wollte. Nach Fanausschreitungen während eines Gauliga-Fußballspiels zwischen zwei heute unbedeutend gewordenen Vereinen aus Karlsruhe und Mannheim, präsentierte sich der neue Landessportbeauftragte als Garant der öffentlichen Sicherheit und plädierte indirekt für die Stärkung des Führerprinzips auf dem Fußballplatz, wenn er über die Presse mitteilen ließ, „daß Beleidigungen oder Tätlichkeiten gegen Schiedsrichter sportlicher Veranstaltungen im neuen Staate der Autorität und Disziplin unter keinen Umständen mehr geduldet werden können“.<sup>376</sup> Wahr ist aber wohl auch, dass sich die politischen Profilierungsmöglichkeiten als oberster Sportfunktionär Badens in engen Grenzen hielten. Abgesehen von der gelegentlichen Intervention in laufende Fußballspiele oder der vorschnellen Entlassung von Vereinsvorständen auf wackeliger Rechtsgrundlage konnte Kraft jenseits der Nische des Sportwesens kaum Einfluss ausüben. So waren wohl alle Akteure mit einer Karriere des Ministerialrats in der badischen Sportpolitik einverstanden. Kraft ging einem ihm liebgekommenen Hobby nach und sammelte Ansehen in der Welt der oberrheinischen Sportvereine und seine ehemaligen Gegenspieler konnten ihm die uneingeschränkte Autorität auf die-

---

<sup>372</sup> Ebd., Ausschnitt aus der *Karlsruher Zeitung (Staatsanzeiger)*, Nr. 287 vom 8. Dezember 1933.

<sup>373</sup> Ebd.

<sup>374</sup> StAF F 110/ 1, 781, Ausschnitt aus der *Karlsruher Zeitung (Staatsanzeiger)*, Nr. 287 vom 8. Dezember 1933.

<sup>375</sup> Das Zitat wurde in der *ASZ*, der *Badischen Presse* und dem *Führer* am 11. 12. 1933 abgedruckt (zitiert nach Ebner, Krieg, S. 488 f.).

<sup>376</sup> *Der Führer*, 11. 12. 1933 (zitiert nach Ebner, Krieg, S. 489).

sem Felde beruhigt gönnen, ohne sich bängen zu müssen. Mit der Gründung des Nationalsozialistischen Reichsbundes für Leibesübungen 1938 übernahm Kraft standesgemäß den Gauvorsitz.<sup>377</sup> 1936 scheint er auch in die Organisation der Propaganda-Spiele von Berlin involviert gewesen sein. Zumindest verlieh der „Führer und Reichskanzler“ dem „Beauftragten des Reichssportführers für den Gau XIV (Baden) und Gauführer des Deutschen Reichsbundes für Leibesübungen“ im August 1936 das Olympia-Abzeichen zweiter Klasse.<sup>378</sup> Nach der Annexion des Elsass 1940 und dessen de facto Anschluss an die badische Landes- und Gauverwaltung wurde Kraft oberster Sportfunktionär eines in etwa verdoppelten Gebietes. Seit 1942 war Kraft zusätzlich Sportaufsichtsdezernent im badisch-elsässischen Innenministerium.<sup>379</sup>

Daneben übernahm Kraft 1933 auch den Vorsitz im Badischen Schachverband<sup>380</sup> und holte federführend die Schachweltmeisterschaft, die zuletzt 1929 stattgefunden hatte, im Jahr 1934 nach Baden.<sup>381</sup> Auch diese Mission besaß, den Vorstellungen der nationalsozialistischen Führer zur Funktion des Schachspiels im „Dritten Reich“ ihrer Theorie nach eine politische Dimension.<sup>382</sup> Das einzige wirkliche Politikum, das aus Krafts Tätigkeit als Badischer Schachverbandspräsident überliefert ist, stammt aus dem Umfeld der Schachweltmeisterschaft. Der Bundesleiter des „Großdeutschen Schachverbandes“ Otto Zander kritisierte Kraft für dessen Auswahl der beiden Duellanten um die Weltmeisterschaft unter rassistischen Gesichtspunkten:

„Der Kampf der beiden russischen Meister auf deutschem Boden hat in weiten Kreisen [...] befremden hervorgerufen. [...] Besonders unangenehm wurde es empfunden, dass Bogoljubow in Presse und Funk als deutscher Meister oder als Vertreter Deutschlands bezeichnet wurde. Das kann [...] so mißverstanden werden, als sei man auch heute noch in Deutschland der Meinung, jemand könnte durch Einbürgerung Deutscher werden.“

Diese Hetze gegen den deutschrussischen Herausforderer Bogoljubow, der „kein Spieler deutschen Blutes“ sei,<sup>383</sup> war zwar einerseits klar gegen den Veranstalter gerichtet, doch andererseits wird hinter den Differenzen zwischen Zander und Kraft vielmehr ein grund-

---

<sup>377</sup> StAF F 110/1, 781, Der Minister des Kultus und Unterrichts an das Polizeipräsidium Karlsruhe am 10. April 1942.

<sup>378</sup> StAF F 110/1, 781, Kraft an das Ministerium des Kultus und Unterrichts vom 1. Dezember 1936.

<sup>379</sup> StAF F 110/1, 781, Ausschnitt aus dem *Führer (Badischer Staatsanzeiger)*, Nr. 168/45, 20. Juni 1942.

<sup>380</sup> Buland, Rainer/ Edtmaier, Bernadette: Lexikalische Liste der identifizierten Personen, in: Rainer Buland/ Bernadette Edtmaier/ Georg Schweiger (Hgg.): *Das Gästebuch der Schachweltmeisterschaft 1934 in Deutschland. Faksimile, Forschungsergebnisse, Geschichte und Umfeld (Ludographie – Spiel und Spiele, Bd. 2)*, Münster 2015, S. 121–144, hier S. 134.

<sup>381</sup> Buland/ Rainer: *Die Schachweltmeisterschaft 1934 und das Gästebuch: Vorgeschichte, Organisation, Verlauf und Beurteilung*, in: Rainer Buland/ Bernadette Edtmaier/ Georg Schweiger (Hgg.): *Das Gästebuch der Schachweltmeisterschaft 1934 in Deutschland. Faksimile, Forschungsergebnisse, Geschichte und Umfeld (Ludographie – Spiel und Spiele, Bd. 2)*, Münster 2015, S. 13–34.

<sup>382</sup> Vgl. hierzu Edtmaier, Bernadette: *Schach im „Dritten Reich“*, in: Buland u.a. (Hgg.): *Gästebuch*, S. 35–50.

<sup>383</sup> *Deutsche Schachzeitung*, Nr. 7 (1934), S. 195 (zitiert nach Buland, *Schachweltmeisterschaft*, S. 28).



sätzlicher Konflikt zwischen dem Reichs- und einem Landesschachverband vermutet, der maßgeblich auf persönlichen Eitelkeiten beruhte.<sup>384</sup> Kraft wegen der rassistischen Einlassungen Zanders zu einem prinzipiellen Gegner der nationalsozialistischen Bevölkerungspolitik zu machen, wäre sicher eine falsche Interpretation der Quellen, obwohl der Sportsmann Kraft die fanatischen Ansichten seines Berliner Kollegen nicht geteilt haben dürfte.

Ein weiteres Amt dürfte für Krafts politischen Lebenslauf von noch sehr viel höherer Bedeutung gewesen sein. Im Juni 1934 rückte er als Abgeordneter für den verstorbenen SA-Mann und Freiburger Stadtrat Josef Wasmer in den Reichstag nach.<sup>385</sup> Damit war Kraft eine rein formal gehobene Stellung im nationalsozialistischen Staat auch über die Lebenszeit des Badischen Landtags hinaus gesichert. Für den Rest der Legislaturperiode bis zur nächsten sogenannten „Wahl“ 1936 trat der Reichstag noch fünf Mal zusammen.<sup>386</sup> Diese gelegentlichen Reisen nach Berlin verschafften Kraft Abwechslung vom Berufsalltag, Gesetzgebungskompetenzen waren mit dem Mandat freilich nicht mehr verbunden. Besondere Abwechslung brachte die Sitzung am 15. September 1935, die nämlich ausnahmsweise in Nürnberg stattfand. Hier wurden die berüchtigten „Nürnberger Gesetze“ beschlossen und Kraft jubelte der Legalisierung der öffentlichen Judendiskriminierung vermutlich genauso zu wie alle anderen Abgeordneten.<sup>387</sup> Ab 1936 stand Kraft in der Berliner Krolloper der weit hinten gelegene Sitzplatz Nr. 465 zu.<sup>388</sup> Bei der nächsten Reichstagswahl ohne Parteien und Alternativen 1938 konnte sich Kraft nicht nur auf der Einheitsliste behaupten und somit seinen Wiedereinzug in den nach dem „Anschluss Österreichs“ nunmehr „Großdeutsch“ genannten Reichstag feiern. Er rückte sogar einige Plätze nach unten aufholend auf Platz Nr. 288 vor.<sup>389</sup> In dieser Zusammensetzung blieb der Reichstag bis zum Ende des „Dritten Reichs“ bestehen. Es ist ganz klar, dass die Zugehörigkeit zum Reichstag Krafts Prestige für seine anderen Ämter und seine generelle Stellung im NS-System nutzte. Dass er die Möglichkeiten einer praktischen Nutzbarmachung des Mandats auf seinem Briefpapier erkannt und mehrmals wahrgenommenen hatte, wur-

---

<sup>384</sup> So Buland, Schachweltmeisterschaft S. 27.

<sup>385</sup> Nachtrag zum Reichstags-Handbuch der IX. Wahlperiode 1933. Hrsg. vom Büro des Reichstags, Berlin 1936, S. 10 f. Online unter: <http://daten.digital-sammlungen.de/~db/bsb00000009/images/index.html?fip=193.174.98.30&seite=508&pdfseite>, zuletzt aufgerufen am 14. 12. 2016.

<sup>386</sup> Der Deutsche Reichstag 1936. III. Wahlperiode nach dem 30. Januar 1933. Hrsg. v. E. Kienast, Berlin 1936, S. 493.

<sup>387</sup> Der Deutsche Reichstag 1936. III. Wahlperiode nach dem 30. Januar 1933. Hrsg. v. E. Kienast, Berlin 1936, S. 507.

<sup>388</sup> Ebd., S. 453 f.

<sup>389</sup> Der Großdeutsche Reichstag 1938. IV. Wahlperiode (nach dem 30. Januar 1933). Hrsg. v. E. Kienast, Berlin 1938, S. 563.

de schon erwähnt. Auch die monetären Vorteile von monatlich 600 Reichsmark sind nicht zu vernachlässigen und brachten dem Ministerialrat eine weitere ganz erhebliche Besserstellung, verdoppelten sie doch ungefähr sein Nettogehalt.<sup>390</sup> Es darf aber nicht übersehen werden, dass im Reichstag außer Adolf Hitler seit 1933 niemand mehr etwas zu sagen hatte. Überhaupt tagte das Gremium nur noch in immer größer werdenden Intervallen. In Krafts ziemlich genau elf Jahren als Reichstagsmitglied fanden lediglich 16 Sitzungen statt.<sup>391</sup> Dementsprechend mussten sich die Angehörigen der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion anderweitige Beschäftigungen suchen. Der Fraktionsführer Frick regte im Jahr 1936 an, dass alle Abgeordneten das Aktenmaterial zu den Strafverfahren zusammensuchen, die gegen sie von den Vollzugsbehörden der Weimarer Republik geführt worden sind. Diese sollten dann an das Hauptarchiv der NSDAP nach München übersendet werden, wo dann von den Parteiarchivaren und Zweckhistorikern wahrscheinlich der Stoff für neue Heldenepen zu finden gehofft wurde.<sup>392</sup>

Zu dem Sport kam für Kraft ein weiteres Betätigungsfeld, auf das sich seit 1913 immer wieder in seiner Biographie Spuren von besonderem Interesse finden lassen. Mindestens seit 1935 war er Mitglied des Gutachterausschusses für das deutsche Schulwesen im Ausland beim Auswärtigen Amt<sup>393</sup> und behielt diese Funktion mutmaßlich bis 1945.<sup>394</sup> Kraft bereiste dabei zahlreiche Länder.<sup>395</sup> Besonders gerne schien er die deutschen Schulen in Bulgarien zu besichtigen, wo er zwischen 1935 und 1938 vier Mal eintraf. Dafür verlieh ihm der bulgarische König sogar einen Orden.<sup>396</sup> 1943 ließ auch die ungarische Regierung Kraft den „Orden der Heiligen Ungarischen Krone“ zuteilwerden, eine Ehre, die vermutlich ebenso auf Krafts Engagement für die Auslandsschulen gründete.<sup>397</sup> Zu Krafts Aufgaben gehörte es unter anderem, die Abiturientenprüfungen an auslandsdeutschen Schulen mitabzunehmen.<sup>398</sup> Die Leidenschaft, die Kraft diesem Thema entgegenbrachte, zeigt sich auch in seiner Publizistik. In einem Aufsatz 1935 legte Kraft den propagandistischen Nutzen der deutschen Schulen im Ausland als Machtfaktor und Kulturträger dar und appel-

---

<sup>390</sup> Ebd., S. 43; Der Deutsche Reichstag 1936, S. 27.

<sup>391</sup> Verhandlungen Des Deutschen Reichstags, Reichstagsprotokolle 1933/ 1936, 1; 1936/ 1938,1; 1939/42,1. Online unter: <http://www.reichstagsprotokolle.de/rtbiiiauf.html>, zuletzt aufgerufen am 14. 12. 2016.

<sup>392</sup> GLA 309 Zugang 1987-54/ 45, Kraft an den Generalstaatsanwalt Dr. Brettle vom 24. August 1936.

<sup>393</sup> StAF F 110/ 1, 781, Kraft an den Minister des Kultus und Unterrichts vom 29. Juni 1938.

<sup>394</sup> Noch im April 1942 ist seine Tätigkeit in dieser Funktion nachgewiesen, StAF F 110/ 1, 781, Der Minister des Kultus und Unterrichts an das Polizeipräsidium Karlsruhe vom 10. April 1942.

<sup>395</sup> Liese Kraft berichtete, dass Kraft in seiner Eigenschaft als Gutachter der deutschen Auslandsschulen sehr oft verreist war. Sie erinnerte sich an Reisen auf den Balkan und in die Türkei, persönliches Gespräch mit Liese Kraft am 20. 11. 2016.

<sup>396</sup> StAF F 110/ 1, 781, Kraft an den Minister des Kultus und Unterrichts vom 29. Juni 1938.

<sup>397</sup> Ebd., Deutsche Gesandtschaft Budapest an das Auswärtige Amt vom 26. Juli 1943.

<sup>398</sup> Ebd., Kraft an die Badische Staatskanzlei über das Ministerium des Kultus und Unterrichts vom 4. Juli 1938.

lierte an die „Volkstumspflicht“ der Auslandsdeutschen.<sup>399</sup> 1938 veröffentlichte er seine „Richtlinien für die Leibeserziehung in Jungenschulen und ihre Anwendung in den deutschen Auslandsschulen“,<sup>400</sup> die eine Erweiterung seines schon 1935 ausgefertigten und publizierten „Entwurf[s] über die Gestaltung der Leibesübung an den deutschen In- und Auslandsschulen“<sup>401</sup> darstellt. In diesen Aufsätzen vermischten sich der Sportfunktionär und Landesführer des Reichsbundes für Leibesübungen, der für die Lehrplangestaltung verantwortliche Ministerialrat und der Reichskommissar im Auswärtigen Amt für die deutschen Auslandsschulen. Es ist deshalb nur folgerichtig, dass Bernhard Rust den Multifunktionär Herbert Kraft damit beauftragte, einen für alle deutschen Schulen geltenden Lehrplan im Fach Leibeserziehung zu konzipieren.<sup>402</sup> 1937 wurden Krafts Richtlinien tatsächlich verbindlich vom Reichserziehungsministerium herausgebracht.<sup>403</sup> Krafts Einfluss auf die nationalsozialistische Erziehungspolitik mit ihrem einschlägigen Ideal vom nicht nur geistig, sondern auch körperlich gestärkten „politischen Soldaten“<sup>404</sup> darf also nicht unterschätzt werden, gestaltete er doch federführend reichsweit verbindliche Vorgaben aus.<sup>405</sup>

Dem Nationalsozialistischen Fliegerkorps gehörte der Weltkriegsflieger Kraft seit November 1937, wenige Monate nach der Schaffung der Organisation, an. Er hatte den Rang eines Standartenführers inne und übernahm zunächst auch ehrenamtlich die Aufgabe des Sonderbeauftragten für das Badische Kultusministerium.<sup>406</sup> Diese Beauftragung als Verbindungsmann wurde im März 1939 aus ungeklärten Gründen wieder aufgehoben.<sup>407</sup> Seiner Leidenschaft für das Fliegen konnte Kraft aber auch außerhalb des NSFK nachgehen. Jenseits seiner privaten Flüge mit Segel- und Motormodellen<sup>408</sup> gehörte Kraft auch der Luftwaffe der Wehrmacht an. Im Dezember 1935 wurde er vom Reichsluftfahrtministerium zum Oberleutnant der Reserve befördert.<sup>409</sup> Zum 1. Juli 1936 folgte die Ernennung

---

<sup>399</sup> Herbert Kraft: Die Wertung der höheren Schule als deutscher Kultur- und Machtfaktor durch das Ausland, in: Die badische Schule 2 (1935), S. 61–63.

<sup>400</sup> Herbert Kraft: Die Richtlinien für die Leibeserziehung in Jungenschulen und ihre Anwendung in den deutschen Auslandsschulen, in: Der deutsche Erzieher, Ausgabe Gau Baden, Die badische Schule 5 (1938), S. 61–63.

<sup>401</sup> Herbert Kraft: Entwurf über die Gestaltung der Leibesübung an den deutschen In- und Auslandsschulen, in: Die deutsche Schule im Auslande (1935), Jg. 27, S. 62–67.

<sup>402</sup> Vgl. Waibel, Auslandsschulen, S. 168.

<sup>403</sup> Ebd., S. 169.

<sup>404</sup> Ebd., S. 268.

<sup>405</sup> Zur konkreten inhaltlichen Konzeption bei Kraft siehe Waibel, Auslandsschulen, S. 168 f. und 268 f.

<sup>406</sup> StAF F 110/ 1, 781, Nationalsozialistisches Fliegerkorps an Kraft vom November 1937.

<sup>407</sup> Ebd., Nationalsozialistisches Fliegerkorps, Gruppe 16 (Südwest) an das Badische Ministerium des Kultus und Unterrichts vom 4. März 1939.

<sup>408</sup> Liese Kraft im persönlichen Gespräch am 20. 11. 2016.

<sup>409</sup> StAF F 110/ 1, 781, Kraft an das Ministerium des Kultus und Unterrichts vom 26. Januar 1936.

zum Hauptmann.<sup>410</sup> Im August 1939, als der Angriff auf Polen, der den Zweiten Weltkrieg begann, kurz bevorstand, wurde Kraft einberufen und leitete als Kommandant einen Flughafen in Württemberg. 1939 und 1940 nahm er an weiteren Übungen in verschiedenen Fliegerhorsten und Flughäfen teil, er wurde dann aber von seinem vorgesetzten Minister für die Dauer des Krieges für an seinem Arbeitsplatz unabhkömmlich erklärt.<sup>411</sup>

Eine nachhaltige Veränderung von Krafts unmittelbaren Lebensumständen brachte der Krieg erst in einer späteren Phase, als im Frühsommer 1940 der Frankreichfeldzug mit einem zügigen Sieg der deutschen Wehrmacht endete.<sup>412</sup> Am 20. Juni wurde Robert Wagner zum Chef der Zivilverwaltung (CdZ) im Elsass ernannt<sup>413</sup> und die damit vorgezeichnete badisch-elsässische Personalunion setzte sich auch auf der Ebene der Landesregierung und ihrer Verwaltung fort. Unter bis zum Ende des „Dritten Reichs“ ungeklärtem staatsrechtlichen Status besorgte die badische Regierung de facto die Verwaltungsaufgaben im Elsass.<sup>414</sup> Die Ministerien wurden dem Chef der Zivilverwaltung als Abteilungen unterstellt.<sup>415</sup>

### **2.3.3. Kraft beim Chef der Zivilverwaltung im Elsass**

Für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des badischen Kultusministeriums waren die Auswirkungen der neuen Situation besonders spürbar, weil für sie mit der Annexion nicht nur ein Machtzuwachs verbunden war, sondern die komplett nach Straßburg umzuziehen hatte, um den Anschluss des neu gewonnenen Territoriums symbolisch zu untermauern.<sup>416</sup>

Kraft, der nun auch Ministerialrat beim Chef der Zivilverwaltung in der Abteilung Erziehung, Unterricht und Volksbildung geworden war, pendelte zunächst einige Zeit zwischen Karlsruhe und Straßburg. Erst im Dezember 1942 teilte er dem Wehrbezirkskommando in Straßburg seine Abmeldung aus der Karlsruher Schwarzwaldstraße sowie seine neue

---

<sup>410</sup> Ebd., Kraft an das Ministerium des Kultus und Unterrichts vom 21. August 1936.

<sup>411</sup> StAF F 110/ 1, 781, UK-Karte vom 20. Juli 1942.

<sup>412</sup> Für eine genaue Chronologie sei abermals an die Chronik der Ereignisse in Baden und dem Elsass zwischen 1933 und 1945 auf das Onlineportal Landesministerien verwiesen. Online unter: <http://ns-ministerien-bw.de/ns-ministerien/baden/chronik-1933-1945/tabellarische-chronik-1933-1945-fuer-baden/>, zuletzt aufgerufen am 15. 12. 2016.

<sup>413</sup> Ebd.

<sup>414</sup> Vgl. ausführlich Finger, Jürgen: Eigensinn im Einheitsstaat. NS-Schulpolitik in Württemberg, Baden und im Elsass 1933–1945. Baden-Baden 2016, S. 241–367.

<sup>415</sup> Ebd., S. 253 f.

<sup>416</sup> Vgl. Engehausen, Frank: Materialsammlung für ein Heldenepos? Ein Bericht über den Tod des Ministerialdirektors Karl Gärtner beim Rückzug der deutschen Besatzer aus Strassburg im November 1945, 14. März 2016, in: Onlineportal Landesministerien. Online unter: <http://ns-ministerien-bw.de/2016/03/materialsammlung-fuer-ein-heldenepos-ein-bericht-ueber-den-tod-des-ministerialdirektors-karl-gaertner-beim-rueckzug-der-deutschen-besatzer-aus-strassburg-im-november-1944/>, zuletzt aufgerufen am 15. 12. 2016.

Wohnung in Straßburg mit.<sup>417</sup> Dem vorausgegangen war im Oktober eine sofortige Umzugsanordnung auf Veranlassung des Reichstatthalters an alle „noch in Karlsruhe wohnhaften, jedoch im Elsass voll beschäftigten Angehörigen badischer Dienststellen“, um die „durch den Luftangriff noch gesteigerte[n] Wohnungsnot“ abzumildern.<sup>418</sup> Krafts Ehefrau und seine inzwischen volljährige Tochter bekamen von diesen Vorgängen nicht mehr viel mit. Da ihr Vater auch in Karlsruhe schon immer eine eigene Wohnung gehabt habe, sei Liese Kraft der Wegzug gar nicht aufgefallen.<sup>419</sup> Krafts Leben hatte sich von dem seiner engsten Familienmitglieder längst völlig entfremdet.

Beruflich bedeutete für Kraft die Einverleibung des Elsass zunächst keine inhaltliche Veränderung der Aufgaben, aber eine Erweiterung seines Einflusses im Schul- und Sportwesen um die linksrheinischen Gebiete des neuen „Oberrheingaus“.<sup>420</sup> Die Personalakte Herbert Krafts, bis jetzt verlässliches Zeugnis fast aller seiner Lebensabschnitte, gibt über die elsässischen Jahre zwischen 1940 und 1945 nicht mehr viel her. Dass die Verwaltungsbürokratie wegen Überforderung in den Kriegsjahren ihre Arbeit nicht mehr so gewissenhaft dokumentieren konnte, mag ein Grund dafür sein. Jedenfalls reichte die Zeit Krafts und einiger seiner Kollegen der badischen Ministerialbürokratie aber noch zu Jahresbeginn 1943 dafür aus, sich mit einer skurrilen Nebensächlichkeit zu beschäftigen. Kraft weigerte sich nach der Verursachung eines Verkehrsunfalls, seinen Führerschein zur Eintragung des Vergehens beim Polizeipräsidium einzureichen. Er lehnte die Schuld dafür ab, mit seinem Auto irgendwo zwischen Straßburg und Karlsruhe auf den Bahngleisen stehend den Rückwärtsgang nicht eingelegt bekommen zu haben, weil „die Schaltung an diesen Wagen französischen Fabrikats viel komplizierter ist, als bei deutschen Wagen“.<sup>421</sup> Nicht nur wurde der Vorgang vollständig und penibel zu den Akten gelegt, auch inhaltlich ging alles rechtmäßig zu, denn der badische Innenminister Pflaumer machte sich Krafts Standpunkt nicht zu eigen. So musste der Führerschein ordnungsgemäß eingereicht werden und die Strafe wurde nicht etwa an den französischen Staat weitergeleitet.<sup>422</sup>

Aus anderen Quellen lassen sich mehr Kenntnisse über Krafts dienstliche Tätigkeit beim Chef der Zivilverwaltung gewinnen. Ein Aktenfaszikel aus den Beständen des badischen

---

<sup>417</sup> StAF F 110/1, 781, Kraft an das Wehrbezirkskommando Strassburg vom 3. Dezember 2016. Die neue Strassburger Anschrift war Waltharistaden Nr. 9.

<sup>418</sup> Ebd., Der Chef der Zivilverwaltung, Abteilung Erziehung, Unterricht und Volksbildung, gez. Dr. Meyer, Gärtner an Kraft vom 19. Oktober 1942.

<sup>419</sup> Persönliches Gespräch mit Liese Kraft am 20. 11. 2016.

<sup>420</sup> Er wurde nun „Sportgauführer von Baden und Elsaß“ genannt, BA, Abt. III (BDC), OSS, Personalakte Herbert Kraft (zitiert nach Mohr, Kraft, S. 329, Anm. 74).

<sup>421</sup> StAF F 110/ 1, 781, Kraft an Staatsminister Pflaumer im bad. Ministerium des Innern vom 4. Januar 1943.

<sup>422</sup> Ebd., Der Minister des Innern an Kraft vom 16. Februar 1943.

Kultusministeriums berichtet ausführlich über eine Sonderaufgabe, die Kraft im Oktober 1940 von seinem neuen Minister Dr. Schmitthenner gegeben wurde, der dem verstorbenen Otto Wacker nachgefolgt war. Schmitthenner hatte bei seinem Amtsantritt 1940 damit zu kämpfen, dass „der Ministerialdirektor und fanatische Parteimann Karl Gärtner mit Rückendeckung des Gauleiters und Reichstatthalters Robert Wagner alle wichtigen Befugnisse an sich gezogen habe“.<sup>423</sup> Da sah Schmitthenner in der Wiedereröffnung der „zurückgewonnenen“ Straßburger Universität als oberrheinischer Landesuniversität ein vielversprechendes Prestigeprojekt, über das er sich – als Rektor der Heidelberger Universität bestens präpariert – politisches Profil zurückholen könnte.<sup>424</sup> Voraussetzung für eine feierliche Wiedereröffnung war die „Rückführung“ der Straßburger Bibliothek und „alle[r] Gegenstände, die zur Straßburger Universität gehören“,<sup>425</sup> die vor der Eroberung von den Franzosen ins Landesinnere verlegt worden war. Als Vollstreckungsbeamten für die Erledigung dieser Notwendigkeit bestimmte Schmitthenner Herbert Kraft.<sup>426</sup> Dieser war im Auftrag seines Ministers in der Folgezeit mehrere Male in Frankreich, um mit den zuständigen Stellen in Paris und Vichy den Rücktransport zu erzwingen und die Modalitäten zu regeln.<sup>427</sup> Kraft fuhr als Repräsentant der deutschen Besatzungsmacht in Frankreich zur Erreichung seiner Ziele eine Doppelstrategie: Stieß er auf widerständige Verhandlungspartner, machte er indiskret auf die tatsächlichen Machtverhältnisse aufmerksam und griff teils zu martialischen Drohungen.<sup>428</sup> Kollaborierendes Verhalten hingegen belohnte er.<sup>429</sup> Mit Zuckerbrot und Peitsche war Kraft schließlich auch erfolgreich: Der Minister dankte

---

<sup>423</sup> Engehausen, Frank: Durchhalteparolen aus dem Heidelberger Hotel Viktoria – Paul Schmitthenner als Leiter des Badischen Kultusministeriums in den letzten Kriegswochen 1945, 11. Dezember 2015, in: Onlineportal Landesministerien. Online unter: <http://ns-ministerien-bw.de/2015/12/durchhalteparolen-aus-dem-heidelberger-hotel-viktoria-paul-schmitthenner-als-leiter-des-badischen-kultusministeriums-in-den-letzten-kriegswochen-1945/>, zuletzt aufgerufen am 15. 12. 2016. Die Selbstrechtfertigungsstrategie eines fanatischen Nationalsozialisten muss einer kritischen Betrachtung unterzogen werden. Den Beweis dafür liefern die für sich selbst sprechenden Lebenserinnerungen Paul Schmitthenners, LKA 150/ 028.

<sup>424</sup> Vgl. Muschalek, Marie/ Engehausen, Frank: Wie ein badischer Ministerialbeamter die Amtskette des Rektors der Universität Straßburg heim ins Reich holte. Ein Beitrag zum 75. Jahrestag der Eröffnung der Reichsuniversität Strassburg, 17. November 2016, in: Onlineportal Landesministerien. Online unter: <http://ns-ministerien-bw.de/2016/11/wie-ein-badischer-ministerialbeamter-die-amtskette-des-rektors-der-universitaet-strassburg-heim-ins-reich-holte-ein-beitrag-zum-75-jahrestag-der-eroeffnung-der-reichsuniversitaet-strassburg/>, zuletzt aufgerufen am 15. 12. 2016.

<sup>425</sup> GLA 235/ 5243, Universität Straßburg, Kraft an Schmitthenner vom 17. Juli 1941.

<sup>426</sup> Ebd., Aktenvermerk gez. Kraft vom 7. November 1940.

<sup>427</sup> Ebd.

<sup>428</sup> Als der Erziehungsminister der französischen Vichy-Regierung Ripert seine Bedenken gegen eine Rückgabe der Güter äußerte, befand Kraft, „dass jetzt andere Wege eingeschlagen werden müssten“ und drohte mit der Entführung der Universität von Paris, Nancy „oder von irgendeiner anderen Universität im besetzten Gebiet“, ebd.

<sup>429</sup> So drückte Kraft dem stellvertretenden Erziehungsminister des besetzten Frankreich für dessen „Unterstützung“ und „Entgegenkommen“ seine Hochachtung aus. Er habe Frankreich „Repressalien erspart, die ebenso hart wie berechtigt gewesen wären“, ebd., Kraft an Bourgoïn (Datum unbekannt).

ihm im Juli für die nahezu restlose Erfüllung der Mission.<sup>430</sup> Das Nachspiel zu dem Sonderauftrag war für Kraft ein doppelseitiges. Einerseits zeigte er sich enttäuscht über das Desinteresse des Reichsstaltalters und Chefs der Zivilverwaltung im Elsass Robert Wagner an der Universität und die sie betreffenden Belange,<sup>431</sup> das ein Resultat der Entscheidung Adolf Hitlers, die Straßburger Hochschule als „Reichsuniversität“ in die Verantwortung des Reichserziehungsministeriums zu geben, gewesen sein dürfte.<sup>432</sup> Unerfreulich war für Kraft zudem auch das Verhalten des Kurators der Universität. Die Amtskette des Rektors, die unter den von Kraft rücktransportierten Gegenständen war und mit der sich der Sonderbeauftragte zusammen mit Ministerialdirektor Gärtner und Minister Schmitthenner noch im Mai stolz vom *Führer* ablichten ließ,<sup>433</sup> hatte Kraft wohl eigenmächtig bei einem Fachmann restaurieren und ausbessern lassen, bevor er sie der Universität überreichte. Als der Kurator nun den Auftraggeber wissen wollte und die Kostenfrage aufwarf, reagierte Kraft ungehalten und schrieb, er sei „gerne bereit, [...] aus meiner Tasche diese Auslagen zu bezahlen, [...]. Nur möchte ich dann bitten, dass die Kette in den Zustand wieder verbracht wird, in dem sie sich befand“.<sup>434</sup> Eine Antwort der Universitätsverwaltung ist nicht überliefert. Klar ist nur, dass sich niemand dazu fand, die Kette wieder zu beschädigen.<sup>435</sup>

Andererseits könnten Krafts Fähigkeiten während der positiven Erledigung seiner Aufgabe auch Wagner aufgefallen sein. Als frankophoner,<sup>436</sup> wenn auch nicht sonderlich frankophiler Zeitgenosse brachte Kraft exzellente Voraussetzungen mit, um als Vertreter deutscher Interessen mit den verschiedensten französischen Dienststellen zu verhandeln. Mit der von Schmitthenner veranlassten Rückholaktion der Straßburger Universitätsbestände bewies Kraft bei der praktischen Probe zudem Verhandlungskompetenz und ein gutes Gefühl für den richtigen Ton im Umgang mit seinen französischen Gegenspielern, aber auch die nötige Durchsetzungsfähigkeit gegenüber den um Zuständigkeit konkurrierenden übrigen Ämtern und Amtsträgern des Großdeutschen Reichs. Es dürfte also kein Zufall sein, wenn Wagner Kraft am 26. Juni 1941 zum Bevollmächtigten für die „Rückverbringung“ des gesamten elsässischen „Kulturguts“ ernannte, das die Franzosen vor dem Einmarsch

---

<sup>430</sup> Ebd., Schmitthenner an den Chef der Zivilverwaltung im Elsaß vom 24. Juli 1941.

<sup>431</sup> Ebd., Kraft an Schmitthenner vom 17. Juli 1941.

<sup>432</sup> Vgl. Muschalek/ Engehausen, Amtskette.

<sup>433</sup> GLA 235/ 5243, Ausschnitt aus dem *Führer*, Nr. 131, 14. Mai 1941.

<sup>434</sup> Ebd., Kraft an den Kurator der Universität Strassburg vom 12. Dezember 1941.

<sup>435</sup> Für die Geschichte der Rektorkette bis 2016 siehe Muschalek/ Engehausen, Amtskette.

<sup>436</sup> Möchte man Französischlehrern nicht von vornherein die perfekte Beherrschung der Sprache unterstellen, dann sei erinnert, dass Kraft drei Jahre lang ununterbrochen in Frankreich lebte. Außerdem gilt Liese Krafts Wort, ihr Vater habe fließend englisch und französisch gesprochen, als hinreichender Beweis, persönliches Gespräch mit Liese Kraft vom 20. 11. 2016.

der Deutschen in Sicherheit gebracht hatten,<sup>437</sup> als Kraft sich schon für Schmitthenner als glückliche Wahl in einer vergleichbaren Angelegenheit herausgestellt hatte.<sup>438</sup> Warum Wagner der Rückholung eine große politische Bedeutung zumaß, brachte er in einem Brief an Martin Bormann auf den Punkt, in dem er den „Sekretär des Führers“ davon überzeugen wollte, ein im *Louvre* liegendes Selbstportrait Albrecht Dürers nach Straßburg zu holen, damit „die deutsche Tradition Straßburgs auf das Stärkste dokumentiert würde“.<sup>439</sup> Anscheinend bekam Kraft in seiner neuen, zusätzlichen Rolle dann auch einen ganzen Stab an Mitarbeitern unterstellt,<sup>440</sup> die mit ihm die Rückbringung von Archiven, Bibliotheken, Kunstschatzen, Kirchengütern und Personal- und Verwaltungsakten verwirklichen sollten, um so einen Beitrag zur Legitimation der deutschen Expansionspolitik zu leisten. Dafür, dass die Leitung der Sonderkommission wahrscheinlich Krafts verantwortungsvollste Position im nationalsozialistischen Staat seit 1933 war, spricht auch die Dauer, über die Kraft mit dieser Aufgabe beschäftigt war. Obwohl die realen Machtverhältnisse ihnen natürlich stark in die Hände spielten, hatten Kraft und seine Kommission kein leichtes Spiel. Immer wieder gelang es den französischen Regierungsstellen, die Auslieferung der elsässischen Kunst- und Kulturgüter an die Besatzer hinauszuzögern. So lag der Schwerpunkt Krafts beruflicher Tätigkeit bis in den Juli 1944 hinein, also bis in die Zeit, als alliierte Truppen bereits in Nordfrankreich gelandet waren und ihre Rückeroberung begannen, auf der Leitung der Rückführungskommission.<sup>441</sup> Die Zähigkeit, mit der sich viele der beteiligten Franzosen im Rahmen ihrer Möglichkeiten der militärischen und politischen Übermacht des nationalsozialistischen Großdeutschlands zur Wehr setzten, zeigt, dass sie den propagandistischen Wert unter anderem der historischen Gegenstände ähnlich hoch einschätzen mussten wie auf der Gegenseite die Nationalsozialisten in Person von Wagner.

Das schwer durchschaubare Konglomerat an Interessen und Akteuren kann hier im Einzelnen nicht auseinandergesetzt werden.<sup>442</sup> Maßgeblich beteiligt an dem jahrelangen „dip-

---

<sup>437</sup> PAAA R 66828, Abteilung Kultur des Auswärtigen Amtes, Der Chef der Zivilverwaltung, Vollmacht für Ministerialrat Herbert Kraft.

<sup>438</sup> GLA 235/ 5243, Ausschnitt aus dem *Führer*, Nr. 131, 14. Mai 1941.

<sup>439</sup> PAAA R 66828, Wagner an Reichleiter Bormann vom 17. Dezember 1940.

<sup>440</sup> So erwähnt Kraft in einem Schreiben an das AA in Berlin die „Mitglieder meiner Kommission“, PAAA R 66828, Kraft an das Auswärtige Amt Berlin, S. 3. Auch später in den Quellen taucht Kraft als „Leiter der Rückführungskommission“ auf.

<sup>441</sup> PAAA, Paris 1137, Kult 3a, Kraft an die Deutsche Botschaft in Paris vom 12. Juli 1944.

<sup>442</sup> Umfassende Informationen hierzu sind einsehbar im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes in den Bänden der Deutschen Botschaft Paris B Paris 1110b, Kult 3a und B Paris 1137, Kult 3a sowie in einem Band der Kulturabteilung R 66828/ F1.



lomatischen Kleinkrieg“<sup>443</sup> waren auf deutscher Seite außer dem Rückführungsbeauftragten Kraft und seiner Kommission im Auftrag des CdZ auch die Deutsche Botschaft in Paris und die deutsche Delegation bei der Waffenstillstandskommission in Wiesbaden. Weiter verkompliziert wurde die Konstellation durch die Aufspaltung der französischen Seite in die Vichy-Behörden einerseits und die Dienststellen des besetzten Teils des Landes andererseits. Dass die Fronten während der Verhandlungen nicht immer nach eindeutig nationalen Gesichtspunkten verliefen, zeigt die Notiz eines Angestellten der Pariser Botschaft, der aus seiner Geringschätzung des badischen Beamten keinen Hehl machte:

„Es erübrigt sich, zu dem Schreiben von Herrn Kraft Stellung zu nehmen. Herr Kraft hat ähnliche Briefe mehrfach geschrieben. Er ist völlig uninteressant und hier bei den verschiedensten Dienststellen ´rümlichst´ bekannt. Die Botschaft legt derartige Schreiben schon längst zu den Akten“.<sup>444</sup>

Trotz solcher Probleme und obwohl die französische Hinhalte- und Verzögerungstaktik relativ wirkungsvoll war, konnte Kraft die Verhandlungen am Ende zu einem erfolgreichen Abschluss bringen. Das spitzfindige diplomatische Geschick, mit dem sich die Franzosen dem Drängen der Deutschen entzogen, ohne dabei zu offen zu rebellieren, beantwortete Kraft mit einer bemerkenswerten Zähigkeit in dem langwierigen Ringen,<sup>445</sup> die stückweise belohnt wurde. Im Juni 1943 war das Gros der verlangten Güter „nach Überwindung verschiedener Schwierigkeiten“ zurück ins Elsass gebracht worden.<sup>446</sup> Ein gutes weiteres Jahr später hatte Kraft von der französischen Regierung dann auch die Kosten für den Rücktransport weitgehend eingetrieben.<sup>447</sup>

Dass die Position als Sonderbeauftragter der Rückführungskommission den Höhepunkt in Krafts Biographie bedeutete, spiegelt sich in der Tatsache, dass der vormals einfache Abteilungsleiter in einem Landesministerium durch seine Sondergewalt plötzlich zur Zielscheibe englischer Rundfunkpropaganda wurde. Dort sei Kraft zumindest seiner eigenen Auskunft zufolge „nur mit den größten Beleidigungen und Beschimpfungen bedacht“ worden.<sup>448</sup> Kraft war zum Ende seiner Karriere also doch noch einmal erheblich aus der Masse der Verwaltungsbürokraten herausgetreten und trat selbst ins Rampenlicht, das ihm vorher höchstens in den badischen Grenzen vergönnt war.

---

<sup>443</sup> Merz, Kraft, S. 159.

<sup>444</sup> PAAA, Paris 1137, Kult 3a, Deutsche Botschaft Paris gez. Gerlach an das Auswärtige Amt vom 19. Mai 1944.

<sup>445</sup> Eine Zusammenstellung der Reisekosten des Ministerialrats Kraft in der Angelegenheit ergibt, dass Kraft zwischen 1940 und 1943 insgesamt 44 Mal im Wert von zusammen 31. 113 RM mutmaßlich nach Frankreich reiste. PAAA R 66828, Schmitthenner an das Auswärtige Amt in Berlin vom 8. Juni 1943.

<sup>446</sup> Ebd.

<sup>447</sup> PAAA Paris 1137, Kult 3a, Kraft an die Deutsche Botschaft in Paris vom 12. Juli 1944, S. 2.

<sup>448</sup> Ebd., S. 7.

Zu Krafts zahlreichen Funktionärstätigkeiten und Mitgliedschaften kam in seiner Straßburger Zeit die weitaus brisanteste hinzu: Seit dem 1. Januar 1942 war Kraft als Obersturmbannführer Mitglied der SS. Mohr stellt den Beitrittsvorgang so dar, als sei die Initiative von der SS-Führung ausgegangen.<sup>449</sup> Der Führer der Südwest-SS Kurt Kaul schrieb 1941 an Himmler, Kraft sei „für die Weiterentwicklung der Aufbauarbeiten im Elsaß für die SS von besonderer Bedeutung“.<sup>450</sup> Das beweist ein hervorgehobenes Interesse Kauls an Kraft, widerlegt jedoch nicht zwangsläufig, dass Kraft sich zuerst an Kaul gewandt hatte. Ob es Kraft aus eigenem Antrieb zur SS zog oder er sich von den verstärkten Interessenbekundungen der Schutzstaffel unter Druck gesetzt fühlte, kann ohne Einsicht in die Quellen letztlich nicht festgestellt werden. Wenn Kraft tatsächlich aktiv umworben wurde, wäre es möglich, dass er wähnte, die gerade erwiesene Gunst von Wagner wieder entzogen bekommen zu können, wenn sich eine Zurückweisung der SS-Avancen herumspräche. Tatsächlich scheint Kauls Entschlossenheit, Kraft für seine Organisation zu gewinnen, groß gewesen zu sein. So war nach Mohr ein längerer Schriftwechsel nötig, um die eigentlich verhängte Aufnahmesperre für Kraft ausnahmsweise umgehen zu können.<sup>451</sup>

Ein letzter Nachweis einer Aktivität Herbert Krafts als Beamter des Chefs der Zivilverwaltung führt schon in die Zeit nach der Befreiung des Elsass. Als die alliierten Armeen im November 1944 auf Straßburg vorrückten, erging der Evakuierungsbefehl an die Beamten und Angestellten der badischen Ministerialbürokratie reichlich spät,<sup>452</sup> sodass der Rückzug unorganisiert bis chaotisch verlief. Folglich war offenbar noch bis Anfang Februar der genaue Ablauf des Tages unklar. Deshalb beauftragte der Reichsstatthalter und de facto ehemalige Chef der Zivilverwaltung im Elsass Wagner seinen Mann für Spezialaufträge ein weiteres Mal. Diesmal sollte sich Kraft detektivisch betätigen und Informationen über das Verhalten der „Beamten d.C.d.Z. [des Chefs der Zivilverwaltung, d. Verf.] im Elsass nach der Räumung Strassburgs“ finden.<sup>453</sup> Kraft tat dies und lieferte vor allem einen ausschweifenden Augenzeugenbericht über die letzten Stunden des Ministerialdirektors Karl Gärtner, der bei der Flucht aus Straßburg tödlich verwundet wurde. Engehausen vermutet deshalb die Absicht, Stoff für eine märtyrisierende Heldengeschichte zum Tod Gärtners aufzutreiben.<sup>454</sup> Aufgrund der von Kraft gewählten Formulierung muss die Intention hinter den vom Gauleiter delegierten Nachforschungen um eine Kontrolle der Beamten erweitert

---

<sup>449</sup> Mohr, Kraft, S. 329 f.

<sup>450</sup> BA, Abt. II (BDC), OSS Personalakte Herber Kraft, Kaul an den Reichsführer SS, 1941 (zitiert nach Mohr, Kraft, S. 329).

<sup>451</sup> Vgl. Mohr, Kraft, S. 329 f.

<sup>452</sup> Vgl. Engehausen, Heldenepos.

<sup>453</sup> GLA 235/ 34779, Kraft an Wagner vom 5. Februar 1945.

<sup>454</sup> Vgl. Engehausen, Heldenepos.

werden, um möglichem „unehrenhaften“ Verhalten im Sinne von „Feigheit vor dem Feind“ unter der Beamtenschaft auf die Schliche zu kommen.

Über Krafts eigenes Entkommen aus Straßburg existiert keine Überlieferung. Den zitierten Bericht an den Gauleiter verfasste Kraft aus Baden-Baden, wo er seit Januar seinen neuen Dienstsitz im territorial über ganz Baden zerstreuten Kultusministerium<sup>455</sup> bezogen hatte.<sup>456</sup> Ebenda wurde Kraft am 2. September 1945 von der französischen Polizei verhaftet,<sup>457</sup> womit sein freies Leben endete. Kraft kam daraufhin nach Freiburg in Internierungshaft. Schon am 15. Januar 1946 starb er. Die Ursachen seines Todes im 60. Lebensjahr sind unbekannt. Nicht einmal der genaue Sterbeort ist zweifelsfrei. Der Freiburger Erzbischof sprach Augusta Kraft am 1. Februar seine Kondolenzbekundungen aus und erwähnte dabei, dass ihr Mann „hier im Lager“ verstorben sei.<sup>458</sup> Auf der Trauerkarte liest sich dann das Freiburger Diakonissenkrankenhaus als Sterbestätte. Dort heißt es auch, Herbert Kraft sei an den „Folgen einer Operation“ gestorben.<sup>459</sup> Liese Kraft wohnte während der letzten Monate ihres Vaters in Freiburg bei der Familie Leo Wohlebs, ihrem Patenonkel und sehr guten Freund Herbert Krafts. Dank des einflussreichen Onkels waren ihr tägliche Besuche im Lager gestattet. Der frühe Tod Herbert Krafts, dem es unter den Haftbedingungen, „nicht sehr schlecht, aber auch nicht gut“ gegangen sei, kam für sie völlig unerwartet.<sup>460</sup>

### **3. Nachleben: Entnazifizierung und historische Bewertung**

Zwei Tage nach dem Tod wurde Kraft beigelegt. Seiner Personalakte ist eine als „Nachruf“ titulierte Grabrede beigelegt. Dort wird Kraft als „impulsiv“ beschrieben und so habe er „oft in seinem Leben das Falsche gewählt“. Außerdem sei er weich gewesen und habe „oft zu viel nachgegeben“. Schließlich ging die Vergangenheitsdeutung des Trauerredners so weit, dass er aus dem Nationalsozialisten Herbert Kraft ein Opfer der Nationalsozialisten formte: „Auch er ist ein Opfer der großen Betrüger, die unser Volk in die ausweglose Irre geführt haben.“ Kindlich naiv und voller Idealismus habe er den Verführungen der Demagogen geglaubt. Später sei er dann „bewusst von anderen missbraucht“ worden, habe sich aber „stets für Gerechtigkeit eingesetzt und, wo es in seiner [...] Macht stand, den

---

<sup>455</sup> Engehausen, Durchhalteparolen.

<sup>456</sup> StAF F 110/ 1, 781, Schmitthenner an das Wehrmeldeamt Rastatt vom 26. Januar 1945.

<sup>457</sup> StAF F 110/ 1, 781, Stadtjugendamt Kempten an das badische Kultusministerium vom 19. Februar 1947.

<sup>458</sup> EAFR Nb8/ 42, Nachlass Gröber, Korrespondenz mit Laien, Gröber an Augusta Kraft vom 1. Februar 1946.

<sup>459</sup> Ebd.

<sup>460</sup> Persönliches Gespräch mit Liese Kraft am 20. 11. 2016.

Menschen zu helfen versucht“.<sup>461</sup> Wer der Verfasser dieser Zeilen war, ist unbekannt. Sein Narrativ vom blauäugigen Idealisten, der lange nicht erkannt hatte, wohin sein Aktivismus für Partei und Hitler führen würde, und dann – um sich und seine Familie fürchtend – von seinen Ämtern nicht mehr loskam, der dabei aber im Rahmen seiner Möglichkeiten versuchte, die Auswirkungen der nationalsozialistischen Verbrechen und Verfolgungsmaßnahmen abzufedern, wurde in der posthumen Rechtfertigungsstrategie von Krafts Freunden und Angehörigen aber begierig aufgegriffen. Die Vorlage dafür schuf jedoch schon früher der bereits bekannte Freiburger Erzbischof Conrad Gröber. In seinem lupenreinen „Persilschein“ bescheinigte er Kraft, um diesen aus der Haft freizubekommen, er habe „sich von allen extremen Seiten der Partei freigehalten“ und selbst unter ihnen gelitten. Die eigene, vermeintlich nicht mehr abzulegende Parteizugehörigkeit habe ihn schon 1935 so stark belastet, dass er in Tränen ausgebrochen sei.<sup>462</sup> Beide Quellen sind hervorragende mentalitätsgeschichtliche Zeugnisse der deutschen Nachkriegszeit, in ihrer Aussagekraft bezüglich der Zeit vor 1945 tendieren sie aber gegen null. Dass eine Trauerrede keine Abrechnung sein kann, versteht sich von selbst und über Gröber, der Kraft „nie zu Angesicht traf“, und seine problematischen Kämpfe für alte Nationalsozialisten wurde schon geschrieben.<sup>463</sup> Dass die Spruchkammer Freiburg Herbert Kraft am 23. September 1949 in die Gruppe der „Minderbelasteten“ einstuft,<sup>464</sup> obwohl ja auch für die institutionalisierten Entnazifizierungsverfahren schon eine Tendenz zur „Mitläuferfabrik“ nachgewiesen wurde,<sup>465</sup> zeigt, dass die Opferrolle Krafts nicht haltbar ist. In der Urteilsbegründung wurde bedingungslos anerkannt, dass Kraft als alter Parteigenosse und Träger zahlreicher Parteiabzeichen eine unrühmliche Mitverantwortung bei der Errichtung des totalitären Herrschaftssystems zukam. Es könne „keine Frage sein, dass er ein aktiver Kämpfer für den NS“ gewesen war.<sup>466</sup> Dass Kraft kein höherer Grad an Belastung vorgeworfen wurde, begründete die Spruchkammer mit der Behauptung, er habe sich in der Ausübung seines Amtes, an das er zwar durch seine Nähe zum Nationalsozialismus gekommen war, stets redlich verhalten und dieses „tadellos geführt“. Insbesondere habe er sich „immer bemüht, für die Verfolgten des Nat. Soz. [Nationalsozialismus, d. Verf.] einzutreten“.<sup>467</sup> Entschei-

---

<sup>461</sup> StAF F 110/ 1, 781, Nachruf vom 17. Januar 1946.

<sup>462</sup> EAFR Nb8/ 42, Nachlass Gröber, Korrespondenz mit Laien, Empfehlungsschreiben vom 13. Dezember 1945.

<sup>463</sup> S. o., Anm. 361

<sup>464</sup> CADC, Bade 1509/ 700, Spruchkammerakte Herbert Kraft, Badisches Staatskommissariat für politische Säuberung, Entscheidung vom 29. September 1949.

<sup>465</sup> Am Beispiel von Bayern siehe Niethammer, Lutz: Die Mitläuferfabrik. Die Entnazifizierung am Beispiel Bayern, Berlin/ Bonn 1982.

<sup>466</sup> CADC, Bade 1509/ 700, Spruchkammerakte Herbert Kraft, Begründung – Exposé des motifs.

<sup>467</sup> Ebd.

dungsgrundlage dieses Spruches waren zahlreiche Entlastungsbescheinigungen, sogenannte „Persilscheine“, welche Krafts Witwe Augusta im Vorfeld fleißig gesammelt hatte, weil sie wohl glaubte, durch ein mildes Urteil die eigenen Ansprüche auf Hinterbliebenenbezüge durchsetzen zu können.<sup>468</sup> Die Entlastungszeugnisse, denen die Spruchkammer im allgemeinen Glauben schenkte, sind aber einzeln einer sehr genauen quellenkritischen Analyse zu unterziehen, bevor ihr ein Aussagewert zugebilligt werden kann. Kann dies im Folgenden auch nicht en Detail durchgeführt werden, soll doch zu manchen entlastenden Erklärungen Stellung bezogen werden. Elisabeth Becker und Heinrich Schwall gehörten der von Kraft geleiteten Abteilung für Höhere Schulen an. Es liegt nicht fern, dass die Angehörigen der Ministerialbürokratie ein natürliches Interesse hatten, sich gegenseitig zu entnazifizieren, um dem Metanarrativ von der unpolitischen Behörde Vorschub zu leisten. Bei einer weiteren Anzahl an Zeugnissen stellte sich heraus, dass die Aussteller seinerzeit in einem engen freundschaftlichen Verhältnis zu Herbert Kraft standen.<sup>469</sup> Nicht nur veranlasste die persönliche Sympathie in solchen Fällen möglicherweise dazu, beschönigende Aussagen zu machen und die Wahrheit ein wenig zu Gunsten des Angeklagten zu dehnen, die Wahrscheinlichkeit, dass sich Kraft seinen engsten Freunden gegenüber tatsächlich gebührend verhalten hatte, ist natürlich sehr groß. Dies ist jedoch banal und kann im Hinblick auf eine Einschätzung der politischen Verantwortung Krafts nichts beitragen. Hier ließe sich auch ein Fall anführen, der von der Literatur wegen eines prominenten Beteiligten schon hinlängliche Würdigung erfahren hat, in dieser Arbeit aber noch keine Erwähnung fand. Leo Wohleb, nach dem Krieg der letzte Badische Staatspräsident, war als Oberregierungsrat Referent in Krafts Ministerialabteilung und fiel nach einem Telefonat mit Robert Wagner, bei dem er die Stimme des Reichsstatthalters nicht erkannte und ihm deshalb die gehörige Unterwürfigkeit versagt hatte, beim Gauleiter in Ungnade und sollte umgehend aus dem Amt entfernt werden. Kraft war daraufhin vermittelnd zugunsten von seinem Mitarbeiter Wohleb aktiv geworden und konnte diesem zumindest eine Stelle als Direktor eines Baden-Badener Gymnasiums verschaffen.<sup>470</sup> Dieser Einsatz wurde Kraft auch in der bestehenden Literatur als Ausdruck einer gemäßigten Haltung ausgelegt.<sup>471</sup> Dass Kraft aber in Wohleb seinen vielleicht besten Freund hatte, war bisher nicht bekannt. Seiner Tochter soll Kraft einmal gesagt haben, wenn ihm etwas zustoße werde Leo

---

<sup>468</sup> Vgl. StAF F 110/ 1, 781, Augusta Kraft an den Präsidenten des Landesbezirks Baden, Abteilung Kultus und Unterricht (Datum unbekannt); Augusta Kraft an den Präsidenten des Landesbezirks für Unterricht, Baden vom 23. Mai 1449.

<sup>469</sup> Manche Aussteller erwähnten die Freundschaft in ihren Schreiben selbst. Bei anderen (insgesamt acht der 21 Zeugen) konnte sich Liese Kraft ihrer erinnern, persönliches Gespräch mit Liese Kraft am 20. 11. 2016.

<sup>470</sup> Ausführlich mit diesem Fall beschäftigt sich Merz, *Beamtentum*.

<sup>471</sup> Vgl. Merz, Kraft, S. 159.

Wohleb ihr „stellvertretender Vater“ sein und tatsächlich lebte Liese Kraft nach der Verhaftung ihres Vaters eine Weile bei der Familie Wohleb.<sup>472</sup> Vor diesem Hintergrund erscheint natürlich auch die Hilfe für Wohleb nur noch wie eine Selbstverständlichkeit unter Freunden.

Zu den Freunden traten in relativer Häufigkeit katholische Geistliche hinzu. Das in Umlauf gewesene Gerücht über Krafts Frömmigkeit ist an anderer Stelle bereits thematisiert worden. Teils von dieser Nachrede selbst, teils von der obersten Autorität der badischen Katholiken beeinflusst, könnten sich auch einige untergeordnete Pfarrer aus einer angeblichen Kirchennähe Krafts heraus ihr Urteil über diesen gebildet haben. Bei anderen Zeugnissen ist es gar nicht nötig, die Glaubwürdigkeit der Verfasser in Zweifel zu ziehen, man muss lediglich genau lesen, was geschrieben wurde. Clara Siebert, ehemalige Zentrumsabgeordnete im Landtag, führte etwa aus: „Obwohl scharfe Gegnerschaft zwischen den Zentrumsabgeordneten und den nationalsozialistischen Abgeordneten bestand, behielt Herr Herbert Kraft immer eine höfliche und gütige Haltung mir gegenüber. Er wäre in keiner Weise ausfällig geworden“.<sup>473</sup> Kraft schlug also im Parlament nur männliche Zentrumsmitglieder, während er den Frauen gegenüber seine bekannten höflichen Umgangsformen bewahrte. Das kann man als beruhigend empfinden, sollte es aber nicht zum Beweismittel eines Spruchkammerverfahrens oder der historischen Urteilsfindung in Bezug auf Krafts Mitschuld am und im „Dritten Reich“ machen.

Einige der Zuschreibungen und Aussagen in Krafts Entnazifizierungsakte können natürlich wahrheitsgemäß sein. Darauf, dass Kraft von einer – nicht ausschließlich Freunden gegenüber – hilfsbereiten Natur war, gibt es verschiedene Hinweise.<sup>474</sup> Sehr nah an eine zutreffende Charakterisierung von Herbert Krafts Verhältnis zum Nationalsozialismus und den staatlichen Verfolgungsmaßnahmen im „Dritten Reich“ kommt wohl die Einschätzung eines Prälaten beim Erzbischöflichen Stadtpfarramt in Mannheim: Unverrückbar sei Kraft überzeugter Nationalsozialist gewesen. Er könne ihm „jedoch bestätigen, daß er Ungerechtigkeit und unnötige Härten nicht billigte und wo es ging, sie auch abzuwenden suchte“.<sup>475</sup> Kraft war dabei in einem Zwiespalt. Er hatte sich irgendwann in den 1920er

---

<sup>472</sup> Persönliches Gespräch mit Liese Kraft vom 20. 11. 2016.

<sup>473</sup> CADC, Bade 1509/ 700, Spruchkammerakte Herbert Kraft, Clara Siebert, Erklärung vom 4. Juni 1948.

<sup>474</sup> Liese Kraft etwa fällt über ihren Vater das nicht an Differenzierung entbehrende Urteil: „Zu seiner Familie war er nicht gut. Aber sonst war er ein sehr guter Mensch. Er hat immer versucht zu helfen, wenn Leute in Not waren. Da war er sehr hilfsbereit und hat ausgeholfen mit Geld oder seine Kontakte eingesetzt“, persönliches Gespräch mit Liese Kraft am 20. 11. 2016; auch Walter Köhler erwähnte in seinen Memoiren Krafts besondere „Hilfsbereitschaft“, StAW Rep. 36/ 4298, Erinnerungen Walter Köhler, S. 92.

<sup>475</sup> CADC, Bade 1509/ 700, Spruchkammerakte Herbert Kraft, Erzb. Stadtpfarramt der Oberen Pfarrei Mannheim, Prälat Ernst Bauck vom 8. Mai 1848.

Jahren dazu entschieden, sich mit aller Konsequenz hinter den Nationalsozialismus und seine propagierten Ziele zu stellen. Die politische Weitsicht, um die Folgen seines Tuns abschätzen zu können, fehlte ihm wohl. Er erkannte nicht ohne Weiteres den Zusammenhang zwischen dem, was seine Verwaltungs- und multifunktionale Tätigkeit zur Konsolidierung des nationalsozialistischen Terrorstaats und der Implementierung nationalsozialistischer Politiken beitrug und den Auswirkungen der nationalsozialistischen Repressionen, wenn diese dann plötzlich Leute zu spüren bekamen, die Kraft in seiner bürgerlich determinierten Wertvorstellung für anständig und rechtschaffen hielt oder mit denen er sogar persönlich befreundet war.

Am besten verdeutlicht sich diese Ambivalenz in Krafts Freundschaft zu Dr. Ulrich Bernays, der im nationalsozialistischen Jargon als „Halbjude“ galt<sup>476</sup> und folglich ins Visier staatlicher Willkür und Verfolgung rückte. Als dieser „1935 infolge der Nürnberger Gesetze aus dem Staatsdienst entlassen werden sollte, hat Herr Kraft sehr stark versucht, mich zu halten“.<sup>477</sup> Das mag so gewesen sein. Doch die Nürnberger Rassegesetze waren per Reichstagsbeschluss in Kraft getreten und Herbert Kraft persönlich hatte als Mitglied dieses Gremiums seinen kleinen Anteil daran, dass die Verdrängung und Ausgrenzung der Juden aus dem öffentlichen Raum in Deutschland geltendes Recht geworden war. Das Schicksal Bernays teilten im ganzen Reich Millionen Andere, denen Kraft nicht helfen konnte. Er war Teil des Problems für Tausende und nur für Wenige Teil der Lösung. Krafts Mitschuld an der Durchsetzung und Vollstreckung nationalsozialistischer Ideologie dürfte in seinen bürokratischen Funktionen die des Reichstagsabgeordneten, wo sich sein Einfluss auf formelle Akklamationsakte und Jubeln beschränkte, noch bei Weitem überstiegen haben.

Offensichtlich verschloss Kraft vor diesem Zusammenhang beharrlich die Augen, wenn es stimmt, dass er hin und wieder Kritik an Maßnahmen der nationalsozialistischen Regierung übte und gleichzeitig seinem Führer noch 1940 gelobte, „an ihn zu glauben, bis er stirbt“.<sup>478</sup> Einzusehen, dass das System, das er selbst mitgeschaffen hatte, in sich zerstörerisch und menschenfeindlich war, hätte viel Mut gebraucht. Dazu fehlte Kraft am Ende das Rückgrat. So flüchtete er sich in die Vorstellung, dass das Unglück und die Ungerechtigkeiten, die er wahrnahm, nicht zwingendes Ergebnis des Nationalsozialismus oder Wille seines Führers Hitler seien, sondern von einzelnen „Unterführern und 'Parteibonzen““,

---

<sup>476</sup> So Liese Kraft im persönlichen Gespräch am 20. 11. 2016. Bernays selbst schrieb in seiner Erklärung zugunsten von Kraft, er sei „jüdischer Abstammung“. CADZ, Bade 1509/ 700, Spruchkammerakte Herbert Kraft, Bescheinigung Dr. Ulrich Bernays vom 2. Mai 1948.

<sup>477</sup> Ebd.

<sup>478</sup> Zitiert nach Merz, Kraft, S. 159.

welche die guten Prinzipien des Nationalsozialismus in Verbrechen und Gräueltaten pervertierten.<sup>479</sup>

Seine menschlichen Bedenken hatte Kraft also nicht zu Ende gedacht. Stattdessen richtete er sich bequem in seiner Scheinwelt ein. Doch die setzte seinen Möglichkeiten zur Abmilderung des Unrechts enge Grenzen. Wenn es den von Merz konstatierten „partielle[n] Gesinnungswandel“<sup>480</sup> in Ansätzen gegeben haben sollte, sind die Auswirkungen dieser Entwicklung verglichen mit dem, was Kraft an politischer Verantwortung und Schuld vor und nach 1933 auf sich geladen hatte, so marginal, dass sie kaum der Erwähnung wert scheint.

#### **4. Fazit**

Die vorliegende Arbeit erzählte das Leben Herbert Krafts von 1886 bis 1946 in all seinen Phasen. Es wurde versucht, den Protagonisten so echt vorzustellen und so nahezubringen wie es die fragmentarische und selektive Quellenüberlieferung zulässt. Der Lebensweg des Mannes, der schon früh für das Erstarken des Nationalsozialismus kämpfte und nach dem Machtantritt von 1933 als einer der zahlreichen Verwalter des Regimes im öffentlichen Dienst seine „Mitarbeit am Werk des Führers“ fortsetzte, wurde dabei mit der Absicht untersucht, einen Beitrag NS-Forschung zu liefern, die sich auf den Blickwinkel auf Herbert Kraft natürlich auswirken muss und dieser Biographie somit ihre Ordnung gab. Durch diese Perspektive gerieten andere, möglicherweise ebenfalls interessanten Aspekte in den Hintergrund. Krafts Privatleben beispielsweise oder seine hauptberufliche Tätigkeit als Lehrer in der Weimarer Republik wurden immer nur soweit behandelt und angeschnitten, als sie Erkenntnisse über Krafts Verhältnis zum Nationalsozialismus herzugeben versprachen.

An die dreigeteilte Biographie wurden jeweils unterschiedliche Fragen gestellt. Der erste Abschnitt behandelte das vornationalsozialistische Leben Krafts. Hierbei sollte herausgearbeitet werden, wie und aus welchen Gründen sich Kraft, für den wahrscheinlich ein bürgerliches Dasein im Deutschen Kaiserreich vorgesehen war und dem es auch an Bildung nicht mangelte, so weit radikalisierte, dass er sich schließlich der radikalsten aller Rechtsparteien der Weimarer Republik anschloss. Um dem Grundproblem mikrohistorischer Einzelbetrachtungen entgegenzuwirken, wurde die vorpolitische Biographie Krafts mit den Erkenntnissen der quantitativ vorgehenden Massenstudien zu den Mitgliedern der NSDAP verglichen und somit in die aktuelle Forschung eingeordnet. Die zutage getragenen Ergebnisse wurden in Kapitel 2.1.6. ausführlich aufbereitet. Im Wesentlichen wurde

---

<sup>479</sup> Vgl. ebd.

<sup>480</sup> Merz, Kraft, S. 159.



gezeigt, dass Kraft entscheidende Kriterien erfüllte, die eine Hinwendung zum Nationalsozialismus typischerweise beförderten. Ausschlaggebender Radikalisierungsmoment waren dann aber unzweifelhaft die Frontjahre und Erlebnisse im Weltkrieg sowie die sich anschließenden Kämpfe im Freikorps an der Ostfront. Das enttäuschende Resultat, die deutsche Kriegsniederlage und die bitteren Friedensbedingungen, konnte der sich betrogen fühlende Kraft nicht überwinden.

Im zweiten Abschnitt wurde dann Krafts Leben in der Weimarer Republik behandelt und somit in das eigentliche Kernthema dieser Arbeit, einer Feststellung und Gewichtung von Krafts „Mitarbeit am Werk des Führers“, eingestiegen. Der Mittelteil von Krafts Biographie hatte dabei die spezifische Aufgabe, Krafts Beitrag zum Aufstieg der „Hitlerbewegung“ bis zu deren Griff nach der Macht 1933 dazustellen und zu bewerten. Obwohl die Arbeit für diese Phase auch zeigte, dass Krafts Weg von seinem ersten Parteieintritt 1923 bis zu den Jahren 1928/29, als er sich in die Führungsriege der badischen NSDAP aufschwang, kein geradliniger oder vorbestimmter war, bleibt an dem Hauptbefund, dass Kraft sich durch seinen unermüdlichen Einsatz für die Ziele seiner Partei in erheblicher Weise an der Zerschlagung der ersten Demokratie in Deutschland schuldig machte. Dieser unrühmliche Beitrag zum Sturz von Parlamentarismus, Pluralismus und Demokratie sollte dann genauer definiert werden, indem der Fokus auf Krafts innerparteiliche Funktion gerichtet wurde. Das widersprüchlich erscheinende Bild vom bürgerlichen Sitten und Anstandsnormen frönenden Akademiker, der sich im Hohen Hause des Badischen Landtags aber schnell den Ruf des schlimmsten Randalierers des braunen Fraktionsgrüppchens einhandelte, wurde durch den Verweis auf sich verändernde parteitaktische Devisen sowie eine zwischen bürgerlichen Formen und Höflichkeitsidealen auf der einen Seite und cholerischen Neigungen auf der anderen Seite wandelnde Persönlichkeitsstruktur, aufzulösen versucht.

Das dritte Teilkapitel verfolgte schließlich Krafts Leben während der Jahre 1933 bis zum Ende der nationalsozialistischen Herrschaft und seinem kurz darauffolgenden Tod. Durch seine langjährige Zugehörigkeit zur nunmehrigen Staatspartei war er in diesen Jahren Ministerialrat im badischen Kultusministerium und seit 1940 zusätzlich Beamter der elsässischen Zivilverwaltung. Das im Anschluss an Diktatur und Krieg oft vorgebrachte Argument, die Ministerialbürokratie Badens habe im hitlerschen Zentralismus keinerlei Einfluss mehr gehabt, die Handlungsspielräume der Verwaltungsbeamten seien minimal und ihre Tätigkeit eine genuin unpolitische gewesen, kann der Blick auf Herbert Kraft nicht ohne Weiteres bestätigen. Der Ministerialrat vereinte eine Vielzahl an Zuständigkeiten auf

seiner Person und konnte zuweilen sogar ungestraft an seinem Minister vorbeihandeln. Daneben übernahm Kraft im „Dritten Reich“ eine Vielzahl von nebenamtlichen Funktionen, die in ihrer Bedeutung für die Funktionsfähigkeit von Hitlers Reich und die Erleichterung nationalsozialistischer Herrschaftsdurchdringung changierten. In der badischen Schul- und Sportpolitik muss man festhalten, dass Kraft zu den Schlüsselfiguren der Regierung gehörte, wenn er nicht gar den entscheidenden Akteur in diesen Bereichen darstellte. Ähnliches gilt für seine spätere Tätigkeit als Bevollmächtigter Wagners bei der Rückholung elsässischer Kulturgüter „heim ins Reich“. Alles in allem war die ausgeprägte Form der „Mitarbeit am Werk des Führers“ während der nationalsozialistischen Herrschaftsjahre von der bisherigen Forschung zu Herbert Kraft noch nicht adäquat erkannt worden und trat gegenüber einzelnen, Mitleid beweisenden Hilfsaktionen des Ministerialrats und Multifunktionärs, die aber nicht einmal einen Bruchteil von Krafts politischer Verantwortung aufwiegen können, ungerechtfertigter Weise in den Hintergrund.

Abschließend sei noch einmal darauf hingewiesen, dass sich der Erkenntniswert einer Einzelbiographie für die grundlegenden Fragen der NS-Forschung ohne die nötige Kontextualisierung in Grenzen hält. In Bezug auf Krafts Platz innerhalb der Typenlehre der Nationalsozialisten wurde dieser Kontextualisierung Raum gegeben. Im Hinblick auf Herbert Kraft als Angehöriger des badischen Kultusministeriums darf die Veröffentlichung der Forschungsergebnisse des Projekts zu den Landesministerien in Baden und Württemberg in der NS-Zeit gespannt erwartet werden.

## 5. Quellen- und Literaturverzeichnis

### 5.1. Quellen

#### 5.1.1. Archivalien

- **Centre des Archives Diplomatiques de La Courneuve (CADC)**

CADC, Bade 1509/ 700, Spruchkammerakte Herbert Kraft.

- **Erzbischöfliches Archiv Freiburg (EAF)**

EAFR B2-19/ 54, Erziehung und Unterricht, Höhere Lehranstalten (Mittelschulen), Religionsunterricht.

EAFR Nb-8/ 42, Nachlass Gröber, Korrespondenz mit Laien.

- **Generallandesarchiv Karlsruhe (GLA)**

GLA, Badisches Staatsministerium, Verleihung des Ritterkreuzes vom Zähringer Löwen und der silbernen Verdienstmedaille am Bande der militärischen Karl-Friedrich-Verdienstmedaille/ 1915-16.

GLA 231/ 10956, fol. 268, Personalbogen des Abgeordneten Kraft, Herbert Karl Oskar.

GLA 231/ 3397, Badischer Landtag, Jahr 1933.

GLA 233/ 27915.

GLA 234/ 5725, Anzeigen gegen die Landtagsabgeordneten Herbert Kraft und Robert Wagner wegen Beleidigung.

GLA 235/ 13301.

GLA 235/ 19694, Förderung der Luftfahrt in den Schulen.

GLA 235/ 34779.

GLA 235/ 35724.

GLA 235/ 38160, Privater Schriftwechsel des Ministerialrats und Reichstagsabgeordneten Kraft, 1938.

GLA 235/ 5243, Universität Straßburg.

GLA 237/ 28633, Handakten Voelkels.

GLA 309 Zugang 1987-54/ 45, Registraturbetrieb in Justizverwaltungsangelegenheiten/ 1936–1944.

GLA 456/ 6472, Personal-Akten über den Leutnant d. Res. Herbert K. Osk. Kraft.

GLA, 465 h/ 54621, Spruchkammerakte Paul Frank.

- **Landeskirchliches Archiv Karlsruhe (LKA)**

LKA 150/ 028. Lebenserinnerungen Paul Schmitthenner.

- **Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (PAAA)**

PAAA, B Paris 1110b, Kult 3a. Deutsche Botschaft Paris.

PAAA, B Paris 1137, Kult 3a. Deutsche Botschaft Paris.

PAAA, R 66828. Abteilung Kultur des Auswärtigen Amtes.

- **Staatsarchiv Freiburg (StAF)**

StAF F 110/1, 781. Badisches Ministerium des Kultus und Unterrichts Karlsruhe. Personalakten. Herbert Kraft.

- **Stadtarchiv Heidelberg (StAHD)**

StAH B 269, Oberrealschule Heidelberg. Jahresberichte.

StAH, Geburtenbuch Heidelberg 1886, Nr. 432.

StAH, Meldekarte Dr. Stephan Kraft.

StAH, Meldekarte Herbert Kraft.

- **Stadtarchiv Weinheim (StAW)**

StAW, Rep. 36/ 4298, Erinnerungen Walter Köhler.

- **Universitätsarchiv Heidelberg (UAHD)**

UAH, Studenten-Akte Herbert Kraft.

### **5.1.2. Gedruckte Quellen**

Degeners Wer ist´s? Eine Sammlung von rund 18000 Biographien mit Angaben über Herkunft, Familie, Lebenslauf, Veröffentlichungen und Werke, Lieblingsbeschäftigung, Mitgliedschaft bei Gesellschaften, Anschrift und anderen Mitteln von allgemeinem Interesse, hrsg. v. Herrmann A. L. Degener, X. Ausgabe, Berlin 1935.

Der Deutsche Reichstag 1936. III. Wahlperiode nach dem 30. Januar 1933. Hrsg. v. E. Kienast, Berlin 1936.

Der Großdeutsche Reichstag 1938. IV. Wahlperiode (nach dem 30. Januar 1933). Hrsg. v. E. Kienast, Berlin 1938.

Handbuch für den badischen Landtag. IV. Landtagsperiode 1929–1933, im Auftrag des Landtags zusammengestellt und bearbeitet von Karl Groß, Karlsruhe 1930.

Handbuch für den Badischen Landtag. V. Landtagsperiode 1933–1937, im Auftrag des Landtags zusammengestellt und bearbeitet von Karl Groß, Karlsruhe 1934.

Herbert Kraft: Die Richtlinien für die Leibeserziehung in Jungenschulen und ihre Anwendung in den deutschen Auslandsschulen, in: Der Deutsche Erzieher, Ausgabe Gau Baden, Die badische Schule (1938), Jg. 5, S. 61–63.

Herbert Kraft: Die Wertung der höheren Schule als deutscher Kultur- und Machtfaktor durch das Ausland, in: Die badische Schule 5 (1935), S. 61–63.

Herbert Kraft: Entwurf über die Gestaltung der Leibesübungen an den deutschen In- und Auslandsschulen, in: Die deutsche Schule im Auslande (1935), Jg. 27, S. 62–67.

### **5.1.3. Onlinequellen**

Badisches Gesetz- und Verordnungsblatt Nr. 39, 16. Juni 1933. Online unter: <http://digital.blb-karlsruhe.de/blbihd/periodical/pageview/982323>, zuletzt aufgerufen am 13.12.2016.

Der Führer: das Hauptorgan der NSDAP Gau Baden; der Staatsanzeiger. Online unter: <http://digital.blb-karlsruhe.de/blbz/periodical/titleinfo/3066784>, zuletzt aufgerufen am 9.12.2016.

Deutsches Reichsgesetzblatt Nr. 29, 2. April 1933. Online unter: <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/alex?aid=dra&datum=1933&page=298&size=45>, zuletzt aufgerufen am 30.11.2016.

Deutsches Reichsgesetzblatt Nr. 34, 7. April 1933. Online unter: <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/alex?aid=dra&datum=1933&page=300&size=45>, zuletzt aufgerufen am 12.12.2016.

Nachtrag zum Reichstags-Handbuch der IX. Wahlperiode 1933. Hrsg. vom Büro des Reichstags, Berlin 1936. Online unter: <http://daten.digitale->

[sammlun-](#)

[gen.de/~db/bsb00000009/images/index.html?fip=193.174.98.30&seite=508&pdfseitex=](#),

zuletzt aufgerufen am 14.12.2016.

Protokolle des Badischen Landtags, in: Badische Landesbibliothek Karlsruhe. Online unter: <http://digital.blb-karlsruhe.de/topic/view/792873>, zuletzt aufgerufen um 11.12.2016.

Verhandlungen Des Deutschen Reichstags, Reichstagsprotokolle 1933/ 1936, 1; 1936/ 1938,1; 1939/42,1. Online unter: <http://www.reichstagsprotokolle.de/rtbiiiauf.html>, zuletzt aufgerufen am 14.12.2016.

## 5.2. Literatur

Beck, Hermann: The fateful Alliance. German Conservatives and Nazis in 1933: the Machtergreifung in a new light, New York u.a. 2008.

Böhm, Axel: Die Mitglieder der frühen (NS)DAP (1919–1922): Zur Sozialstruktur in den Ortsgruppen München, Rosenheim, Landshut, Passau und Mannheim, in: Jürgen W. Falter (Hg.): Junge Kämpfer, alte Opportunisten. Die Mitglieder der NSDAP 1919–1945, Frankfurt a. M./ New York 2016, S. 361–379.

Bräunche, Ernst Otto: Die Entwicklung der NSDAP in Baden bis 1932/33, in: Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins, Bd. 125 (NF, Bd. 86), Stuttgart 1977, S. 331 – 375.

Ders.: Die NSDAP in Baden 1928–1933. Der Weg zur Macht, in: Thomas Schnabel (Hg.): Die Machtergreifung in Südwestdeutschland. Das Ende der Weimarer Republik in Baden und Württemberg 1928–1933, Stuttgart/ Berlin u.a. 1982, S. 15–48,

Broszat, Martin: Der Staat Hitlers. Grundlegung und Entwicklung seiner inneren Verfassung (dtv Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, Bd. 8), München <sup>9</sup>1983.

Citino, Robert M.: Meet the Freikorps, in: Military History (2012), Bd. 29, Heft 4, S. 60–67.

Buland/ Rainer: Die Schachweltmeisterschaft 1934 und das Gästebuch: Vorgeschichte, Organisation, Verlauf und Beurteilung, in: Rainer Buland/ Bernadette Edtmaier/ Georg Schweiger (Hgg.): Das Gästebuch der Schachweltmeisterschaft 1934 in Deutschland. Faksimile, Forschungsergebnisse, Geschichte und Umfeld (Ludographie – Spiel und Spiele, Bd. 2), Münster 2015, S. 13–34.

Ders./ Edtmaier, Bernadette: Lexikalische Liste der identifizierten Personen, in: Rainer Buland/ Bernadette Edtmaier/ Georg Schweiger (Hgg.): Das Gästebuch der Schachweltmeisterschaft 1934 in Deutschland. Faksimile, Forschungsergebnisse, Geschichte und Umfeld (Ludographie – Spiel und Spiele, Bd. 2), Münster 2015, S. 121–144.

Diehl, James M: Von der „Vaterlandspartei“ zur „Nationalen Revolution“: Die „Vereinigten Vaterländischen Verbände Deutschlands (VVVD)“ 1922–1932, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Jg. 33 (1985), Heft 4, S. 617–639.

Ebner, Andreas: Als der Krieg den Fußball fraß. Die Geschichte der Gauliga Baden 1933 – 1945, Ubstadt-Weiher 2016.

Engehausen, Frank: Die Ausschaltung einer „zweifellos unhaltbaren Lehrerin“ – Zur Rolle des Badischen Kultusministeriums im Repressionsapparat der Diktatur, 19. 9. 2016, in: Geschichte der Landesministerien in Baden und Württemberg in der Zeit des Nationalsozialismus. Online unter: <http://ns-ministerien-bw.de/2016/09/die-ausschaltung-einer-zweifellos-haltlosen-lehrerin-zur-rolle-des-badischen-kultusministeriums-im-repressionsapparat-der-diktatur/>, zuletzt aufgerufen am 29. 11. 2016.

Ders.: Durchhalteparolen aus dem Heidelberger Hotel Viktoria – Paul Schmitthenner als Leiter des Badischen Kultusministeriums in den letzten Kriegswochen 1945, 11. Dezember 2015, in: Geschichte der Landesministerien in Baden und Württemberg in der Zeit des Nationalsozialismus. Online unter: <http://ns-ministerien-bw.de/2015/12/durchhalteparolen-aus-dem-heidelberger-hotel-viktoria-paul-schmitthenner-als-leiter-des-badischen-kultusministeriums-in-den-letzten-kriegswochen-1945/>, zuletzt aufgerufen am 15. 12. 2016.

Ders.: Materialsammlung für ein Heldenepos? Ein Bericht über den Tod des Ministerialdirektors Karl Gärtner beim Rückzug der deutschen Besatzer aus Strassburg im November 1945, 14. März 2016. Geschichte der Landesministerien in Baden und Württemberg in der Zeit des Nationalsozialismus. Online unter: <http://ns-ministerien-bw.de/2016/03/materialsammlung-fuer-ein-heldenepos-ein-bericht-ueber-den-tod-des-ministerialdirektors-karl-gaertner-beim-rueckzug-der-deutschen-besatzer-aus-strassburg-im-november-1944/>, zuletzt aufgerufen am 15. 12. 2016.

Ders.: Nur kleine Rädchen im Getriebe? Die Rolle der badischen und württembergischen Ministerien in der Zeit des Nationalsozialismus wird von einer Historikerkommission un-

tersucht, in: Momente. Beiträge zur Landeskunde Baden-Württembergs, Heft 4 (2014), S. 10–13.

Falter, Jürgen W.: Spezifische Erklärungsmodelle und Motive der NSDAP-Mitgliedschaft, in: Ders. (Hg.): Junge Kämpfer, alte Opportunisten. Die Mitglieder der NSDAP 1919–1945, Frankfurt a. M. u.a. 2016, S. 65–87.

Ders.: Zur Soziographie des Nationalsozialismus. Studien zu den Wählern und Mitgliedern der NSDAP (HSR Supplement No. 25, 2013).

Ders.: 10 Millionen ganz normale Parteigenossen. Neue Forschungsergebnisse zu den Mitgliedern der NSDAP 1925–1945 (Abhandlungen der Geistes- und Sozialwissenschaftlichen Klasse, Nr. 4 2016), Mainz/ Stuttgart 2016.

Finger, Jürgen: Eigensinn im Einheitsstaat. NS-Schulpolitik in Württemberg, Baden und im Elsass 1933–1945. Baden-Baden 2016.

Finker, Kurt: Bund Wiking (BW) 1923–1928, in: Dieter Fricke u.a. (Hgg.): Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789–1945), Bd. 1, Köln/ Leipzig 1983, S. 368–373.

Fraenkel, Ernst: Der Doppelstaat, Hamburg 2001.

Junge Kämpfer, alte Opportunisten. Die Mitglieder der NSDAP 1919–1945, hrsg. v. Jürgen W. Falter, Frankfurt a. M./ New York 2016.

Keller, Erwin: Konrad Gröber 1872–1948. Erzbischof in schwerer Zeit, Freiburg u.a. 1982.

Keller, Peter: „Die Wehrmacht der Deutschen Republik ist die Reichswehr“. Die deutsche Armee 1918–1921 (Krieg in der Geschichte, Bd. 82), Paderborn 2014.

Kershaw, Ian: Der NS-Staat. Geschichtsinterpretationen und Kontroversen „im Überblick, Reinbek bei Hamburg 1989.

Koch, Miriam: Akten geben Auskunft – Quellen zu Biografien von Verwaltungsbeamten: Teil I – Die Personalakte, 4. 5. 2016. Online unter: <http://ns-ministerien-bw.de/2016/05/verwaltungsgeschichte-und-biographische-forschung-akten-geben-auskunft-teil-1-die-personalakte/>, zuletzt aufgerufen am 30. 11. 2016.

Kuller, Christiane: Bürokratie und Verbrechen. Antisemitische Finanzpolitik und Verwaltungspraxis im nationalsozialistischen Deutschland (Das Reichsfinanzministerium im Nationalsozialismus, Bd. 1) München 2013.



Kupfer, Torsten: Generation und Radikalisierung: Die Mitglieder der NSDAP im Kreis Bernburg 1921 – 1945; ein Resümee, in: HSR 31 (2006), Heft 2, S. 180 – 222.

Liebe, Werner: Die Deutschnationale Volkspartei 1918–1924 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 8) Düsseldorf 1956.

Maser, Werner: Der Sturm auf die Republik. Frühgeschichte der NSDAP, Stuttgart <sup>2</sup>1973.

Meinl, Susanne: Vom Fememord zum Völkermord? Terror und Gewaltentfesselung in der Freikorpsbewegung, in: Helgard Kramer (Hg.): NS-Täter aus interdisziplinärer Perspektive, München 2006, S. 311–326.

Mertens, Lothar: Bildungsprivileg und Militärdienst im Kaiserreich. Die gesellschaftliche Bedeutung des Einjährig-Freiwilligen Militärdienstes für das deutsche Bildungsbürgertum, in: Bildung und Erziehung, Jg. 44 (1990), Heft 2, S. 217–228.

Merz, Hans-Georg: Beamtentum im nationalsozialistischen Staat – Der „Fall“ Leo Wohleb, in: Zeitschrift des Breisgau-Geschichtsvereins „Schau-ins-Land“, 103 (1984), S. 131–148.

Ders.: Kraft, Herbert Karl Oskar, in: Badische Biographien (N.F., Bd. 3). Hrsg. v. Bernd Ottnad, Stuttgart 1990, S. 157–159.

Mohr, Alexander: „Ein gebildet sein wollender Mensch“. Herbert Kraft, Präsident des Badischen Landtags, in: Die Führer der Provinz. NS-Biographien aus Baden und Württemberg (Karlsruher Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus, Bd. 2). Hrsg. v. Michael Kißener/ Joachim Scholtyseck, Konstanz 1997, S. 311–331.

Mommsen, Hans: Hitlers Stellung im nationalsozialistischen Herrschaftssystem, in: Gerhard Hirschfeld/ Lothar Kettenacker (Hgg.): Der „Führerstaat“: Mythos und Realität. Studien zur Struktur und Politik des Dritten Reiches, Stuttgart 1981, S. 43–72

Ders.: Probleme der Täterforschung, in: Helgard Kramer (Hg.): NS-Täter aus interdisziplinärer Perspektive, München 2006, S. 425–433.

Muschalek, Marie/ Engehausen, Frank: Wie ein badischer Ministerialbeamter die Amtskette des Rektors der Universität Straßburg heim ins Reich holte. Ein Beitrag zum 75. Jahrestag der Eröffnung der Reichsuniversität Strassburg, 17. November 2016, in: Geschichte der Landesministerien in Baden und Württemberg in der Zeit des Nationalsozialismus. Online unter: <http://ns-ministerien-bw.de/2016/11/wie-ein-badischer-ministerialbeamter-die-amtskette-des-rektors-der-universitaet-strassburg-heim-ins-reich-holte-ein-beitrag->

[zum-75-jahrestag-der-eroeffnung-der-reichsuniversitaet-strassburg/](#), zuletzt aufgerufen am 15. 12. 2016.

Neidig, Manuel: Anfänge und Aufstieg der NSDAP in Baden, 16. Dezember 2014. Online unter: <http://ns-ministerien-bw.de/2014/12/anfaenge-und-aufstieg-der-nsdap-in-baden/>, zuletzt aufgerufen am 9. Dezember 2016.

Niethammer, Lutz: Die Mitläuferfabrik. Die Entnazifizierung am Beispiel Bayern, Berlin/Bonn 1982.

Ohnezeit, Maik: Zwischen „schärfster Opposition“ und dem „Willen zur Macht“. Die Deutschnationale Volkspartei (DNVP) in der Weimarer Republik (1918–1928) (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 158), Düsseldorf 2011.

Pätzold, Kurt/ Weißbecker, Manfred: Geschichte der NSDAP 1920–1945, Köln 1998.

Pyta, Wolfram/ Wolfrum, Edgar u.a.: Vorstudie und Projektexposé. Geschichte der Landesministerien in Baden und Württemberg in der Zeit des Nationalsozialismus, vorgelegt am 15. November 2013. Online unter: [http://ns-ministerien-bw.de/wp-content/uploads/2014/09/Expose\\_Forschungsprojekt\\_NS-Vergangenheit\\_der\\_Landesministerien.pdf](http://ns-ministerien-bw.de/wp-content/uploads/2014/09/Expose_Forschungsprojekt_NS-Vergangenheit_der_Landesministerien.pdf), zuletzt aufgerufen am 29. 11. 2016.

Rebentisch, Dieter: § 3 Innere Verwaltung, in: Kurt G.A. Jeserich u.a. (Hg.): Deutsche Verwaltungsgeschichte, Bd. IV, Das Reich als Republik und in der Zeit des Nationalsozialismus, S. 732–774.

Sabrow, Martin: Organisation Consul (O.C.), 1920–1923, 08. 02. 2010, in: Historisches Lexikon Bayerns. Online unter: [https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Organisation\\_Consul\\_%28O.C.%29,\\_1920-1922](https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Organisation_Consul_%28O.C.%29,_1920-1922), zuletzt aufgerufen am 06. 12. 2016.

Schondelmaier, Hans-Willi: Die NSDAP im Badischen Landtag 1929–1933, in: Thomas Schnabel (Hg.): Die Machtergreifung in Südwestdeutschland. Das Ende der Weimarer Republik in Baden und Württemberg 1928–1933, Stuttgart/ Berlin u.a. 182, S. 82–112.

Schulze, Hagen: Der Oststaat-Plan 1919, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Jg. 18 (1970), Heft 2, S. 123–163.

Statisten in Uniform. Die Mitglieder des Reichstags 1933–1945. Ein biographisches Handbuch, hrsg. v. Joachim Lilla u.a., Düsseldorf 2004, S. 574.

Striesow, Jan: Die Deutschnationale Volkspartei und die Völkisch-Radikalen 1918–1922, Bd. 1, Frankfurt a. M. 1981.

Syré, Ludger: Robert Wagner. Gauleiter, Reichstatthalter in Baden und Chef der Zivilverwaltung im Elsaß, in: Michael Kißener/ Joachim Scholtyseck (Hg.): Die Führer der Provinz. NS-Biographien aus Baden und Württemberg, Konstanz 1997, S. 733–779.

Syring, Enrico: Intentionalisten und Strukturalisten. Von einem noch immer ausstehenden Dialog, in: Uwe Backes/ Eckhard Jesse/ Rainer Zitelmann (Hgg.): Die Schatten der Vergangenheit. Impulse zur Historisierung des Nationalsozialismus, Frankfurt a. M. u.a. 1990, S. 169–194.

Tabellarische Chronik der Ereignisse 1933–1945 für Baden und das Elsaß, in: Geschichte der Landesministerien in Baden und Württemberg in der Zeit des Nationalsozialismus. Online unter: <http://ns-ministerien-bw.de/ns-ministerien/baden/chronik-1933-1945/tabellarische-chronik-1933-1945-fuer-baden/>, zuletzt aufgerufen am 12. 12. 2016.

Trippe, Christian F.: Konservative Verfassungspolitik 1918–1923. Die DNVP als Opposition in Reich und Ländern (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 105), Düsseldorf 1995.

Waibel, Jens: Die deutschen Auslandsschulen. Materialien zur Außenpolitik des Dritten Reichs, unv. Diss., Europa-Universität Viadrina Frankfurt a.d. Oder 2010.

Wehler, Hans-Ulrich: Intentionalisten, Strukturalisten und das Theoriedefizit der Zeitgeschichte, in: Norbert Frei (Hg.): Der Martin Broszat, der „Staat Hitlers“ und die Historisierung des Nationalsozialismus (Vorträge und Kolloquien, Bd. 1), Weimar 2007, S. 71–75.